

ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSEN
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 02/2024

Kriegstüchtig, wehrhaft – und friedensfähig?

SPECIAL

Planungen für die Gesamtverteidigung

KRIEGSTÜCHTIG, WEHRHAFT – UND FRIEDENSFÄHIG?

Editorial Seite 3

Kriegstüchtig? Friedensethische Reflexionen

Franz-Josef Overbeck Seite 4

Plötzlich kriegstüchtig? Der Pazifismus der Deutschen in der Zeitenwende

Timo Graf Seite 10

Wehrpflicht, kriegstüchtige Bundeswehr und wehrhafte Gesellschaft in Zeiten hybrider Kriegsführung

Andrea Ellner Seite 22

Macht Kriegstüchtigkeit glücklich? Das Beispiel aus Finnland

Minna Ålander Seite 32

Wer Frieden will, muss Krieg führen können: Abschreckung heute

Beatrice Heuser Seite 40

Nur online:

„Erhaltung des Friedens“: Die Logik der Abschreckung und die Sprache der militärischen Leistungsfähigkeit

Paul Silas Peterson

SPECIAL: PLANUNGEN FÜR DIE GESAMTVERTEIDIGUNG

Der Operations-plan Deutschland: Baustein für eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Wehrhaftigkeit

Generalleutnant André Bodemann Seite 48

„Wir sehen deutliche Zeichen, dass wir nicht mehr in einem klassischen Frieden leben“

Ein Interview mit Kapitän zur See Michael Giss Seite 54

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, bei der diesjährigen Wahl der „Wörter des Jahres“ belegte der Begriff „kriegstüchtig“ den dritten Platz. Die Gesellschaft für deutsche Sprache schreibt dazu: „In der anschließenden öffentlichen Debatte wurden Panikmache und die Gefahr einer Militarisierung befürchtet. Argumentiert wurde jedoch auch, dass eine realistische Einschätzung von Bedrohungen und entsprechende Vorbereitungen notwendig seien, um Frieden zu sichern.“

Es kommt mit anderen Worten auf die differenzierte Auslegung solcher Schlagworte an. Ansonsten erschöpft sich die Debatte schnell in bekannten Reiz-Reaktions-Mustern und wechselseitiger Empörung über „Kriegstreiberei“ oder „parasitären Pazifismus“. Diese Ausgabe von *Ethik und Militär* befasst sich daher mit Implikationen des Begriffs und adäquaten Reaktionen auf die veränderte Bedrohungslage in Europa. Dass Letztere real ist, ist der Minimalkonsens, der den Beiträgen zugrunde liegt.

Dr. Franz-Josef Overbeck, Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr, hebt in seinen einleitenden Reflexionen hervor, dass christliche Friedensethik angesichts der Komplexität moderner Herausforderungen sowie begrenzten Wissens über Umstände und Handlungsfolgen keine einfachen, schematischen Lösungen bieten kann. Trotz ihrer pazifistischen Grundausrichtung schließt sie die Möglichkeit legitimer Gegengewalt nicht kategorisch aus; gegenüber dem Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ zeigt er sich dennoch kritisch.

Dr. Paul Silas Peterson vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), dessen Beitrag Sie online lesen können, beschäftigt sich ausführlich mit „Kriegstüchtigkeit“ in der Gründungsphase der Bundeswehr. Er belegt, dass diese von Beginn an in einer Logik von Abschreckung und Friedenserhaltungsstand und klare ethische und rechtliche Bezüge aufwies. Die heutigen Diskussionen um den Begriff beruhen häufig auf dem impliziten Konsens, die Deutschen seien eine postheroische und pazifistische Gesellschaft. Dr. Timo Graf weist anhand von anschaulich aufbereiteten Daten aus der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung nach, dass solche Annahmen revidiert werden müssen.

Eine der meistdiskutierten Fragen im Zusammenhang mit „kriegstüchtiger“ Bundeswehr und „wehrhafter“ Gesellschaft ist die von Wehr- bzw.

Zivildienst. Dr. Andrea Ellner vom King's College London legt die Vorteile eines möglichst breiten, inklusiven Gesellschaftsdienstes gegenüber einem auf militärische Aspekte fokussierten Modell dar. Finnland wiederum, das die Wehrpflicht nie abgeschafft hat, gilt vielen als Vorbild für „nordische Resilienz“. Minna Ålander vom Finnish Institute of International Affairs erläutert die spezifischen Voraussetzungen des finnischen Gesamtverteidigungsansatzes und erklärt, wie europäische Staaten gerade vom Schwerpunkt auf Zivilverteidigung profitieren könnten.

Eine aktuelle militärische Streitfrage greift die Strategieexpertin Prof. Dr. Beatrice Heuser auf. Sie gibt einen Überblick über die Geschichte nuklearer Abschreckung und der damit verbundenen ethischen Debatten und befürwortet vor diesem Hintergrund die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026.

Wie Deutschland sich auf den Spannungs- oder Bündnisfall vorbereitet, ist Thema des Specials. Generalleutnant André Bodemann, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos, beschreibt Funktion und Zweck des „Operationsplans Deutschland“, der Abläufe für verschiedene Szenarien definiert und nach einem „Stresstest“ weiterentwickelt werden soll. Schließlich erläutert Kapitän zur See Michael Giss, welche Aufgaben in diesem Zusammenhang den Landeskommandos zukommen. Ohne Ethik, so der Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg im Interview, sei der Soldat nur ein halber Soldat. Auch in der derzeitigen Situation geht es also nicht darum, Streitkräfte aufs vermeintliche „Kerngeschäft“ zu reduzieren.

Die Redaktion bedankt sich herzlich bei allen, die mit ihrem Engagement zum Entstehen dieser Ausgabe beigetragen haben. Wir hoffen, dass sie dabei hilft, den „Nebel der Kriegstüchtigkeit“ zu durchdringen und neue Perspektiven zu eröffnen.

Rüdiger Frank
Redakteur



KRIEGSTÜCHTIG? FRIEDENSETHISCHE REFLEXIONEN

Autor: Franz-Josef Overbeck

I.

Der völkerrechtswidrige und als militärische Spezialoperation zur Denazifizierung und Entmilitarisierung semantisch verhüllte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die europäische Friedensordnung erschüttert und gefährlich geschwächt. Offen zutage getreten sind die Grenzen internationaler Rechtsdurchsetzung, der Machtkonflikt zwischen einer autoritären und einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung sowie der Versuch, die Stärke des Rechts durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen.

Als Rechtfertigung dient ein einseitiges, ideologisch gefärbtes Bild der langen Geschichte Russlands, das einer differenzierten historischen Analyse nicht standhält, und die Wahrnehmung einer sicherheitspolitischen Bedrohung durch die NATO. Hinzu kommen Zerrbilder vom westlichen Werteverfall, die genutzt werden, um den Krieg auch religiös zu legitimieren, so geschehen durch das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill. Diese Zerrbilder werden auf geradezu manichäische Weise radikal auf die Spitze getrieben bis hin zu einer Verklärung des Kriegsgeschehens als Kampf des Lichts gegen die Dunkelheit. Derartige Argumente wollen den Krieg rechtfertigen, aber ebenso ein autoritäres und repressives politisches System stützen, zuletzt wohl auch zum eigenen Selbst- und Bedeutungserhalt.

II.

Das zentrale Paradigma der katholischen Friedensethik ist und bleibt der „gerechte Friede“. Frieden versteht sie als bleibende Aufgabe und als dynamisch-kontinuierlichen Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit mittels Recht und Dialog. Die katholische Friedensethik ist somit eine *prinzipienbasierte Prozessethik*, der es um Friedensbefähigung und proaktive Ursachenorientierung, nicht primär um Gewaltlegitimierung und reaktive Symptomorientierung geht. Als Prinzipienethik orientiert sie sich da-

Abstract

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die europäische Friedensordnung nachhaltig erschüttert und beruht auf historisch wie religiös unhaltbaren Rechtfertigungen. Das Ringen um eine angemessene Antwort führt erneut die Spannung zwischen gewaltfreiem Handeln und der Möglichkeit legitimer Gewaltanwendung vor Augen. Diese Spannung bleibt charakteristisch für die katholische Friedensethik; sie darf nicht einseitig aufgelöst werden. Dem Leitbild des „gerechten Friedens“ liegt einerseits eine menschenrechts- und gemeinwohlbasierte

Prozessethik zugrunde, der es primär um Friedensbefähigung und proaktive Ursachenorientierung geht. Andererseits bleiben traditionellen Prüfkriterien der Lehre vom „gerechten Krieg“ unverzichtbar, was die beständige und kritische moralische Reflexion über die Möglichkeiten legitimer Gewalt betrifft. Deren Einsatz muss jedoch stets dem übergeordneten Ziel der Gewaltüberwindung verpflichtet bleiben.

Auf dieser Grundlage muss der Rede von „Kriegstüchtigkeit“, die (stärker als der hier präferierte Begriff der „Kriegstauglichkeit“) auf die innere Motivation abhebt, aus Sicht christlicher Friedensethik und ihrer pazifistischen Grundorientierung zumindest mit Vorsicht begegnet werden. Es besteht die Gefahr einer zu eindimensionalen und verkürzten Auslegung, die keine nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen und Bedrohungen nach der „Zeitenwende“ darstellt.

Eine pazifistische Position wiederum muss nicht zwingend nur in ihrer radikalen Form vertreten werden. Es ist richtig und wichtig, die Bergpredigt mit ihrem Insistieren auf möglichst gewaltfreien Optionen auf ihren normativen Gehalt zu befragen. Allerdings wäre es falsch, aus ihr im Falle eines Angriffskrieges für ein ganzes Land ein grundsätzliches Verteidigungsverbot abzuleiten. Genauso wenig stellt legitime Selbstverteidigung die primäre Option für ein Ethos der Gewaltfreiheit generell infrage. In diesem Spannungsverhältnis stellt die katholische Friedensethik nach wie vor einen wichtigen Kompass dar; sie bietet jedoch keine fertige Schablone, die ohne differenzierte und kontextsensible Einzelfallanalyse zu einer Lösung führt..

bei an Menschenwürde und Menschenrechten sowie an klassischen Sozialprinzipien wie Gerechtigkeit, Solidarität und dem Gemeinwohl, die jedoch stets der Konkretisierung bedürfen. Der Krieg in der Ukraine führt neuerlich die Spannung zwischen gewaltfreiem Handeln und der Möglichkeit legitimer Gewaltanwendung vor Augen. Sie bleibt charakteristisch für die katholische Friedensethik und darf nicht einseitig aufgelöst werden. Es geht darum, zwischen simplifizierenden Gegensätzen – radikaler Pazifismus auf der einen und kriegsbegeisterter Militarismus auf der anderen Seite – aufzuzeigen, dass durchaus gerechtfertigt Standpunkte zwischen diesen beiden Extremen eingenommen werden können.

III.

Wer über Möglichkeiten legitimer Gewalt nachdenkt, tut dies in der Regel in der Tradition bzw. im wiederkehrenden Ringen um die Lehre vom „gerechten Krieg“. Zwar wird die Rede von einem „gerechten Krieg“ angesichts der potenziell gewaltlegitimierenden Funktion, der gegenwärtigen waffentechnologischen und weltpolitischen Entwicklungen zu Recht problematisiert. Es ist aber anzuerkennen, dass die traditionellen Prüfkriterien – nämlich gerechter Grund, legitime Autorität, rechte Absicht usw. – als *unverzichtbare Beurteilungsmaßstäbe* nach wie vor bedeutsam für eine zeitgemäße Friedensethik bleiben, wenn es um die beständige und kritische moralische Reflexion des Einsatzes von Gewalt geht. Zu dieser normativ-ethischen Ausrichtung kommt ergänzend, aber freilich unabdingbar, eine *tugendethische Dimension* mit hinzu, auf deren Bedeutung ich hier nur hinweisen möchte, ohne sie umfassend perspektivieren zu können. Dass die innere Haltung bei der Ausübung von militärischer Gewalt friedensethisch ein wesentlicher Faktor ist, liegt auf der Hand. Denn wenn bei den handelnden Akteuren Hass, Rache und der Wunsch nach Vergeltung die dominierenden Kräfte sind, gibt es in rein praktischer Hinsicht keine Perspektive für Frieden und Versöhnung. Für das christliche Profil einer Friedensethik ist es entscheidend, stets das Ziel einer Überwindung

der Gewalt zu verfolgen, ohne zwangsläufig einem strikten und unbedingten Pazifismus das Wort reden zu müssen. Vielmehr ist es notwendig, im Rahmen der Verfolgung eines gerechten Friedens als Ziel mögliche Wege vorzuzeichnen, die aus dem Krieg heraus (*ex bello*) führen. Auch ist es vor dem Hintergrund der gängigen Forderung nach Kriegs- oder Friedenstüchtigkeit notwendig, für die Einordnung der christlichen Friedensethik die Begrifflichkeiten zu schärfen.

IV.

In gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskursen ist oft von „Kriegstauglichkeit“ oder „Kriegstüchtigkeit“ die Rede, wobei beide Begriffe meiner Wahrnehmung nach gelegentlich synonym genutzt werden. Der Begriff der „Tüchtigkeit“ umfasst allerdings, anders als der der „Tauglichkeit“, nicht allein die Eignung

Für das christliche Profil einer Friedensethik ist es entscheidend, stets das Ziel einer Überwindung der Gewalt zu verfolgen, ohne zwangsläufig einem strikten und unbedingten Pazifismus das Wort reden zu müssen

eines Menschen oder einer Sache zu einer Tätigkeit, sondern auch ihre bzw. seine intrinsische Motivation, diese dazu einsetzen zu wollen. Vor diesem Hintergrund muss der Rede von „Kriegstüchtigkeit“ aus christlicher Sicht zumindest mit Vorsicht begegnet werden. Angemessener wäre es wahrscheinlich, hier von „Kriegstauglichkeit“ zu sprechen. Denn das Ziel aller Bemühungen, auch der des Einsatzes von Waffengewalt, muss der Friede bleiben. Doch dabei kennt die katholische Friedensethik durchaus das Recht auf Selbstverteidigung. Solange die Gefahr von Krieg besteht und alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, wird Menschen das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht abgesprochen.

Die Anwendung von militärischer Gewalt muss allerdings stets in der rechten Intention geschehen: Es klingt vielleicht paradox, aber

ein gerecht und tugendhaft handelnder Soldat muss durch sein Kämpfen Frieden stiften wollen, muss also „friedentüchtig“ sein. Dabei kann die im Krieg nicht unwahrscheinliche Situation eintreten, dass ein Soldat töten muss, um Frieden zu stiften, womit eine unbezweifelbare Tragik verbunden ist. Diese Tragik bringt der Einsatz von Waffengewalt stets mit sich, weshalb sich im Rahmen der Anwendung von Gewalt immer die Verhältnismäßigkeitsfrage stellt, deren prinzipiengebundene Beantwortung situationsspezifisch variieren kann.

Wenn öffentlich von „Kriegstüchtigkeit“ oder „Kriegstauglichkeit“ die Rede ist, die Deutschland erlangen müsse, dann löst das auch Irritationen aus. Obgleich die oben beschriebene Differenzierung gerade in friedensethischer Hinsicht zu berücksichtigen ist, legen doch beide Begriffe schonungslos offen, wie bedrohlich die Lage in Europa durch den fortdauernden russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geworden ist. Ich werde im Folgenden aus den genannten Gründen von „Kriegstauglichkeit“ sprechen, obgleich auch dieser Begriff weitere Präzisionen verlangt und sich nicht in der Anhäufung diverser Waffen erschöpft. Neben der Herstellung materieller muss es ebenso um die

Kriegstauglichkeit erschöpft sich nicht in der Anhäufung diverser Waffen

Schaffung personeller, infrastruktureller, organisatorischer und betrieblicher Kapazitäten gehen. Und in demokratischen Gesellschaftlichen auch um die gesellschaftliche Akzeptanz, diese notwendigen Kapazitäten aufzubauen.

Denn allein auf materielle Aufrüstung verkürzt, wird „Kriegstauglichkeit“ ohne gesellschaftlichen Diskurs, ohne starke und vertrauensvolle Bündnisse, ohne „moralischen Kompass“ politischen und militärischen Handelns und ohne weitreichende diplomatische Bemühungen keine nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen und Bedrohungen nach der „Zeitenwende“ sein.

Auch stehen zu eindimensionale Forderungen nach „Kriegstüchtigkeit“ in einer gewissen

Spannung zu wichtigen Grundorientierungen christlicher Friedensethik. Ihr Leitbild vom „gerechten Frieden“ umfasst den Vorrang gewaltfreier Konfliktbewältigung, der Ursachenprävention sowie des Bemühens um Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Das Gebot zum Schutz von Menschenleben, das dieser pazifistischen Grundorientierung vorausgeht, legt zugleich auch die besondere Verantwortung nahe, für die Rechte der Opfer von Angriffskriegen einzutreten. Die Anwendung von (Waffen-)Gewalt ist an strenge Kriterien gebunden und darf nur als Ultima Ratio ethisch erlaubt sein.

V.

Sehr oft erlebe ich, dass dieser komplexe Gegenstandsbereich von Christinnen und Christen vor dem Hintergrund der Bergpredigt perspektiviert wird, die sie als normative Autorität einbringen. Ich möchte hier nicht missverstanden werden: Das ist richtig und wichtig. Es verlangt aber auch danach, die Bergpredigt in ihrer richtungsweisenden Kraft fernab falscher Ideologisierung für heute zu verstehen. Gewiss will die Bergpredigt belehren und überzeugen. Sie will radikalieren, provozieren und aufrütteln. Ihre Forderungen dürfen von Christinnen und Christen angesichts realpolitischer Herausforderungen nicht vorschnell als unerreichbare Ideale abgetan werden. Zugleich aber ist wahrzunehmen, dass sich der Bedeutungsgehalt der Bergpredigt mit ihren vielen Auslegungsmodellen nicht generalisierend, zeitübergreifend und abschließend fixieren lässt, dass sie den einzelnen Handelnden vielmehr in seine eigene Verantwortlichkeit entlässt. Ihr Insistieren darauf, nach möglichst gewaltfreien Optionen zu suchen und den Frieden zu stiften, ruft uns Christen heute mehr denn je in ebendiese Verantwortung. In der ethischen Bewertung ist allerdings darauf zu achten, die Ebenen der Verantwortung klar zu trennen, denn mit Blick auf das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine werden politische, rechtliche und moralische Fragen berührt, die allein durch einen unterkomplexen Verweis auf das Gebot der Feindesliebe nicht zu lösen sind. Es wäre falsch, aus der Bergpredigt im

Falle eines Angriffskrieges für ein ganzes Land ein grundsätzliches Verteidigungsverbot abzuleiten. In diesen politischen Dimensionen würde eine in meinen Augen verkürzte Auslegung der Bergpredigt ihren Inhalt eben schnell ins genaue Gegenteil verkehren. Hier stellen sich vielmehr sehr persönliche Fragen, die nur erstinstanzlich beantwortet werden können. Diese Antworten können – wenn es um die ethische Bestimmung der eigenen, individuellen Haltung geht – in Form einer Absage an jegliche Gewalt ausfallen. Aber das muss das Ergebnis einer freien und individuellen Entscheidung vor Gott und dem eigenen Gewissen bleiben; notfalls in der Bereitschaft, für diese Überzeugung zu sterben. Eine solche Haltung kann und darf nicht politisch oder religiös verordnet werden – erst recht nicht aus einem sicheren und freien Land heraus und Hunderte Kilometer vom Kriegsgeschehen entfernt.

Wie kann eine Unterstützung der Ukrainer aussehen, die sich konkret gegen einen Aggressor zur Wehr setzen? Darauf gibt es keine einfachen und eindeutigen Antworten, die in jeder Lage passen. Gewiss ist bloß, dass kein anderes Motiv als das entschiedene Eintreten gegen jene, die andere Länder erobern, Menschen ermorden, Recht brechen und die Würde der Menschen mit Füßen treten, den Gebrauch von Waffen rechtfertigen kann. Gleichwohl bleiben alle mahnenden Worte und Taten eines Pazifismus zu bedenken, der in christlicher Perspektive im Kern die Optionen und Chancen, Feindschaft zu überwinden, verwirklichen möchte.

VI.

Eine pazifistische Position muss nicht zwingend nur in ihrer radikalen Form vertreten werden. Das Prinzip der Gewaltfreiheit kann mit dem Anspruch konkurrieren, Menschen davor schützen zu wollen, massivem Unrecht und brutaler Gewalt wehrlos ausgeliefert zu sein. Die Bergpredigt verbietet Selbstverteidigung nicht, genauso wenig wie legitime Selbstverteidigung die primäre Option für ein Ethos der Gewaltfreiheit generell infrage stellt. Im Wissen um diese Spannung ist die katholische Friedensethik als Prozess- und Prinzipienethik

nach wie vor ein wichtiger Kompass, der uns hilft, Entscheidungen treffen zu können. Aber sie ist keine fertige Schablone, die sich einfach hin auf jede neue Frage und konkrete Situation anlegen ließe, um zu einer Lösung zu gelangen. Katholische Friedensethik ist daher stets als eine Ethik differenzierter und kontextsensibler Einzelfallanalyse unter den Bedingungen von Unsicherheit und begrenztem Wissen sowie angesichts realistischer Gegenwartszenarien zu entfalten, die keine vorschnellen Verabsolutierungen und Generalisierungen zulässt. Die Herausforderung

Eine pazifistische Position muss nicht zwingend nur in ihrer radikalen Form vertreten werden

christlicher Friedensethik liegt darin, diese Vorgaben nicht rigoristisch, sondern kontext- und realitätssensibel auf das Heute anzuwenden. Exemplarisch möchte ich dies an drei aktuellen Fragen verdeutlichen, die gerade sehr kontrovers diskutiert werden.

Waffenproduktion: Rüstung ist ethisch ambivalent. Trägt sie zur Konflikteindämmung oder zur Intensivierung vorhandener Spannungen bei? Entscheidend für die Frage, welche Waffen produziert werden sollen, ist neben der Orientierung an Abkommen zur Rüstungsbegrenzung des Weiteren die (Un-)Verhältnismäßigkeit ihres Einsatzes. Ausrüstung und Organisation der Streitkräfte sind daran auszurichten, was für die Landes- und Bündnisverteidigung, aber auch für ein angemessenes Engagement im Rahmen internationaler Krisenbewältigung erforderlich ist.

Waffenlieferungen: Für die Lieferungen von Waffen gilt, dass sie einer besonderen moralischen Verantwortung unterliegen, da es sich um die Ausfuhr von schadenverursachenden und potenziell tödlichen Gewaltmitteln handelt. Die Lieferung von Rüstungsgütern trägt zugleich die ethische Verpflichtung in sich, dass die exportierenden Länder auf politisch-diplomatischer Ebene alles dafür tun, dass der Einsatz der gelieferten Waffen nicht notwendig wird. Nur als Nothilfe zur Notwehr angesichts

einer extremen Gefahrenlage kann ihr Einsatz im Sinne einer verhältnismäßigen Ausnahme als moralisch vertretbar erachtet werden. Der verantwortliche Einsatz exportierter Waffen ist über vertraglich vereinbarte Verwendungsregelungen und das Verbot ungenehmigter Weitergabe an Dritte zu steuern.

Atomwaffen: Einst verkündete Barack Obama unter dem Begriff des „Global Zero“ die Vision einer Welt ohne nukleare Waffen. Davon scheint unsere reale Welt weit entfernt. Dennoch muss eine provisorische moralische Duldung atomarer Abschreckung, die lange Zeit mit ihrer stabilisierenden Wirkung begründet

Ich kann das Verbot des Einsatzes von Atomwaffen nur bekräftigen, ebenso wie das ihres Besitzes und der Drohung mit ihrem Einsatz

wurde, nicht zuletzt mit Papst Franziskus als überholt gelten. Ich kann das Verbot des Einsatzes von Atomwaffen nur bekräftigen, ebenso wie das ihres Besitzes und der Drohung mit ihrem Einsatz. Im Zentrum muss das doppelte Ziel der Eindämmung des Zugangs zu atomarer Waffenfähigkeit sowie die Reduzierung vorhandenen Nuklearpotenzials stehen. Gleichwohl bin ich sicherheitspolitisch auch in atomarer Hinsicht nicht naiv und sehe durchaus, welche enormen Herausforderungen auf die europäischen Mitglieder der NATO zukommen würden, sollten die USA hier als Sicherheitsgarant ausfallen. Für mich ist es kein Widerspruch, sich einerseits für Abrüstung sowie gegen Gewaltanwendung auszusprechen und

andererseits anzuerkennen, dass es materielle Grundvoraussetzungen braucht, um als Staat verteidigungsfähig zu sein und die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten zu können.

VII.

Es gilt stets, die verschiedenen Interessen aller an militärischen Einsätzen und Konfliktfällen Beteiligter und von ihnen Betroffener in den Blick zu nehmen. Ihnen gegenüber müssen Entscheidungen bezüglich Waffenlieferungen und Interventionen besonders gerechtfertigt werden. Das gilt nicht nur hinsichtlich ihrer direkten Handlungsfolgen. Ein umfassendes Verantwortungsbewusstsein schließt auch die Berücksichtigung von möglichen nicht intendierten Handlungsfolgen mit ein, die entweder durch Doppel- oder durch Folgewirkungen zusätzlich entstehen können. Je komplexer die militärische Sachlage, desto unvorhersehbarer ist aber die tatsächliche Reichweite dieser Wirkungszusammenhänge. Vor diesem Hintergrund scheint der ethische Anspruch zunächst überfordernd. Viele Sachlagen sind polyvalent, so dass es keine Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu treffen, deren gesamte Wirkungszusammenhänge für alle Beteiligten und Betroffenen von Vorteil sind. Wir sind in erster Linie dem Handlungsziel verpflichtet, das wir als das Gute erkannt haben, auch wenn dabei negative Folgen in Kauf genommen werden müssen, was aber nicht als Konsequentialismus verstanden werden darf. Denn der Zweck heiligt natürlich nicht alle Mittel. Diese Überlegungen können als Orientierung dienen, die bei komplexen Handlungsentscheidungen verhindert, sich von der Unübersichtlichkeit der Sachlagen lähmen zu lassen. Neben den Instrumenten zur Urteilsfindung, die uns sowohl die friedensethischen Kriterien als auch das Völkerrecht an die Hand geben, bleibt die Ausbildung eines inneren Kompasses wichtig, der zu einer verantwortlichen Entscheidungsfindung dazugehört. Es überrascht daher nicht, dass Tugenden in der Bundeswehr im Kontext der Inneren Führung explizit, und damit über einen theologischen und kirchlichen Binnenraum hinaus, als unverzichtbar für eine wirksame Aufgabener-

Der Autor



Foto: KS/Doreen Bierdel

Dr. Franz-Josef Overbeck ist seit 2009 Bischof von Essen und wurde 2011 zum Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ernannt. Seit 2018 ist er Delegierter der Deutschen Bischofskonferenz für die EU-Bischofskommission COMECE (Vizepräsident von 2018 bis 2023) und seit September 2021 Vorsitzender der Glaubenskommission der Deutschen Bischofskonferenz. Im Februar 2023 ernannte ihn Papst Franziskus zum Mitglied der Vatikanbehörde (Dikasterium) für Kultur und Bildung.

füllung beschrieben werden. Wie oben beschrieben kann hier aber die Bedeutung von Tugenden nur kurz markiert werden.

VIII.

Christliche Friedensethik kann als Reflexionswissenschaft in der aktuellen Weltlage eine bedeutsame Rolle spielen. Dabei können christliche Begründungslogiken – im Bewusstsein, dass die jüdisch-christlichen und antik-philosophischen Traditionen in der Neuzeit in mehreren, durchaus spannungsvollen Schritten in die Idee des säkularen und demokratischen Verfassungsstaates transformiert worden sind – im Diskurs stark gemacht werden, ohne die prophetisch-kritische Distanz zum Staat zu verlieren. Wir sehen gerade, wie extrem gefährlich es ist, wenn ein nationalistisches Narrativ, in dem Staat und Kirche sich gegenseitig instrumentalisieren, das ideologisch hochaufgeladene Sendungsbewusstsein eines Autokraten wie Wladimir Putin nährt. Religiöse Argumente werden genutzt, um ein autoritäres und repressives politisches System zu stützen und ein staatlich kontrolliertes Glaubens- und Moralsystem im Recht und in der Gesellschaft zu verankern. Freiheitsrechte setzen aber voraus, dass sich das Recht von den Ideen des guten Lebens emanzipiert. Das normative Projekt der Moderne umfasst so vor allem Menschenrechte und Demokratie, die Trennung von Religion und Politik, Rechtsstaatlichkeit und Rechtsicherheit. Die Stärke des Rechts ersetzt das Recht des Stärkeren. Insbesondere die globalen machtpolitischen Auseinandersetzungen der jüngeren und jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass das Recht des Stärkeren immer häufiger als Legitimationsgrundlage angeführt wird, um die Grundprinzipien der politischen Ordnungs- und Wertvorstellungen, auf denen die liberale Demokratie beruht, außer Kraft zu setzen. Aus christlicher Perspektive muss festgehalten werden, dass in der Menschenwürde eine unabdingbare Wahrheit zum Ausdruck kommt, die theologisch als die Gewissheit verstanden wird, dass der Mensch das Ebenbild Gottes ist. Der unantastbare Wert eines jeden Individuums ist zur Grundlage für unser modernes Verständ-

nis der Menschenrechte geworden. Alle Menschen haben einen Wert, der angeboren, nicht überbietbar und nicht tauschbar ist. Autonomie, Menschenwürde und Menschenrechte bilden in ihrer Verwobenheit das normative Geflecht, das unsere Vorstellungen von einem wahrhaft menschlichen Leben trägt. Dann behält der spanische Scholastiker Francisco de Vitoria de Vitoria recht, der dem römischen Dichter Plautus widerspricht: „Es ist nämlich nicht so, dass der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, [...] sondern ein Mensch!“¹

1 „Non enim homini homo lupus est, [...] sed homo.“
Francisco de Vitoria: *Relectio de Indis o Libertad de los Indios*. Ed. crítica bilingüe por L. Pereña y J. M. Pérez Prendes. Madrid 1967, S. 81.

PLÖTZLICH KRIEGSTÜCHTIG? DER PAZIFISMUS DER DEUTSCHEN IN DER ZEITENWENDE

Autor: *Timo Graf*

Einleitung

Russlands Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 hat die seit dem Ende des Kalten Krieges bestehende Sicherheitsordnung in Europa zerstört und stellt alle betroffenen politischen Gemeinschaften vor die Frage, wie der russischen Aggression am effektivsten Einhalt geboten und der Frieden in Europa wiederhergestellt werden kann. Die Bundesregierung reagiert auf die veränderte sicherheitspolitische Lage mit einem verteidigungspolitischen Kurswechsel („Zeitenwende“): Deutschland soll zur stärksten konventionellen Militärmacht in Europa und die Bundeswehr wieder kriegstüchtig werden.¹ Die Führung der Bundeswehr fordert darüber hinaus einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel hin zu einer größeren Wehrbereitschaft und hat der Öffentlichkeit bereits erste Konzepte zur Wiedereinführung eines Wehrdienstes vorgestellt.² Aus Sicht von Bundeskanzler Olaf Scholz und dem ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck wird der verteidigungspolitische Kurswechsel von einer „geistigen Zeitenwende“ in der Bevölkerung begleitet, die in einer größeren Akzeptanz für die Notwendigkeit militärischer Stärke zum Ausdruck kommt.³

Vertreter pazifistischer Positionen beobachten diese Entwicklungen mit Sorge, denn sie befürchten eine grundlegende Abkehr der deutschen Bevölkerung vom Pazifismus und eine „bellizistische Umerziehung“ der deutschen Gesellschaft.⁴ Den Befürwortern der verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ geht der gesellschaftliche Mentalitätswandel derweil nicht schnell genug.⁵ In der Diskussion um die richtige Antwort auf Russlands Aggression gerät der Pazifismus auch zunehmend selbst in die Kritik. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* provoziert bewusst mit der Frage, ob der „Pazifismus auf den Müllhaufen der Geschichte“ gehöre.⁶ Neben dem medialen Schlagabtausch zwischen „kriegstrunkenen Bellizisten“ und „Lumpen-Pazifisten“ ist der „richtige“ Umgang mit Russlands Aggression und Deutschlands Pazifismus Gegenstand einer größeren öffentlichen Debatte, die ihren Ausdruck in zahllosen öffentlichen Briefen, diversen Manifesten sowie etlichen Petitionen und Kundgebungen findet.⁷

Was Falken und Tauben in der „Pazifismus-Debatte“ eint, sind ihre Grundannahmen über den

Abstract

Russlands Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat Deutschland seit 2022 zu einer grundlegenden Neuausrichtung seiner Verteidigungspolitik gezwungen: Die Bundeswehr soll wieder kriegstüchtig und zur stärksten Armee in der EU werden. Begleitet werden dieser verteidigungspolitische Kurswechsel und der neue militärische Führungsanspruch von Forderungen nach einem gesellschaftlichen Mentalitätswandel hin zu mehr Wehrhaftigkeit. Vertreter pazifistischer Positionen befürchten deshalb eine bellizistische Umerziehung der deutschen Bevölkerung und eine Abkehr vom Pazifismus. Aus Sicht der verteidigungspolitischen Falken vollzieht sich der gesellschaftliche Mentalitätswandel dagegen nicht schnell genug. Was beide Lager eint, sind ihre Grundannahmen über die Ausprägung des Pazifismus in der deutschen Bevölkerung: Bis 2022 sei die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger pazifistisch geprägt gewesen und seit 2022 verändere sich diese Haltung. Der vorliegende Beitrag überprüft diese beiden Annahmen auf der Grundlage von repräsentativen Umfragedaten, die eine empirische Messung pazifistischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf ermöglichen. Betrachtet werden fünf Indikatoren einer pazifistischen Einstellung:

- 1. Pazifismus als außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung;*
- 2. Pazifismus als Ablehnung der Gewaltanwendung durch das Militär;*
- 3. Pazifismus als grundsätzliche Ablehnung der Streitkräfte;*
- 4. Pazifismus als Ablehnung einer „Politik der Aufrüstung“;*
- 5. Pazifismus als Ablehnung eines persönlichen militärischen Engagements. Die gewonnenen Erkenntnisse beschreiben das Ausmaß und die Grenzen des strategischen Kulturwandels in der deutschen Bevölkerung und entlarven zugleich eine Reihe von falschen Annahmen über das Verhältnis der Deutschen zum Militär.*

Pazifismus in der deutschen Bevölkerung: Diese sei bis 2022 mehrheitlich pazifistisch geprägt gewesen und der Ukraine-Krieg habe in diesem Punkt Veränderungen bewirkt. Die erste Annahme stützt sich auf den (militär)soziologischen Forschungskonsens, demzufolge die deutsche Bevölkerung eine postheroische Gesellschaft sei, deren strategische Kultur von einer pazifistischen Grundhaltung geprägt sei.⁸ Die zweite Annahme stützt sich auf aktuelle Bevölkerungsbefragungen, die eine mehrheitliche Zustimmung zur verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ erkennen lassen. Der vorliegende Beitrag überprüft diese beiden Annahmen auf der Grundlage von repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die eine empirische Messung pazifistischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf ermöglichen.⁹ Die gewonnenen Erkenntnisse beschreiben das Ausmaß und die Grenzen des strategischen Kulturwandels in der deutschen Bevölkerung und entlarven zugleich eine Reihe von falschen Annahmen über das Verhältnis der Deutschen zum Militär.

Pazifismus als persönliche Einstellung

Die Philosophin und Politikwissenschaftlerin Gertrud Brücher beschreibt Pazifismus äußerst elegant als „Denken, das die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu Lasten des Kriegerischen auslegt“¹⁰. Im Allgemeinen wird Pazifismus definiert als „politisch-moralische Überzeugung, die den Einsatz von Gewalt, insbesondere von militärischer Gewalt und von Kriegen als Mittel zur Durchsetzung von Interessen, ablehnt und ausschließlich friedliche und gewaltfreie Aktivitäten duldet“¹¹. Viele Beiträge zum Thema Pazifismus identifizieren die „Ablehnung von Krieg und militärischer Gewalt als Mittel zur Austragung politischer Konflikte“ als Begriffskern und „kleinsten gemeinsamen Nenner“¹².

Im vorliegenden Beitrag wird Pazifismus als die kognitive Dimension einer persönlichen Einstellung von Individuen (Befragungsteilnehmer/-innen) empirisch gemessen; diese Daten werden in aggregierter Form ausgewertet, um Aussagen über die Ausprägung pazifistischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf treffen zu können. Pazifismus als persönliche Einstellung soll anhand von fünf Indikatoren empirisch untersucht werden: 1. Pazifismus als außen- und sicher-

heitspolitische Grundhaltung; 2. Pazifismus als Ablehnung der Gewaltanwendung durch das Militär; 3. Pazifismus als grundsätzliche Ablehnung der Streitkräfte; 4. Pazifismus als Ablehnung einer „Politik der Aufrüstung“; 5. Pazifismus als Ablehnung eines persönlichen militärischen Engagements.¹³

Pazifismus als außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung

Pazifismus als außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung definiert sich nicht allein durch die Ablehnung militärischer Mittel, sondern vor allem durch eine exklusive Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel. Dem Pazifismus liegt nämlich nicht nur die Überzeugung zugrunde, dass militärische Mittel zur Konfliktbewältigung ineffektiv und deshalb abzulehnen sind, sondern vor allem, dass „gewaltlose Mittel die effektiveren Mittel der Herstellung und der Bewahrung des Friedens“ sind.¹⁴ Dementsprechend sollte Pazifismus als außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung als Einstellung zum Einsatz ziviler Mittel (Zustimmung) und Einstellung zum Einsatz militärischer Mittel (Ablehnung) in der Außen- und Sicherheitspolitik gemessen werden. Diese zweidimensionale Operationalisierung ermöglicht eine trennscharfe Abgrenzung des Pazifismus gegenüber anderen außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen wie dem Realismus, Isolationismus oder Militarismus.¹⁵

Seit 2016 enthält die repräsentative Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) eine umfangreiche Fragebatterie, die die Einstellung der Befragten zum Einsatz verschiedener ziviler und militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erfasst. Im gesamten Erhebungszeitraum befürwortet eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik, wobei die Gruppe der zivilen Mittel im Durchschnitt höhere Zustimmungswerte als die Gruppe der militärischen Mittel erhält, das heißt, es besteht eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel (vgl. Tab. 1).

Auch mit Blick auf die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr ist eine relative Präferenz für Gewaltlosigkeit zu erkennen: Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr werden von

einer absoluten Mehrheit befürwortet, nicht jedoch Kampfeinsätze. Die Streitkräfte werden also nicht prinzipiell als Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik abgelehnt, sondern lediglich der Einsatz von Gewalt durch die Bundeswehr findet keine mehrheitliche Zustimmung. Gleichwohl ist zu beobachten, dass die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der deutschen Außenpolitik im Durchschnitt ähnlich kritisch gesehen wird wie Kampfeinsätze und dass Stabilisierungs- und Ausbildungsmissionen der Bundeswehr mitunter vergleichbar viel Zustimmung erfahren wie Wirtschaftssanktionen. Diese Vergleiche machen deutlich, dass nicht jedes zivile Mittel mehr öffentliche Zustimmung erfährt als jedes militärische Mittel.

Nachfolgend werden die Einstellungen zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Form umfassender Maße verglichen, um den Anteil der Pazifisten in der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf darstellen zu können. Hierzu werden die Einstellungen zu den zivilen und zu den militärischen Mitteln (vgl. Tab. 1) jeweils in einer Indexvariable zusammengefasst, die auf einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) rekodiert ist, wobei ein Mittelwert von 0,5 einer ambivalenten Einstellung entspricht. Auf der Grundlage ihrer per-

sönlichen Einstellung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik können die Befragten einem von vier Einstellungstypen zugeordnet werden, d.h. die Kategorisierung der Befragten erfolgt anhand ihrer individuellen Mittelwerte auf den beiden Mittel-Skalen (vgl. Abb. 1).

Die Betrachtung der Verteilung der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungstypen in der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf 2016 bis 2023 offenbart, dass Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 in zweifacher Hinsicht *nicht* zu einer „Abkehr vom Pazifismus“ in der deutschen Bevölkerung geführt hat: Erstens waren die meisten Deutschen bereits vor dem Ukraine-Krieg keine Pazifisten (sondern Realisten) und der Anteil der Pazifisten in der deutschen Bevölkerung ist infolge des Kriegsausbruchs auch nur kurzfristig zurückgegangen (vgl. Abb. 2). Weiterführende Untersuchungen zeigen, dass der politische Realismus sogar die dominante „Denkrichtung“ in *allen* soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen in Deutschland ist – vor und nach Kriegsausbruch. Darüber hinaus gibt es auch keine empirische Evidenz für eine „Militarisierung im Denken“ der Deutschen, denn die Gruppe der Militaristen stellte bereits vor dem Krieg eine Minderheit dar, die seit Kriegsausbruch

Tab. 1: Zustimmung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik, 2016–2023

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Zivile Mittel	61	60	56	62	64	64	65	64
Diplomatische Verhandlungen	81	84	85	85	81	84	84	85
Rüstungskontrolle	-	-	-	73	73	71	70	71
Entwicklungszusammenarbeit	74	71	62	71	71	70	63	70
Wirtschaftssanktionen	52	56	54	56	57	61	68	63
Aufnahme von Flüchtlingen	37	30	22	27	36	34	40	29
Militärische Mittel	43	44	41	42	47	46	52	49
Ausbildungseinsätze der Bundeswehr	60	59	59	60	64	60	61	57
Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr	56	56	54	56	61	57	58	56
Militärische Maßnahmen zur NATO-Bündnisverteidigung	-	-	-	-	-	-	57	52
Kampfeinsätze der Bundeswehr	31	34	27	27	33	34	38	34
Waffenlieferungen an befreundete Staaten	25	27	24	26	30	33	48	44

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Einzelne Prozentangaben wurden gerundet. Fragetext: „Was meinen Sie, welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen?“ Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2023.

Abb. 1: Einstellungstypologie auf der Grundlage individueller Präferenzen zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik

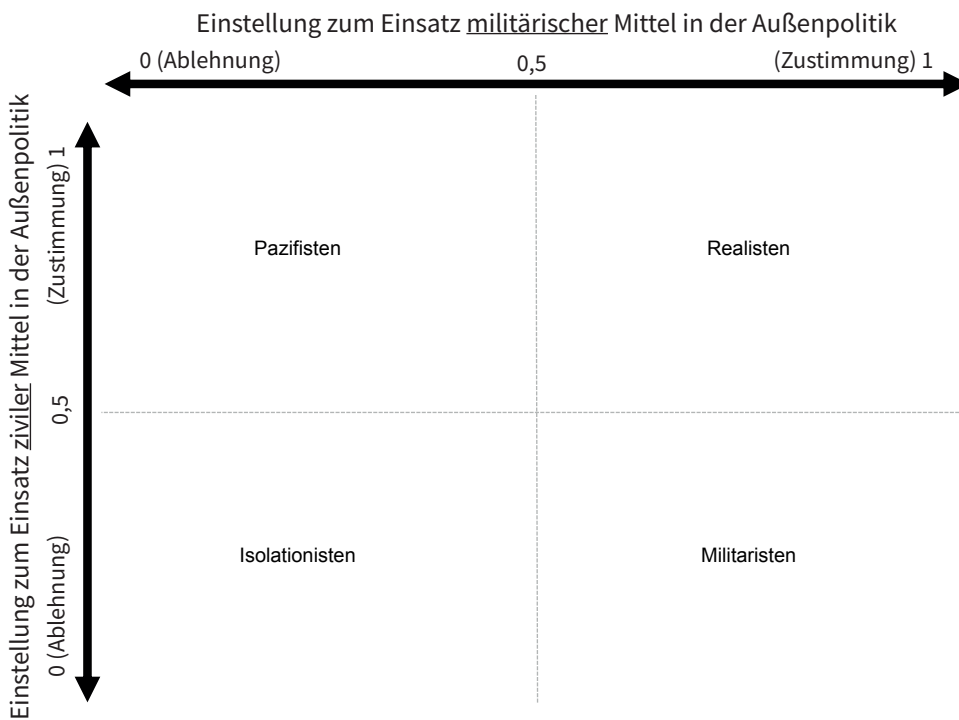
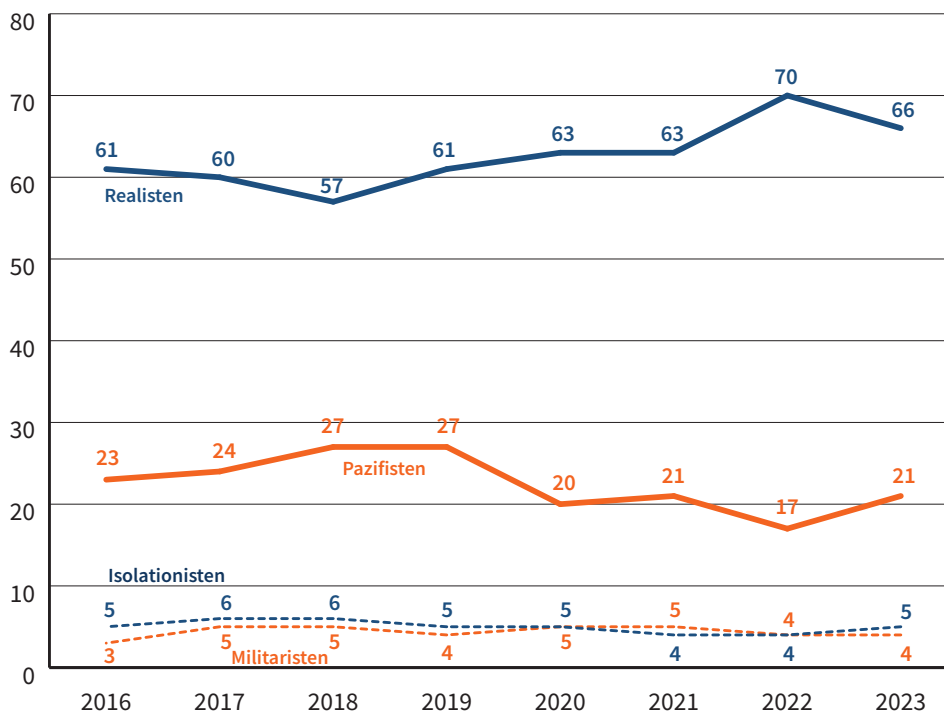


Abb. 2: Verteilung der vier außen- und sicherheitspolitischen Einstellungstypen in der deutschen Bevölkerung, 2016–2023



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Anteilen „Weiß nicht“ und „Keine Antwort“. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2023.

nicht größer geworden ist. Das Gleiche gilt im Übrigen für die Gruppe der Isolationisten. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat also bisher zu keinem tiefgreifenderen Wandel der strategischen Kultur in der deutschen Bevölkerung geführt.¹⁶

Pazifismus als Ablehnung der Gewaltanwendung durch das Militär

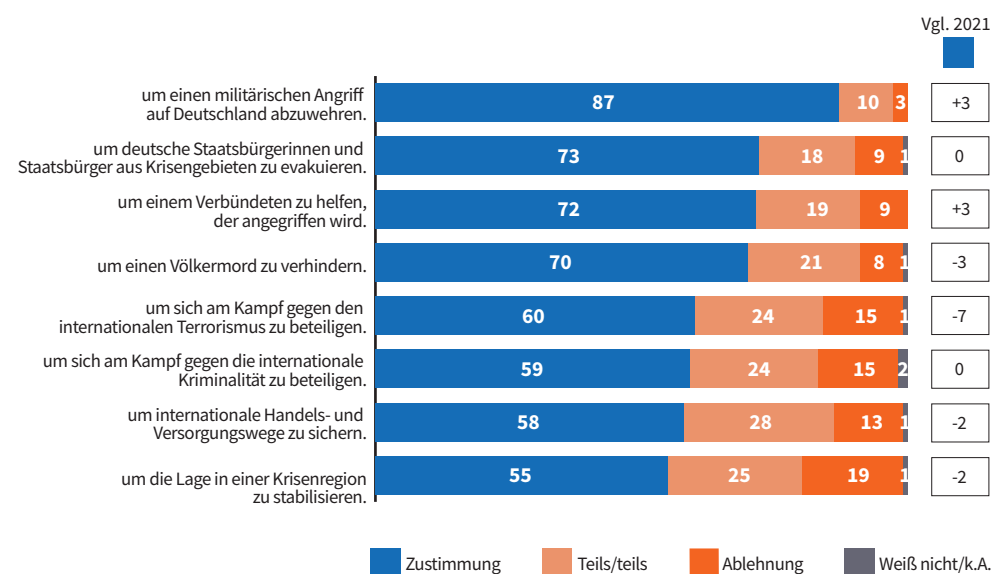
Die bisher dargestellten Erkenntnisse über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Einsatz von Streitkräften als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik basieren auf äußerst abstrakten Messinstrumenten und geben noch keinen Aufschluss über die Akzeptanz bzw. Ablehnung der Anwendung von Waffengewalt durch die Bundeswehr. Das hohe Abstraktionsniveau wird der zweckgebundenen Natur und Legitimität der Anwendung von Waffengewalt durch die Bundeswehr nicht gerecht. Der Einsatz militärischer Gewalt durch staatliche Streitkräfte ist immer zweckgebunden

und niemals Selbstzweck, weil er mit erheblichem Risiko für Mensch und Material einhergeht. Es stellt sich also immer die Frage: Wozu kämpfen? Aus diesem Grund wurde in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung zusätzlich die Einstellung der Befragten zum zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt erhoben.

Wie Abbildung 3 veranschaulicht, ist die Mehrheit (55 bis 87 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, dass die Bundeswehr zur Erfüllung ihrer grundlegenden Aufgaben Waffengewalt als äußerstes Mittel einsetzen dürfen sollte – und zwar im gesamten Aufgabenspektrum. Nur ein geringer Teil der deutschen Bevölkerung lehnt den zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel explizit ab (3 bis 19 Prozent). Weiterführende Untersuchungen zeigen, dass in allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen eine im Durchschnitt positive Einstellung zur zweckgebundenen Anwendung von Waffengewalt durch die Bundeswehr besteht, das heißt unabhängig vom Alter, Geschlecht, Einkom-

Abb. 3: Einstellungen zum zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr

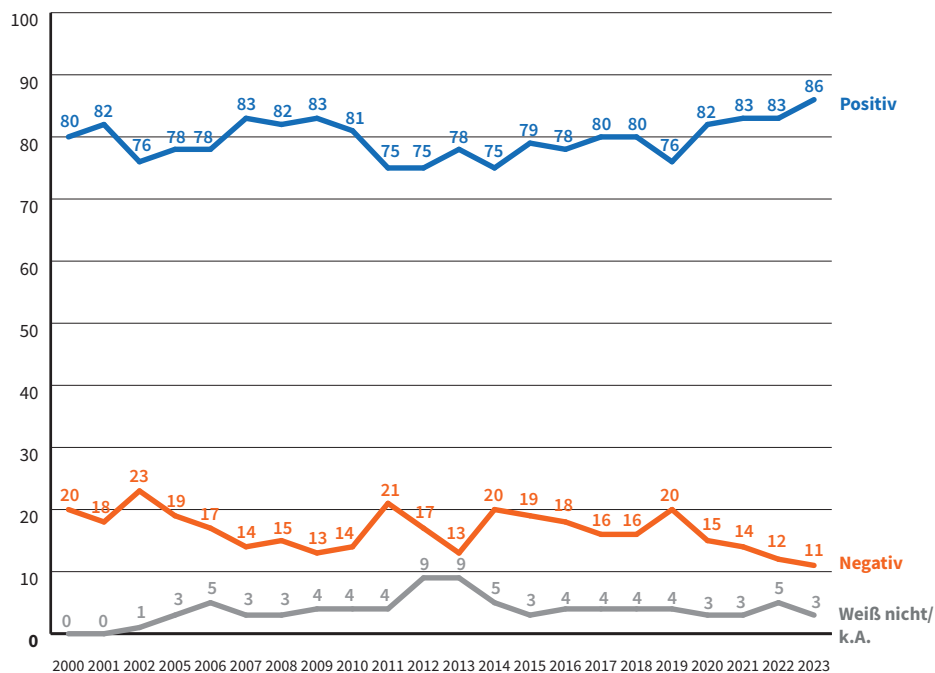
„Was meinen Sie, zu welchem Zweck sollte die Bundeswehr als äußerstes Mittel Waffengewalt einsetzen dürfen? Die Bundeswehr sollte als äußerstes Mittel Waffengewalt einsetzen dürfen, ...“



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Die Frage wurde 2022 nicht gestellt. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021 und 2023.

Abb. 4: Einstellung zur Bundeswehr 2000–2023

„Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. In den Jahren 2000–2005, 2011 und 2014 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode). Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2023.

men, Bildungsstand, Migrationshintergrund etc.¹⁷ Im Vergleich zu 2021 hat sich der öffentliche Zuspruch zum Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr kaum verändert (Ausnahme: Terrorismusbekämpfung –7 Prozentpunkte).

Neben dem Befund, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine realistische außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung haben, stellt auch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz für den zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr die Annahme infrage, der zufolge die Mehrheit der Deutschen überzeugte Pazifisten seien. Einschränkend ist jedoch hinzu- zufügen, dass die Gewaltanwendung explizit als „äußerstes Mittel“ benannt wird. Es ist folglich nicht zulässig, aus den Befunden zu schließen, die Mehrheit der Befragten betrachte die Anwendung von Waffengewalt grundsätzlich als „Mittel der Wahl“. Eine solche Interpretation steht auch den Befunden entgegen, dass in der deutschen Bevölkerung seit vielen Jahren eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel in der Außen- und Sicherheits-

politik besteht (vgl. Tab. 1) und dass die Gruppe der expliziten Militaristen nur eine Minderheit in der Bevölkerung darstellt (vgl. Abb. 2).

Pazifismus als grundsätzliche Ablehnung der Streitkräfte

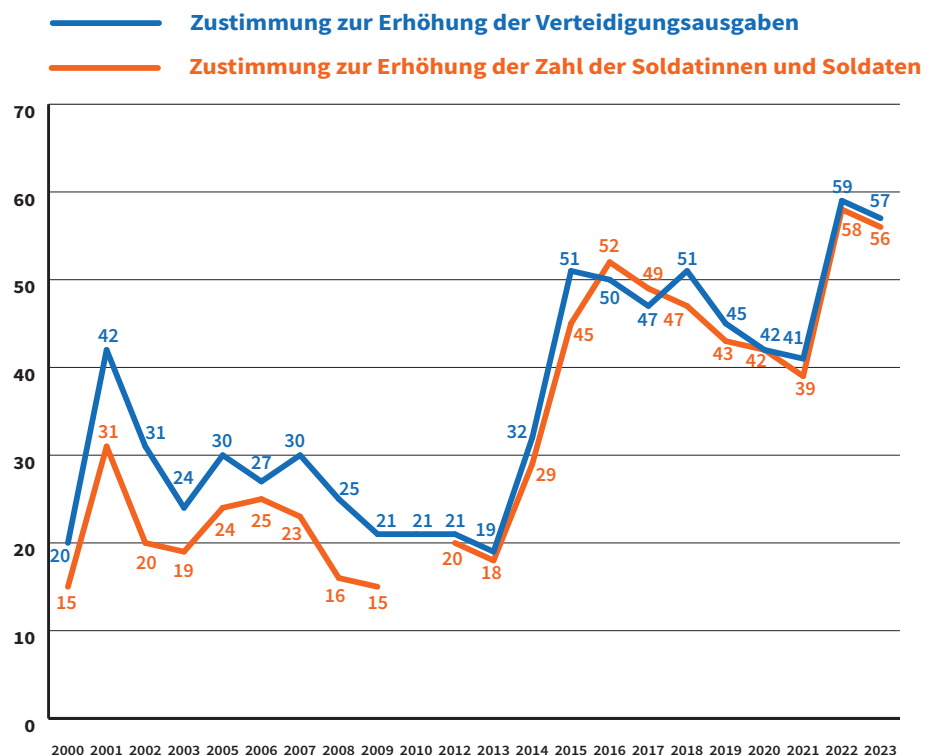
Die grundsätzliche Ablehnung von Streitkräften ist weniger eine pazifistische als eine besonders starke Ausprägung einer antimilitaristischen Einstellung, die nicht nur Militarismus als gesellschaftliches Phänomen ablehnt, sondern auch das Militär als gesellschaftliche Institution. Eine derartige Ablehnung gegenüber der Bundeswehr ist in der deutschen Bevölkerung nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die seit Jahrzehnten positive Grundeinstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreicht im Jahr 2023 einen historischen Höchstwert (vgl. Abb. 4): Annähernd neun von zehn Befragten haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr (86 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022). Ebenso viele Befragte (87 Prozent) vertrauen der

Bundeswehr. Nur 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine dezidiert negative Einstellung zur Bundeswehr und vertrauen ihr nicht. Seit 2019 ist der Anteil der Bevölkerung mit einer positiven Einstellung zur Bundeswehr um 10 Prozentpunkte gewachsen, während sich die Gruppe der Bundeswehr-Kritiker nahezu halbiert hat (2019: 20 Prozent; 2023: 11 Prozent). Im Zeitverlauf zeigt sich auch sehr deutlich, wie stabil die positive Grundeinstellung der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr ist. Unabhängig von der sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage hatten im vergangenen Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger eine positive Einstellung zur Bundeswehr (vgl. Abb. 4). Russlands Invasion der Ukraine hat seit 2022 also zu keiner Zeitenwende in der positiven Grundhaltung der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr geführt.

Pazifismus als Ablehnung einer „Politik der Aufrüstung“

Infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde der Bundeswehr kurzfristig und einmalig ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. In der deutschen Bevölkerung ist die Zustimmung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr seit 2022 stark gestiegen und erreichte sogar einen historischen Höchstwert (vgl. Abb. 5). Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass bereits seit 2015 eine (relative) Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben plädiert. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine führte also zu einem starken Anstieg, nicht jedoch zu einer „Zeitenwende“, denn bei vielen Bürgerinnen und Bürgern hat offenkundig bereits

Abb. 5: Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, 2000–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden jeweils zusammengefasst. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personallumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“ Die Frage zu den Verteidigungsausgaben wurde 2004 und 2011 nicht erhoben. Die Frage zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten wurde 2004, 2010 und 2011 nicht erhoben. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2023.

ab 2014 ein Umdenken eingesetzt – also bereits im ersten Jahr der offenen militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine.

2023 hält sich die öffentliche Zustimmung zum finanziellen und personellen Aufwuchs der Bundeswehr auf dem Niveau von 2022: Eine absolute Mehrheit befürwortet eine weitere Aufstockung der finanziellen (57 Prozent) und personellen (56 Prozent) Ressourcen der Bundeswehr (vgl. Abb. 5). Nur eine Minderheit von jeweils acht Prozent spricht sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs der Bundeswehr aus, während 31 bzw. 32 Prozent für ein gleichbleibendes Niveau plädieren. In allen soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung spricht sich eine absolute Mehrheit für die finanzielle und personelle Ertüchtigung der Bundeswehr aus.¹⁸

Eine Vielzahl weiterer Umfragen belegt das anhaltend hohe Zustimmungsniveau zur Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben. Laut ZDF-Politbarometer vom Februar 2024 sind 72 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bereit, mehr für die Bundeswehr auszugeben, auch wenn hierfür Einsparungen in anderen Bereichen erforderlich sind. Im ARD-Deutschlandtrend vom März 2024 geben 74 Prozent der Befragten an, die Erhöhung der Verteidigungsausgaben für richtig zu halten. Und in einer Umfrage von Forsa für Zeit Online im April 2024 sprechen sich 68 Prozent für höhere Verteidigungsausgaben aus.

Pazifismus als Ablehnung eines persönlichen militärischen Engagements

Die Wehrpflicht in Deutschland wurde 2011 ausgesetzt. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall könnte die Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes jedoch wieder aktiviert werden. Als Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage stellte der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius Mitte Juni 2024 konkrete Pläne für einen neuen Wehrdienst vor. Wenn die Mehrheit der Deutschen Pazifisten wären, dann sollten Überlegungen zu einem neuen verpflichtenden Militärdienst in der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil: 2023 vertreten 52 Prozent (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) die Auffassung, dass

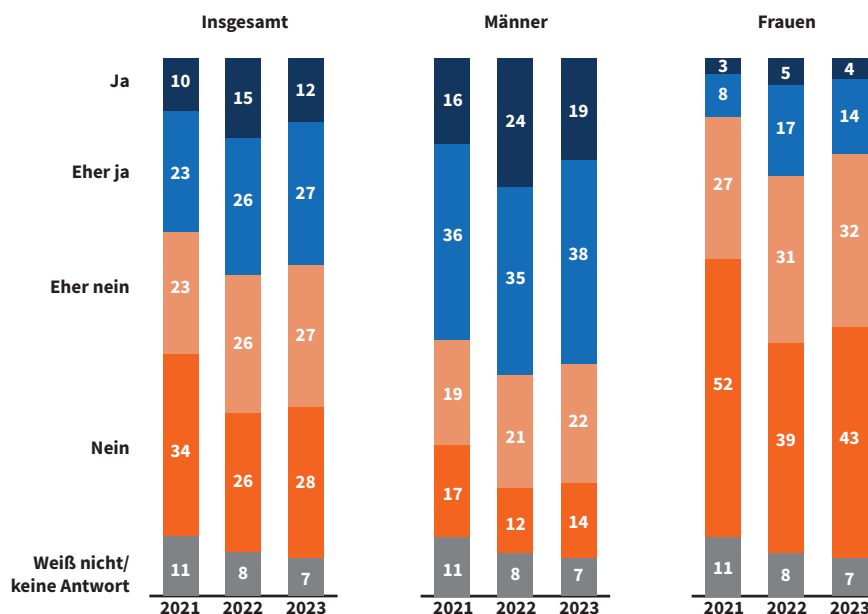
die Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht notwendig ist, während 23 Prozent keine Notwendigkeit erkennen und 23 Prozent unentschieden sind.¹⁹ Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger ist zudem der Auffassung, dass die Einführung eines Wehrdienstes die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern (48 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022), der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen (62 Prozent; +2 Prozentpunkte) und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken würde (58 Prozent; +1 Prozentpunkt).

Mit wenigen Ausnahmen besteht in allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen eine überwiegend positive Einstellung zur Einführung eines Wehrdienstes.²⁰ So ist in allen Gruppen eine relative oder absolute Mehrheit der Auffassung, dass die Einführung eines Wehrdienstes notwendig ist (41 bis 60 Prozent). In der Gruppe der jungen Männer und Frauen sind jeweils 41 Prozent davon überzeugt, dass ein Wehrdienst notwendig ist. Zudem erwartet in allen untersuchten Gruppen eine relative oder absolute Mehrheit von der Wiedereinführung eines Wehrdienstes positive Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft (38 bis 61 Prozent), die Personalgewinnung der Bundeswehr (51 bis 72 Prozent) und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung (45 bis 71 Prozent). Weitere Umfragen zur möglichen Einführung eines Wehrdienstes in Deutschland belegen ebenfalls eine mehrheitliche Zustimmung: Ipsos (März 2023) = 61 Prozent; MDR fragt (Februar/März 2023) = 70 Prozent; Civey (Dezember 2023) = 63 Prozent; NDR fragt (Februar 2024) = 66 Prozent; INSA (März 2024) = 52 Prozent; Yougov (Juni 2024) = 60 Prozent.

Neben der Diskussion um einen neuen Wehrdienst rückt auch die Frage nach dem Potenzial der militärischen Personalreserve in Deutschland in den Fokus. Die hohen personellen Verluste der ukrainischen Streitkräfte in ihrem erbitterten Abwehrkampf gegen die russischen Invasionstruppen zeigen, wie wichtig es für die personelle Durchhaltfähigkeit der Streitkräfte ist, dass diese im Verteidigungsfall auf ein möglichst großes Potenzial an freiwilligen Kämpferinnen und Kämpfern in der Bevölkerung zurückgreifen können, getreu dem Motto: Die aktive Truppe beginnt im Krieg, die Re-

Abb. 6: Persönliche Verteidigungsbereitschaft, 2021–2023

„Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“ (Nur Befragte unter 50 Jahre)



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 1.060). Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2023.

serve beendet ihn. Wie groß wäre dieses Potenzial in Deutschland?

Im Vergleich der vergangenen drei Jahre zeigt sich, dass die persönliche Verteidigungsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung infolge des Ukraine-Krieges leicht anstieg, aber 2023 wieder rückläufig ist (vgl. Abb. 6). 2023 geben 39 Prozent (–2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) der Befragten an, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen zu wollen, während eine Mehrheit von 55 Prozent (+3 Prozentpunkte) dies ablehnt.²¹ In allen Erhebungsjahren ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Männer (52 bis 59 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als die der Frauen (11 bis 22 Prozent). Konkret: Eine absolute Mehrheit der Männer wäre bereit, mit der Waffe zu kämpfen. In der Altersgruppe der 20- bis 40-jährigen Männer liegt dieser Anteil bei 58 Prozent, was gemäß Zensus einem demografischen Potenzial von annähernd 6 Millionen entspräche. Selbst wenn sich nur die Hälfte der Befragten tatsächlich zum Dienst an der Waffe einfinden würde, wäre dies ein enormes

Potenzial in Relation zur Ausstattung der Bundeswehr, denn diese kann aktuell noch nicht einmal ihre 180.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten mit einem persönlichen Gewehr ausstatten. Die Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr würde also weniger von einer fehlenden persönlichen Verteidigungsbereitschaft in der (männlichen) deutschen Bevölkerung als vom akuten Mangel an Waffen (und Munition) beeinträchtigt werden.

Fazit

Die Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen belegen, dass es für die vielfach diskutierte Abkehr der deutschen Bevölkerung vom Pazifismus infolge des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 keine empirische Evidenz gibt. Erstens waren die Deutschen bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 mehrheitlich *keine* Pazifisten, sondern Realisten. Und zweitens ist der Anteil von Pazifisten an der deutschen Bevölkerung nur kurzfristig gesunken. Dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger keine Pazifisten sind, zeigt sich auch darin,

dass eine Mehrheit a) den zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr, b) die Erhöhung des Verteidigungsetats und c) einen neuen Wehrdienst befürwortet. Eine absolute Mehrheit der Männer kann sich sogar vorstellen, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Im Übrigen erweist sich auch die Sorge vor einer möglichen „Militarisierung im Denken“ der Bürgerinnen und Bürger als gänzlich unbegründet: Eine exklusive Präferenz für den Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hatte vor 2022 nur eine kleine Minderheit in der deutschen Bevölkerung und diese Gruppe ist nach Kriegsausbruch sogar geschrumpft. Einen fundamentalen Wandel der strategischen Kultur der deutschen Bevölkerung hat es nicht gegeben.

Der Befund, dass die Mehrheit der Deutschen bereits vor dem Ukraine-Krieg eine realistische und keine pazifistische Einstellung hatte, stellt den bisherigen Konsens in der (militär)soziologischen Forschung zur „pazifistischen Prägung der Deutschen“ infrage. Die neuen Befunde stehen dabei nicht im Widerspruch zum Kernbefund älterer empirischer Untersuchungen, denn auch die vorliegende Auswertung belegt: Die Mehrheit der Deutschen hat eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik – sowohl vor als auch nach Ausbruch des Ukraine-Krieges. Allerdings macht diese *relative* Mittel-Präferenz die Mehrheit der Deutschen nicht zu lupenreinen Pazifisten, denn auch die Realisten befürworten den Einsatz ziviler Mittel, nur anders als die Pazifisten schließen sie den Einsatz militärischer Mittel eben nicht kategorisch aus. Wird Pazifismus trennscharf als *exklusive* Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel operationalisiert, zeigt sich, dass es sehr viel weniger Pazifisten in der deutschen Bevölkerung gibt als bisher angenommen. In Anbetracht dessen sind die von der bisherigen militärsoziologischen und sicherheitspolitischen Einstellungsforschung generierten Befunde zwar nicht als „falsch“ zu bewerten, aber sie basieren auf einer defizitären Operationalisierung und greifen eindeutig zu kurz für eine abschließende Aussage über die Ausprägung und Verteilung einer pazifistischen Einstellung in der deutschen Bevölkerung. Dementsprechend bedarf der etablierte Forschungskonsens zum „Pazifismus der Deutschen“ mindestens einer Präzisierung.

Da die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger keine Pazifisten, sondern Realisten sind und den aktuellen Kurswechsel in der Verteidigungspolitik mittragen, erscheinen weiterführende Forderungen nach einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Mentalitätswandel hin zu mehr Wehrhaftigkeit unnötig. Auch der Militärhistoriker Sönke Neitzel vertritt diese Auffassung. Seiner Einschätzung nach „[...] wisse die Gesellschaft viel besser, was die Stunde geschlagen habe, als die Politiker denken. [...] Die Bevölkerung ist bereit zu kämpfen und persönliche Einschränkungen hinzunehmen, wenn man ihr erklärt, wozu das nötig ist.“²² Mit Ausnahme des Verteidigungsministers und des Generalinspektors tut dies aktuell aber niemand, der Verantwortung für die Sicherheit und Verteidigung Deutschlands trägt, weshalb „[d]ie Gefahr droht, dass die vom Verteidigungsminister angeschobene Debatte mal wieder folgenlos verpufft“²³.

Während dies tatsächlich einzutreten droht, geht die Debatte um eine „Militarisierung der Gesellschaft“ am offenkundigen Pragmatismus der allermeisten Bürgerinnen und Bürger vorbei. Die ihr zugrunde liegenden Annahmen erweisen sich bei genauerer empirischer Betrachtung nämlich schlicht als falsch. Die Mehrheit waren und sind Realisten, die den Kurswechsel in der deutschen Verteidigungspolitik unterstützen, weil sie in Russland eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands sehen.²⁴ Sie fordern von der Politik nicht mehr und auch nicht weniger, als dass der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt und somit seinen Teil des Gesellschaftsvertrags einhält. Dementsprechend sollte die öffentliche Diskussion über die praktische Ausgestaltung der neuen deutschen Verteidigungspolitik nicht als falscher Vorwand genutzt werden, um eine Phantomdebatte über die „Abkehr vom Pazifismus“ zu führen.

Der Autor

Dr. Timo Graf ist wissenschaftlicher Oberrat im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Dort leitet er die jährliche Bevölkerungsbefragung im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung. Er forscht und publiziert zur öffentlichen Meinung über außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Themen, zu den zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland, zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und zu strategischen Kulturen. Er ist Lehrbeauftragter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Sönke Neitzel an der Universität Potsdam und unterrichtet im Rahmen der politischen Bildung in und außerhalb der Bundeswehr.



- 1 Pistorius, Boris (2023): Bundeswehr muss stärkste Armee Europas werden. Bild, 22.1.2023. <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/verteidigungsminister-pistorius-exklusiv-sein-schneller-ukraine-plan-82633792.bild.html> (Stand: 10.10.2024); Pistorius, Boris (2024): Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein. Deutscher Bundestag, 5.6.2024. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbe-fragung-1002264> (Stand: 10.10.2024).
- 2 Pistorius, Boris (2023): Bericht aus Berlin. ARD, 12.11.2023. <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1271796.html> (Stand: 10.10.2024); Breuer, Carsten (2023): Geleitwort des Generalinspektors der Bundeswehr. In: Handbuch Innere Führung. Koblenz, S. 6–7.
- 3 Gauck, Joachim (2023): Das ist ein Wandel, den hatte ich so nicht erwartet. In: Internationale Politik Special 3/2023, S. 33–39; Scholz, Olaf (2022): The global Zeitenwende: How to avoid a new Cold War in a multipolar era. In: Foreign Affairs, 102(1), S. 22–38.
- 4 Exemplarisch: Wiesendahl, Elmar (2022): Der Ukraine-Krieg und die bellizistische Remedur Deutschlands. Positionspapier, Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften. <https://www.zebis.eu/veroeffentlichungen/positionen/der-ukrainekrieg-und-die-bellizistische-remedur-deutschlands-elmar-wiesendahl/> (Stand: 16.10.2024); Mika, Bascha (2022): Ukraine-Krieg und Pazifismus: Wie der Militarismus einen Siegeszug durch unsere Köpfe angetreten hat. Frankfurter Rundschau, 24.2.2023. <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-pazifismus-zaesur-denken-militaer-gesellschaft-92105460.html> (Stand: 11.10.2024).
- 5 Exemplarisch: Masala, Carlo (2023): Ich halte unsere Gesellschaft für nicht besonders wehrhaft. In: Internationale Politik Special 4/2023, S. 4–11.
- 6 Brauck, Markus (2022): Gehört der Pazifismus wirklich auf den Müllhaufen der Geschichte? In: Der Spiegel 13/2022. <https://www.spiegel.de/kultur/pazifismus-gehoeert-er-wirklich-auf-den-muellhaufen-der-geschichte-a-fc9e69ed-a48e-491a-b7f0-1c594216bbfd> (Stand: 14.10.2024).
- 7 Lohmann, Friedrich (2022): Zeitenwende in der Friedensethik? Der Pazifismus im Angesicht des russischen Angriffs auf die Ukraine. In: Ethik und Militär, 2/2022, S. 18–25. <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/2022-02/article/zeitenwende-in-der-friedensethik-der-pazifismus-im-angesicht-des-russischen-angriffs-auf-die-ukraine> (Stand: 16.10.2024); Lobo, Sascha (2022): Der deutsche Lumpen-Pazifismus. Spiegel Online, 20.4.2022. <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/ukraine-krieg-der-deutsche-lumpen-pazifismus-kolumne-a-77ea2788-e80f-4a51-838f-591843da8356> (Stand: 11.10.2024); Rosa, Hartmut (2022): Die Bellizisten sitzen im sicheren Wohnzimmer. In: Der Spiegel 30/2022. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bellizismus-und-der-ukraine-krieg-haltet-ein-a-7aa8cd9d-5fe3-4227-b14c-181407f0b9d0> (Stand: 14.10.2024).
- 8 Leonhard, Nina (2016): Die postheroische Gesellschaft und ihr Militär. In: Junge, Matthias (Hg.): Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen. Wiesbaden, S. 101–121; Kümmel, Gerhard und Leonhard, Nina (2005): Death, the Military and Society. In: Casualties and Civil-Military Relations in Germany. Strausberg; Münkler, Herfried (2008): Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft. In: Hettling, Manfred und Echterkamp, Jörg (Hg.): Bedingt erinnerungsbereit: Soldatengedenken in der Bundesrepublik. Göttingen, S. 22–30; Göler, Daniel (2010): Die strategische Kultur der Bundesrepublik: Eine Bestandsaufnahme normativer Vorstellungen über den Einsatz militärischer Mittel. In: Dörfler-Dierken, Angelika und Portugall, Gerd (Hg.): Friedensethik und Sicherheitspolitik. Wiesbaden, S. 185–199; Longhurst, Kerry (2004): Germany and the Use of Force. Manchester; Junk, Julian und Daase, Christopher (2012): Germany. In: Biehl, Heiko, Giegerich, Bastian und Jonas, Alexandra (Hg.): Strategic Cultures in Europe. Wiesbaden, S. 139–152; Seppo, Antti (2021): From Guilt to Responsibility and Beyond. The Evolution of German Strategic Culture after the End of the Cold War. Berlin; Endres, Fabian (2018): Öffentliche Meinung und strategische Kulturen: Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden; Graf, Timo (2019): Die Bundeswehr als Mittel deutscher Außenpolitik aus Sicht der Bevölkerung: „Brunnenbohrer“ oder „Kampftruppe“? In: Hartmann, Uwe und von Rosen, Claus (Hg.): Jahrbuch Innere Führung 2019. Berlin, S. 80–100.
- 9 Grundlage für diesen Beitrag sind die Ergebnisse der jährlichen Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). Diese Befragung basiert auf einer Zufallsstichprobe, welche repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab einem Alter von 16 Jahren ist. Die Datenerhebung wird von einem externen, unabhängigen und professionellen Umfrageinstitut durchgeführt. Wenn nicht anders ausgewiesen, so basieren alle genannten Umfrageresultate auf der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung. Weitere Informationen zur Befragung: Graf, Timo (2024), s. Endnote 17.
- 10 Brücher, Gertrud (2008): Pazifismus als Diskurs. Wiesbaden, S. 32.
- 11 Schubert, Klaus und Klein, Martina (2020): Das Politiklexikon. Bonn.
- 12 Fuchs, Albert (2017): Zu böse für Frieden durch Frieden? In: Wissenschaft & Frieden, 1/2017, S. 10–13, S. 10.
- 13 Die Einstellung der Bevölkerung zu Deutschlands Waffenlieferungen an die Ukraine wird nicht betrachtet, weil zu diesem Aspekt keine Daten für die Zeit vor 2022 vorliegen und somit die Frage nach möglichen Einstellungsveränderungen seit 2022 beantwortet werden kann. Verwiesen wird auf Tabelle 1, die einen starken Anstieg bei der Zustimmung zu Waffenlieferungen an befreundete Staaten seit 2022 dokumentiert.
- 14 Brücher, Gertrud (2008), s. Endnote 10, S. 40.
- 15 Der politische Realismus als eine der prominentesten Theorien und „Denkschulen“ der internationalen Beziehungen schließt weder den Einsatz ziviler noch militärischer Mittel kategorisch aus, weil alle Mittel zunächst wertfrei sind und situativ auf ihre Effektivität hin geprüft werden: „Die Funktion eines Mittels ist es, einen Zweck der Realisierung näher zu bringen, und diese Funktion lässt sich schlecht erfüllen, wenn das Mittel reglementiert wird“ (Brücher, Gertrud, s. Endnote 10, S. 40). Eine realistische Einstellung lässt sich somit definieren als die Zustimmung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel. Davon abzugrenzen ist eine dezidiert militaristische Haltung als exklusive Präferenz für den Einsatz militärischer Mittel, die den Einsatz ziviler Mittel explizit ablehnt. Als letzte Kombination im zweidimensionalen Raum der Mittel-Präferenzen bleibt die Ablehnung des Einsatzes ziviler und militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik, was einer Verweigerung jeglichen aktiven Engagements in den internationalen

Beziehungen gleichkommt und somit der Position des Isolationismus entspricht.

16 Mader, Matthias und Schön, Harald (2023): (Noch) Keine Zeitenwende: Eine vorläufige Untersuchung der öffentlichen Meinung zur Außen- und Verteidigungspolitik nach Russlands Einmarsch in die Ukraine. In: Politische Vierteljahresschrift, 64, S. 525–547.

17 Graf, Timo (2024): Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023. Potsdam, S. 66–67.

18 Graf, Timo (2024): s. Endnote 17, S. 24.

19 Graf, Timo (2024): s. Endnote 17, S. 31.

20 Graf, Timo (2024): s. Endnote 17, S. 32–33.

21 Eine Umfrage von Forsa aus dem Februar 2024 kommt zu ähnlichen Ergebnissen: „Würden Sie Deutschland im Falle eines Angriffs mit der Waffe verteidigen?“ Gesamt: 38 Prozent Zustimmung; 59 Prozent Ablehnung. Männer: 54 Prozent Zustimmung; 44 Prozent Ablehnung. Frauen: 23 Prozent Zustimmung; 72 Prozent Ablehnung. <https://www.n-tv.de/politik/Nur-eine-Minderheit-waere-bereit-mit-der-Waffe-zu-kaempfen-article24784229.html> (Stand: 11.10.2014).

22 Prof. Dr. Sönke Neitzel zitiert in Seliger, Marco (2023): Deutschland soll kriegstüchtig werden. Das heißt, die Zeiten sind vorbei, als das Land Checks ausstellte und dafür andere den Kopf hinhielten. Neue Zürcher Zeitung, 5.11.2023. <https://www.nzz.ch/international/pistorius-und-die-kriegstuechtigkeit-deutschland-muss-kaempfen-lernen-ld.1763792> (Stand: 11.10.2024).

23 Seliger, Marco (2023), s. Endnote 22.

24 Vgl. Graf, Timo (2024): Zeitenwende in den Köpfen: Russlands Angriffskrieg verändert das verteidigungspolitische Meinungsbild. In: Die Politische Meinung Nr. 584, S. 49–55; Graf, Timo, Steinbrecher, Markus und Biehl, Heiko (2024): From reluctance to reassurance: Explaining the shift in the Germans' NATO alliance solidarity following Russia's invasion of Ukraine. In: Contemporary Security Policy, 45(2), S. 298–330.

WEHRPFLICHT, KRIEGS- TÜCHTIGE BUNDESWEHR UND WEHRHAFTE GESELLSCHAFT IN ZEITEN HYBRIDER KRIEGS- FÜHRUNG

Autorin: Andrea Ellner

Problemlage

Von 2023 an positionierte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius die Konzepte „Kriegstüchtigkeit“ und „Wehrhaftigkeit“ in der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage seien dies notwendige Ziele vorausschauender deutscher Sicherheitspolitik, die sich von nun an auf die Befähigung zur *Gesamtverteidigung* ausrichten müsse. Dabei bezieht sich Kriegstüchtigkeit auf die Bundeswehr und Wehrhaftigkeit auf die Gesellschaft. Diskussionen um die Wiedereinführung der Wehrpflicht hatten bereits einige Jahre früher begonnen. Die Alternative für Deutschland (AfD) betrachtete deren Aussetzung als gravierenden Fehler, die konservativen Parteien und Teile der SPD standen zumindest in Nähe der Idee des Militärs als Schule der Nation, in der „die Jugend“ nicht nur Resilienz, also eine gewisse Disziplin und Resistenz, sondern auch eine aktive, positive Bindung an „die Nation“ erfahren und ausbilden soll. Zugleich sei Wehrdienst für die junge Generation eine Chance, der Gesellschaft „etwas zurückzugeben“¹. Damit bewegte sich die öffentliche Diskussion vornehmlich im Bereich traditioneller Erwartungen an die bzw. Assoziationen mit der Wehrpflicht.

Im Laufe dieses Jahres wurde allmählich deutlich, dass nicht die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht unverändert reaktiviert werden sollte. Dies wurde am 6. November 2024 mit Bekanntmachung eines Kabinettsbeschlusses durch das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) bestätigt. Der sogenannte „Neue Wehrdienst“ ist deutlich vom skandinavischen, insbesondere dem schwedischen Ansatz beeinflusst.² Er setzt in erster Linie auf Freiwilligkeit. Alle jungen Menschen ab 18 Jahre sollen von der Bundeswehr angeschrieben und aufgefordert werden, einen Fragebogen auszufüllen, in dem sie unter anderem angeben sollen, ob sie bereit seien, Militärdienst zu leisten; wenn sie zusagen, werden sie zur „Musterung“ in ein Karrierecenter der Bundeswehr eingeladen.

Anders als in Schweden wären nur Männer unter Androhung eines Bußgeldes zur Antwort

Abstract

Die von Bundesverteidigungsminister Pistorius eingebrachten Konzepte der „Kriegstüchtigkeit“ und „Wehrhaftigkeit“ haben die schwelende Diskussion um die ausgesetzte Wehrpflicht befeuert. Zugleich ist die Umsetzung des geplanten neuen Wehrdienstmodells fraglich, sodass eine neue Grundsatzdiskussion um Dauer, Form und Grenzen staatlich tolerierter Freiwilligkeit oder gar die Einführung einer generellen Wehrpflicht beginnen könnte. Vor diesem Hintergrund müssen zum einen Grundannahmen hinterfragt werden. Das gilt sowohl mit Blick auf die vom neuen Modell betroffene Generation Z, die sich entgegen gängigen Stereotypen politisch interessiert und informiert sowie gesellschaftlich engagiert zeigt. Auch die angenommene automatische Verknüpfung von individueller Verbundenheit mit der nationalen Gemeinschaft und der Bereitschaft zum Wehrdienst oder der postulierte Sozialisierungseffekt lassen sich nicht nachweisen. Des Weiteren sind abhängig vom gewählten Dienstmodell zahlreiche Aspekte der Wehrgerechtigkeit zu beachten. Dies gilt nicht zuletzt für den Dienst von Frauen, die in der Bundeswehr nach wie vor mit Hindernissen konfrontiert sind, von mangelnder Ausstattung bis hin zu sexuellen Übergriffen.

Angesichts der begründeten Notwendigkeit ausreichender militärischer Kapazitäten, der hybriden Bedrohungslage sowie weiterer Herausforderungen wie der immer bedrohlicheren Auswirkungen der Erderhitzung plädiert der Beitrag für einen erweiterten Gesellschaftsdienst für alle Altersgruppen. Ein solches, möglichst freiheitliches Modell würde unter anderem einer Verengung auf militärische Verteidigungsbereitschaft vorbeugen und Resilienz auf positiv-konstruktivem Weg, durch gelebte Demokratie- und Integrationserfahrung herausbilden.

verpflichtet. Frauen könnten die Auskünfte freiwillig einreichen und sich ebenso wie Männer freiwillig zum Militärdienst bereit erklären; der Dienst wäre besoldet und Freiwillige könnten sechs bis 23 Monate dienen. In einem Interview mit der SZ sagte Pistorius: „Damit reagieren wir auf die veränderte Bedrohungslage in Europa‘ [...]. Junge Männer und Frauen, die 18 Jahre alt werden, würden sich künftig wieder häufiger mit sicherheitspolitischen Fragen auseinandersetzen und überlegen, welchen Beitrag sie zur Sicherheit Deutschlands leisten könnten. ‚Die Bundeswehr wird alles dafür tun, dass sie die Ausbildung als Bereicherung in ihrem Leben wahrnehmen werden.‘“³ Meinungsumfragen zeigen allerdings, dass Wehrdienst für dieses Engagement nicht notwendig ist.

Jungen Menschen der Generation Z, also jenen, die von dem neuen Wehrdienstmodell betroffen sein werden, machen nicht nur Krieg, sondern auch andere sicherheitsrelevante Probleme, vor allem die Auswirkungen des Klimawandels, die Inflation sowie innergesellschaftliche Spannungen, immer mehr Sorgen. Schon vor dem Ukrainekrieg zeigte sich eine große, mit steigendem formalem Bildungsniveau wachsende Mehrheit politisch interessiert. Sie war stark daran interessiert, sich politisch zu engagieren und die Gesellschaft positiv zu beeinflussen. Ebenso hatte diese Mehrheit differenzierte Vorstellungen davon, wie Mängel in existierenden politischen Strukturen und Prozessen behoben werden können, um der eigenen Altersgruppe wesentlich besseres Gehör und aktiv gelebte Demokratie zu ermöglichen.⁴

Dieses Interesse, sich einzubringen, ist seither konstant geblieben oder sogar gewachsen. Gleiches gilt laut Shell Jugendstudie 2024 im Vergleich zu 2019 für die Ängste: vor Krieg in Europa (81 / 46 %), Armut (67 / 52 %), Umweltverschmutzung (mit leichtem Rückgang: 64 / 71 %), wachsender Feindseligkeit zwischen Menschen (64 / 56 %), sozialer Ungleichheit (63 %, keine Vergleichsangabe), Klimawandel (mit leichtem Rückgang: 63 / 65 %), Zuwanderung nach Deutschland mit Abstand dahinter (34 / 33 %).⁵

Hier finden sich also starke Indizien, dass junge Menschen weder dem Stereotyp der „Generation Schneeflocke“ entsprechend selbst-

verliebte Hedonisten noch zu faul zu arbeiten, politisch uninformiert und gesellschaftlich nicht engagiert sind.⁶ Auf die Bereitschaft, sich selbstbestimmt zum Wohl der Gesellschaft zu engagieren, kann und sollte die Politik bauen, wenn sie den Gedanken des Dienstes für die Gesellschaft als Teil neuer Wehrhaftigkeit und Gesamtverteidigung in die Praxis umsetzen will. Diese Bereitschaft hat sich bereits in der Zahl der Bewerber bei der Bundeswehr niedergeschlagen. Sie ist von 2023 bis 2024 um 15 Prozent gestiegen.⁷

Es ist also nicht erforderlich, autoritär Pflichten einzufordern, solange keine Notlage besteht. Die Freiwilligkeit kann und sollte weitestgehend geschützt werden. Anstatt „die Jugend von heute“ automatisch der Dekadenz zu verdächtigen, ein Lamento mit zweieinhalbtausendjähriger Tradition⁸, gilt es, die demo-

***Anstatt „die Jugend von heute“
automatisch der Dekadenz zu verdächtigen,
gilt es, die demokratiegebundene
Werteorientierung derer, die sich zum Dienst
bereit erklären sollen, ernst zu nehmen***

kratiegebundene Werteorientierung derer, die sich zum Dienst bereit erklären sollen, ernst zu nehmen, um die zentralen Bedrohungen in Zusammenarbeit zwischen Regierung, Gesellschaft und Militär zu bewältigen.

Traditionelle Vorstellungen von Wehrdienst stehen im Gegensatz dazu. Es lohnt sich, diese kurz im nächsten Abschnitt zu beleuchten, denn der Kollaps der Regierungskoalition von Bundeskanzler Scholz und vorgezogene Neuwahlen Anfang 2025 werden wahrscheinlich verhindern, dass der Kabinettsbeschluss im Mai 2025 gesetzlich in Kraft tritt.⁹ Die Modalitäten eines neuen Wehrgesetzes hängen also davon ab, wann und von welcher Regierung dieser, ein modifizierter oder ein völlig neuer Beschluss dem Bundestag vorgelegt wird. Es ist nicht auszuschließen, dass davor eine neue Grundsatzdiskussion beginnt um Dauer, Form und Grenzen staatlich tolerierter Freiwilligkeit oder sogar die Einführung einer generellen Wehrpflicht schon vor der offiziellen Ausrufung des Bündnis- oder Verteidigungsfalls. Eine sol-

che „Zwangsrekrutierung von Bürgern für befristeten Militärdienst mit geringer oder keiner Entschädigung“¹⁰ wäre ein signifikanter Eingriff in die bürgerlichen Freiheiten.

Traditioneller Wehrdienst – Assoziationen und Mythen

In Europa ist die moderne Idee der Wehrpflicht historisch mit der Entwicklung des „Nationalstaats“ verbunden, der aus dem fortschreitenden Niedergang der feudalen Ordnungen hervorging, die ihre eigenen Formen der transaktionalen Rekrutierung und der unfreien Militärarbeit hatten. Eine der konstitutionellen Auswirkungen der Französischen Revolution bestand darin, dass monarchische Untertanen zu republikanischen Bürgern wurden. Dies ging mit dem Konzept der *levée en masse* einher. Männliche Bürger im kampffähigen Alter von 18 bis 25 Jahren sollten für eine begrenzte Zeit die

Historisch lässt sich die automatische Verknüpfung von individueller Verbundenheit mit der nationalen Gemeinschaft und Bereitschaft zum Wehrdienst nicht nachweisen

regulären Streitkräfte verstärken, um die neue Nation kollektiv gegen eine äußere militärische Bedrohung zu verteidigen. Wehrpflicht war von nun an mit einem bestimmten Männlichkeitsideal, dem Status als Verteidiger der Nation sowie Rechten und Pflichten der Staatsbürgerschaft assoziiert.

Historisch lässt sich diese automatische Verknüpfung von individueller Verbundenheit mit der nationalen Gemeinschaft und Bereitschaft zum Wehrdienst nicht nachweisen. Überall Ende des 18. Jahrhunderts, „ob in den Gesellschaften Westeuropas, in denen Staat und Nation zusammenzufallen begannen, oder in den Hunderten von politischen und administrativen Einheiten Deutschlands, lehnten die Männer den ethischen Imperativ des Militärdienstes, der ihnen von Parteipropagandisten, Heeresreformern und politischen Theoretikern vorgehalten wurde, gleichermaßen ab“¹¹.

Auch im 19. Jahrhundert zeigten sich der preußische Adel und Mittelstand wenig begeis-

tert vom Ansinnen der Militärreformer, einen Wehrdienst einzuführen; Ersterer sah sich sogar selbst durch egalitäre Strömungen gefährdet, falls damit Einschränkungen des privilegierten Anspruchs auf das Offizierskorps einhergehen sollten. Nach temporärer Konfluenz von Bereitschaft zum Wehrdienst und Nationalgedanken Anfang des 20. Jahrhunderts konstatiert Paret für die 1970er-Jahre: „[...] weite Teile der französischen und deutschen Gesellschaft scheinen nicht davon überzeugt zu sein, dass Staat und Nation völlig übereinstimmen und dass seine Aufforderungen an die Bürger, Militärdienst zu leisten, immer moralisch richtig sein müssen“¹². Kritische Diskurse um Wehrdienst haben also Tradition und gerade in einer liberalen Demokratie einen wichtigen Platz im öffentlichen Diskurs, besonders wenn daraus neue Wege zur Problembewältigung erwachsen.

Wehrdienst wird traditionell aber auch mit anderen Konzepten bzw. Erwartungen verknüpft, zum Beispiel mit Bildung, Wahlrecht und der Sozialisation in gesellschaftlich erwünschte Verhaltensnormen. Belegen lassen sich diese Kausalzusammenhänge nicht unbedingt, zumindest nicht für heutige europäische Gesellschaften. Auf die Militär- und Bildungsreformen des 19. Jahrhunderts geht auch das Konzept des Militärs als Schule der Nation zurück, womit die Ausprägung eines militärisch geprägten Männlichkeitsideals mit toxischen Charakteristika einherging.¹³ Des Weiteren ist nicht erwiesen, dass Militärdienst die Bindung an Gesellschaft und „Nation“ fördert. Eine 2024 erschienene Studie zu mehreren europäischen Ländern zeigt, dass das Gegenteil der Fall war.¹⁴ Auch interpretiert die Zivilgesellschaft die Motivation, im Militär zu dienen, unterschiedlich: in Frankreich etwa als werteregeleitet, in Deutschland aber als transaktionell.¹⁵ Schließlich ergab eine Studie zur Auswirkung von Wehrdienst auf kriminelles Verhalten von Wehrdienstleistenden in Schweden, dass sich dieses nach Abschluss der Dienstzeit sogar verschlechterte.¹⁶

Die Verbindung von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht mit Militärdienst ist nachzuweisen, aber nur für Männer. Für sie waren volle Bürgerrechte oft mit ihrem Militärdienst verbunden. Ingesson et al. zum Beispiel fanden in einem

internationalen Datensatz (von 1817 bis Anfang der 2000er-Jahre) einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Wehrpflicht und der Ausweitung des Männerwahlrechts während oder unmittelbar nach dem Krieg; insbesondere im neu vereinigten Deutschland von 1871 erhielten alle Männer im Alter von 25 Jahren das Wahlrecht im Gegenzug für die allgemeine Wehrpflicht.

Frauen erhielten das Wahlrecht erst 1918 mit der Gründung der Weimarer Republik.¹⁷ Ihnen war der Weg über Wehrdienst verschlossen, auch in Ländern wie Großbritannien, den USA, Australien und Kanada, wo sie ab dem frühen 20. Jahrhundert freiwillig sogenannte Militärhilfsdienste in Frauenorganisationen leisten konnten, aber nicht an der Waffe dienen durften. Diese wurden parallel zu Heer, Luftwaffe und Marine geführt, bis sie integriert wurden, im Falle Großbritanniens erst in den 1990er-Jahren. Selbst dann dauerte es noch einige Jahrzehnte, bis es Frauen gesetzlich erlaubt war, allen Kampfseinheiten beizutreten. In der Praxis werden sie immer noch mit Diskriminierung, sexueller Belästigung und Schlimmerem konfrontiert, genau wie ihre Kolleginnen in anderen Ländern wie Deutschland. Dies führt uns zum Thema Wehrgerechtigkeit.

Wehrgerechtigkeit

Die behauptete Universalität der Wehrpflicht ist schon seit dem 18. Jahrhundert ein Mythos. Dies liegt zum einen an konkurrierenden Anforderungen an die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und zum anderen an sozialer Ungerechtigkeit. Es lag immer im Interesse von Staaten bzw. der in ihrem Namen handelnden Regierungen, die erwarteten Vorteile der Aufwuchsfähigkeit gegen die Kosten abzuwägen, die eine tatsächliche allgemeine Wehrpflicht für die Wirtschaft und andere gesellschaftsrelevante Bereiche mit sich bringt. Offizielle Befreiung von Wehrdienst war daher zum Beispiel für bestimmte Berufsgruppen möglich. Das Gleiche galt und gilt noch heute für gesundheitliche Gründe.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist im Grundgesetz Art. 4 Abs. 3 verankert: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegs-

dienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“¹⁸ Unfair ist aber der Missbrauch legitimer Gründe der Befreiung auf illegitimem Weg, etwa durch soziales Kapital ermöglichte Vermeidung der Dienstpflicht. Die Erfahrung der Ukraine, wo es nur das Recht auf Verweigerung aus religiösen, nicht aber aus Gewissensgründen gibt, hat gezeigt, dass Wehrpflicht aus diesen und anderen, auch

Die behauptete Universalität der Wehrpflicht ist schon seit dem 18. Jahrhundert ein Mythos

ehrenwerten Motivationen vermieden wird.¹⁹

Drei weitere Aspekte der Wehrgerechtigkeit sind heute ebenfalls relevant. Erstens war gerade in den letzten Jahren der alten Wehrpflicht dadurch Ungerechtigkeit entstanden, dass wesentlich weniger Wehrpflichtige benötigt wurden, als zur Verfügung standen. Zweitens werden außerhalb eines erklärten Notfalls nur junge Menschen bestimmter Altersgruppen zum Wehrdienst verpflichtet. Das sieht auch das neue Wehrdienstmodell vor, das heißt ab Jahrgang 2007. Drittens sind Frauen von der Pflicht, den Fragebogen ausgefüllt zurückschicken, ausgenommen. Dies hat bereits zu engagierten Debatten geführt, die in verschiedener Weise um das Thema Gleichberechtigung kreisen. Dabei werden aber meist einige wichtige Problempunkte ausgespart.

So forderte der Generalinspekteur der Bundeswehr im Juli 2024 eine Grundgesetzänderung, damit auch Frauen zum Dienst im Militär verpflichtet werden können.²⁰ Er begründete dies mit der Notwendigkeit, „Gleichberechtigung“ herzustellen. Das neue Wehrdienstmodell stellt *Gleichberechtigung* jedoch bereits her. Frauen wie Männer können sich freiwillig zum Dienst melden. Weder sie noch Männer sind dazu verpflichtet. Im Unterschied zu Männern sind Frauen nur nicht dazu verpflichtet, den Fragebogen ausgefüllt zurückzuschicken. Es geht momentan nicht um Gleichberechtigung, sondern um *Gleichverpflichtung*. Letztere würde möglicherweise zu einem Politikum, wenn sich entweder nicht genügend Freiwilli-

ge zum Wehrdienst melden oder im Bündnis- oder Verteidigungsfall generelle Wehrpflicht eingeführt wird.

Zwar kann man argumentieren, dass Frauen bereits in der Bundeswehr dienen. Sie sind aber immer noch mit Hindernissen konfrontiert. Trotz besserer Karrierechancen als in der Vergangenheit konnte eine Studie von 2020 die Existenz „gläserner Decken“ nicht ausschließen.²¹ Frauen sind auch immer noch sexueller Diskriminierung, Belästigung und Körperverletzung ausgesetzt. Im Oktober 2024 kritisierte die Wehrbeauftragte Eva Högl, „auch nach 20 Jahren seien sexuelle Übergriffe und Bemerkungen noch immer ein Thema in der Bundeswehr“ und Infrastrukturen nicht hinreichend angepasst.²² 2023 hatte sie im Zusammenhang mit der Veröffentlichung ihres Berichts für 2022 deutlich gemacht, dass sich angesichts nicht nur sexueller Übergriffe, 80 Prozent davon gegen Frauen, sondern auch der Mängel allein

Wenn mehr Frauen in die Bundeswehr eintreten sollen, dann muss die Organisation sowohl von ihren Erfolgen lernen als auch Probleme zugeben, reflektierte Selbstkritik üben und Verbesserungen dezidiert entwickeln und umsetzen

bei alltäglichen „Selbstverständlichkeiten“ wie Sanitäreinrichtungen und der Ausrüstung die „Frage der Wertschätzung“ stelle; dem „chronischen Personalmangel“ ließe sich damit „nur schwer entgegenwirken“.²³

Solange diese Situation nicht geändert wird, muss man diese Gefahren in Betracht ziehen, wenn man Wehrpflicht für Frauen im Namen der Gleichberechtigung einführen möchte. Das dreijährige Zögern bis zur Veröffentlichung der Studie „Bunt in der Bundeswehr“ von 2020, die zwar durchaus von Fortschritten in der Inklusion berichten konnte, aber auch sehr kritik- und verbesserungswürdiges Verhalten verzeichnete, war politisch zumindest unklug.²⁴ Wenn mehr Frauen in die Bundeswehr eintreten sollen, dann muss die Organisation sowohl von ihren Erfolgen lernen als auch Probleme zugeben, reflektierte Selbstkritik üben und Verbesserungen dezidiert entwickeln und umsetzen.

Man könnte beispielsweise erforschen, inwieweit Frauen, die den Beruf der Soldatin selbst gewählt haben, ihre Motivation und Resilienz aufrechterhalten – über bewusste Vorbereitung auf die besonderen Herausforderungen einschließlich möglicher Misogynie oder durch eine geeignete Persönlichkeit? Denn es ist zumindest möglich, dass Frauen, die zum Dienst gezwungen werden, sich aber nicht als Kriegsdienstverweigerinnen sehen, weder die gleiche Motivation noch Resilienz mitbringen und damit womöglich stärker der Gefahr von Mobbing und sexuellen Übergriffen ausgesetzt wären. Um der Bundeswehr die Gelegenheit zu geben, sich auf weibliche Wehrdienstleistende für den Fall einer generellen Wehrpflicht vorzubereiten, und zugleich die Integration von Soldatinnen aktuell zu verbessern, könnte eine Grundgesetzänderung an Reformen gebunden werden.

Wenn Meinungsumfragen sich bestätigen, dann würden derartige Reformen positive Signale senden, denn sie verzeichnen breite Unterstützung für den Wehrdienst. Eine Ipsos-Umfrage im März 2023 ergab insgesamt, dass sich mehr Befragte für als gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht (mit Zivildienstoption) aussprachen; allerdings stiegen die Anteile der Befürworter mit Altersklasse und weniger Frauen als Männer befürworteten geschlechtliche Gleichstellung; nach Begründungen wurde nicht gefragt.²⁵

Eine Verpflichtung von Frauen muss darüber hinaus berücksichtigen, dass sie und nicht Männer in der Gesamtgesellschaft überwiegend die Familienaufgaben erfüllen; ein Grund, den die oben genannte Studie für die weniger steilen Karrieren von Soldatinnen identifizierte. Wenn beide Eltern zum Wehrdienst eingezogen werden sollten, dann muss der Staat sich in der Pflicht sehen, Betreuungsaufgaben, ob diese Kinder oder andere abhängige Menschen betreffen, zu übernehmen. Alleinerziehende Männer und Frauen könnten ganz von Verpflichtung ausgenommen werden. Diese notwendigen Ausnahmen müssen keine Hindernisse für einen freiwilligen nicht militärischen Dienst sein, solange es sich der oder die Betroffene auch finanziell leisten kann.

Einen erweiterten Dienst unterstützen ohnehin wesentlich mehr Bürger als in den Medien

bisweilen suggeriert. Im Juni 2024 sprachen sich signifikante Mehrheiten für einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst entweder in zivilen oder militärischen Tätigkeiten aus. Ebenfalls in einer Ipsos-Umfrage befürworteten ihn knapp drei Viertel (73 %) der Deutschen. „Männer (77 %) sprechen sich häufiger dafür aus als Frauen (69 %), bei den jüngeren Befragten (18–25 Jahre) ist der Anteil der Befürworter:innen mit 66 % am geringsten“ – immer noch eine deutliche Mehrheit.²⁶ Es gibt allerdings keinen Grund, weshalb ein Gesellschaftsdienst nicht allen Altersgruppen offenstehen sollte. Im Gegenteil, es gibt gute Gründe dafür. Diese werden im nächsten Abschnitt beleuchtet.

Gesamtverteidigung gegen hybride und kinetische Gefahren

Die Sicherheitsprobleme Deutschlands und seiner Alliierten sind zwar militärischer Natur, aber nicht ausschließlich; der Grad der Dringlichkeit, mit der effektiverer Lösungsansätze entwickelt und umgesetzt werden müssen, variiert über die gesamte Bandbreite hinweg kaum. Allerdings kann man sich überlappende Problemlösungsansätze vorstellen, die so nur teilweise oder noch gar nicht in die Debatte eingeflossen sind. Hier sollen einige Denkanstöße gegeben werden, wie sich die in manchen sicherheitspolitischen Diskursen immer schneller drehende „doom-spiral“²⁷ bremsen oder in manchen Bereichen sogar umkehren ließe.

Die folgende Diskussion befasst sich deshalb mit der Frage, wie Dienst sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich so gestaltet werden kann, dass er die freiheitlichen Grundrechte der Bürger weitestgehend erhält, zugleich aber die eingangs dokumentierte Bereitschaft fördert, sich für Gesellschaft und Staat unterstützend und schützend zu engagieren. Damit können vier wichtige Ziele erreicht werden: (1) militärische Kapazitäten und Aufwuchsfähigkeit aufzubauen, (2) hybriden Bedrohungen nicht nur defensiv, sondern auch konstruktiv entgegenzutreten, (3) Katastrophenhilfe vor allem im Fall von immer be-

drohlicheren Auswirkungen der Erderhitzung leisten zu können und dies (4) mit wesentlich höherer Dienstgerechtigkeit. Diese Ziele sind alle auf die aktuelle und sich entwickelnde Bedrohungslage bezogen.

Ein befristeter Wehrdienst kann als notwendige Vorkehrungsmaßnahme für den Fall, dass sich Deutschland und seine NATO-Partner gegen einen Angriff mit militärischen Mitteln verteidigen müssen, betrachtet werden. Dafür gibt es mindestens drei Gründe. Erstens stellt die schon aus der ersten Amtszeit bekannten Zweifel an der Bündnisloyalität des ehemaligen und zukünftigen US-Präsidenten Donald Trump zumindest die Verlässlichkeit der kollektiven Verteidigung durch die NATO infrage. Zweitens stellen seine bekannten Forderungen, dass die Europäer für ihre eigene Sicherheit zu sorgen hätten, diese vor große Herausforderungen bei der Neuausrichtung ihrer militärischen Kapazitäten. Drittens führte die Eskalation des Krieges Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 zu einer Fokussierung auf die realpolitische Perspektive, die gleichzeitig auch eine Verengung der Debatte auf Gewalt als Mittel der Konfliktlösung bedeutete.

Zwar muss Deutschlands Verteidigungsfähigkeit grundlegend verbessert werden.

Zwar muss Deutschlands Verteidigungsfähigkeit grundlegend verbessert werden. Gleichzeitig ist es notwendig, Selbstschutz auch mit anderen Mitteln als einer Erhöhung der Kriegsfähigkeit zu unterstützen

Gleichzeitig ist es aber notwendig, einer internationalen Eskalationsspirale entgegenzuwirken und Selbstschutz auch mit anderen Mitteln als einer Erhöhung der Kriegsfähigkeit zu unterstützen. Dies zielt auch auf den weiteren Kontext. Sowohl die liberale Demokratie als auch die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene liberale internationale Ordnung stehen aus verschiedensten Richtungen unter Druck. Damit wird die Vermeidung gewaltsamer Konflikte schwieriger und deshalb umso wichtiger. Zudem wird immer deutlicher, wie wichtig eine Erneuerung gelebter Demokratie als in Deutschland und vielen seiner Nachbarländer

noch mehrheitlich bevorzugter Regierungsform für deren langfristiges Überleben ist; hier vermischen sich innere und äußere Bedrohungen unter anderem durch die im vergangenen Jahrzehnt maßgeblich erstarkte, international vernetzte extreme Rechte.

Die damit verbundenen Bruchstellen und Spannungsbereiche in der Gesellschaft werden von diversen staatlichen und nicht staatlichen, aber möglicherweise von Staaten beauftragten Akteuren durch Informationsoperationen ausgenutzt und verschärft. Die gleichen Akteure

Wehrdienst spielt ebenso wie eine Aufstockung der auf anderen Wegen rekrutierten Reserve eine essenzielle Rolle. Dienst in zivilen Bereichen ist aber ebenso zentral für eine wehrhafte und im weitesten Sinne resiliente Gesellschaft

können auch lebensbedrohliche Situationen auslösen, die ebenfalls in die Schutzverantwortung des Staates fallen, etwa indem sie Informations- und Steuersysteme lebensnotwendiger Infrastruktur manipulieren. Diese können vor und während eines kinetischen Szenarios eintreten. Durch die Erderhitzung ausgelöste oder drastisch verstärkte Naturkatastrophen bedrohen ebenfalls menschliche Sicherheit, ein akutes Problem, das in Debatten zu aktuellen Sicherheits Herausforderungen meist nicht erwähnt wird.²⁸

So überschneiden sich die Anforderungen an eine in diesem Sinne resiliente mit denen an eine wehrhafte Gesellschaft, aber auch an eine kriegstüchtige Bundeswehr. Sollten diese verschiedenen Krisen gleichzeitig auftreten,

muss die Bundeswehr den militärischen Notfall priorisieren und steht damit nicht mehr wie bisher zur Unterstützung der Katastrophenhilfe zur Verfügung. Die verschiedenen Elemente des Katastrophenschutzes jetzt verstärkt aufzubauen ist allein aufgrund der sich rapide verschlechternden Klimalage notwendig, aber mit Hinblick auf künftige Herausforderungen dringend; eine Studie des Deutschen Roten Kreuzes machte Anfang 2024 den Handlungsbedarf sehr deutlich.²⁹ Für die effektive Arbeit all dieser Organisationen sind seit Jahrzehnten freiwillige Mitarbeitende von großer Bedeutung. Allein hier zeigt sich, dass Wehrdienst ebenso wie eine Aufstockung der auf anderen Wegen rekrutierten Reserve zwar eine essenzielle Rolle spielt, die hier nicht weiter diskutiert werden kann. Dienst in zivilen Bereichen ist aber ebenso zentral für eine wehrhafte und im weitesten Sinne resiliente Gesellschaft.

Diese Komplementarität spiegelt sich auch in der strategischen Planung wider. Sie ist im Katastrophen- und Zivilschutz im Bündnis- oder Verteidigungsfall reflektiert in der Komplementarität der Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen (2022) und der Nationalen Sicherheitsstrategie (2023).³⁰ Die effektive Umsetzung der *Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung – Gesamtverteidigungsrichtlinien – (RRGV)* mit Schwerpunkt auf innere Sicherheit und Heimatschutz wird stark auf funktionierende zivil-militärische Zusammenarbeit angewiesen sein.³¹ Die Szenarien in dem seit Ostern 2024 in erster Fassung vorliegenden, aber größtenteils geheimen „Operationsplans Deutschland“, der 2025 in Kraft treten soll³², weisen den konkreten Bedarf aus.

Der Plan soll sicherstellen, dass Deutschland seine Funktion als „Drehscheibe“, das heißt als Logistikknotenpunkt sowie Kerngebiet für Aufmarsch und Verlegung von Truppen an die NATO-Ostflanke, im Bündnisfall effektiv erfüllen kann. Ein Szenario, das Generalleutnant André Bodemann, Befehlshaber Territoriales Führungskommando, in fünf bis acht Jahren für möglich hält. Deutschland, wie auch seine Alliierten, sei aber bereits heute täglichen Angriffen im hybriden Bereich ausgesetzt. Die russische Bedrohung bestehe in vier Katego-

Die Autorin



Dr. Andrea Ellner ist Dozentin (Senior Lecturer in Civil-Military Relations & Ethics) im Defence Studies Department, King's College London. In ihrer Forschung im Bereich zivil-militärische Beziehungen untersucht sie Kriegs- und Friedenskonzeptionen mit Schwerpunkt auf Menschlichkeit und neue Technologien aus den vergleichenden Perspektiven von Kriegs- und Fürsorgeethik. Sie ist Mitglied des Verwaltungsrats von Euro-ISME und des King's Centre for Military Ethics. Aktuelle Veröffentlichung: „Menschliche Verwundbarkeit als

Einhegung von Krieg und Kriegsführung? Reflexionen über Herausforderungen moderner Technologien“. In: stratos – special issue, 2024. DOI: 10.48593/6nd5-fm88

rien hybrider Kriegsführung: (1) Desinformation, (2) Cyberangriffe auf Bundesregierung und große Unternehmen, (3) diverse Spionageakte sowie (4) Sabotageakte, wie Angriffe auf kritische Infrastruktur, auf LNG-Terminals oder Bahnstrecken (bzw. deren Vorbereitung, wie Sprengstofffunde entlang NATO-Pipelines und US-Basen nahelegen). Diese hybriden Aktivitäten könnten sowohl im Vorfeld als auch parallel zu einem kinetischen Krieg zunehmen.

In all diesen Bereichen müssen zivile und militärische Organisationen eng zusammenarbeiten. Viele Aufgaben können Reservisten übernehmen, aber es wird auch Bedarf bestehen für organisierte und ausgebildete Zivilisten. Hier eröffnen sich Gelegenheiten für Experten mit Fachwissen und Erfahrung in verschiedensten Technologiebereichen wie IT, Medizin und Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie oder Nahrungsmitteln; aber auch Truppen oder freiwillige Mitarbeitende in Blaulichtorganisationen werden auf zivile Kapazitäten angewiesen sein. Diese verstärkt durch organisierte Freiwilligenarbeit vorzubereiten war und wird bereits außerhalb einer militärischen Krisenfalls gesellschaftlich von hoher Relevanz sein.

Ein zeitlich definierter Gesellschaftsdienst, der seit einigen Jahren diskutiert wird, kann Freiwilligen aller Altersgruppen Gelegenheit geben, sich hier einzubringen. Damit lässt sich ein größeres Maß an Dienstgerechtigkeit erzielen als auch mit dem neuen Wehrdienstmodell möglich. Informations- und Vermittlungsnetzwerke für freiwillige Dienste existieren bereits.³³ Es bedarf aber der Finanzierung des Aus- und Aufbaus notwendiger Strukturen, zum Beispiel der Koordination, Ausbildung von Mitarbeitenden und notwendigen Materials.³⁴ Bürgern die Möglichkeiten zu eröffnen, sich in diesen Organisationen auf allen Ebenen zu engagieren, von kleinen Gemeinden über Verwaltungsbezirke bis zu regionalen und schließlich Bundesbehörden, befähigt jeden Einzelnen, sein Leben, das seiner Mitbürger und seine Umgebung konstruktiv mitzugestalten und zu ihrem Schutz beizutragen. Das kann sich auch in positiver Demokratieerfahrung niederschlagen.

Diese Zusammenarbeit kann verbinden, gesellschaftliche Strukturen und Prozesse stär-

ken und damit die Resilienz fördern, die angesichts der wohl zunehmenden Krisengefahren, ob Naturkatastrophen, hybride Bedrohungen oder militärische Gewalt, für erforderlich erachtet werden muss. Resilienz in diesem Sinne hat eher defensive Konnotationen. Sie kann sich aber auch als eine Art „Nebenprodukt“ konstruktiverer Dynamiken herausbilden, wenn im

***Resilienz kann sich auch als eine Art
„Nebenprodukt“ konstruktiverer Dynamiken
herausbilden, wenn im öffentlichen
Diskurs die Bereitschaft, sich für die Gesellschaft
einzusetzen, nicht kleingeredet wird***

öffentlichen Diskurs die Bereitschaft, sich für die Gesellschaft einzusetzen, nicht kleingeredet wird und zivile Freiwillige öffentlich adäquat wertgeschätzt werden. Beides setzt dem Narrativ der gespaltenen Gesellschaft, deren Spannungen von außen manipuliert und verstärkt werden, ein wesentlich positiveres Verständnis der eigenen Gesellschaft mit ihren erlebten Stärken entgegen, als es etwa folgender Kommentar formuliert:

„Der tiefere Grund für die Misere ist das Mindset einer zutiefst zivilen Gesellschaft, in der an allen möglichen Stellen harte Interessenkonflikte entstehen und *die Bereitschaft, über den Rand der eigenen Brillengläser zu gucken, dramatisch abnimmt.*“³⁵ Diese Vorverurteilung einer „zutiefst zivilen Gesellschaft“ (als ob dies ein Makel sei) stellt diese nicht nur als unfähig und unwillig, die eigenen Werte zu verteidigen, dar, sondern auch als in zunehmendem Maße zu töricht und selbstverliebt, um die heraufziehende Gefahr zu sehen bzw. sehen zu wollen.

Wie dieser Beitrag gezeigt hat, ist das Gegenteil der Fall. Auch der Ehrenpräsident des THW, Abrecht Broemme, bestätigt dies, wenn er feststellt, dass „[e]ntgegen manchen Verlautbarungen [...] die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung bemerkenswert groß!“ ist³⁶ und die „Integrationskraft, die der Katastrophenschutz generell hat“ als „ganz wunderbare Geschichte“ beschreibt, denn im THW arbeiten auch seit einiger Zeit Freiwillige mit Migrationshintergrund mit großem Erfolg.

Abschlussbetrachtung

Das neue Wehrdienstmodell trifft die Balance zwischen verteidigungspolitischer Notwendigkeit, Vermeidung von Alarmismus und dem Schutz bürgerlicher Freiheiten. Dieser Ansatz sollte nicht nur für den militärischen Dienst beibehalten werden, es sei denn, die Krisenlage verschärft sich signifikant, sondern kann auch auf zivile Dienste ausgeweitet werden. Angesichts der in diesem Beitrag nachgewiesenen Bereitschaft der Bevölkerung Deutschlands,

Traditionelle Wehrpflichtmodelle sind nicht in der Lage, den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden

sich sowohl im militärischen als auch in zivilen Bereichen freiwillig zu einzubringen, aber auch der weit verbreiteten Ängste vor Krieg, Klimawandel und um die „Gesundheit“ der Demokratie liegt der Schluss nahe, dass eine solche Erweiterung auf gute Resonanz stoßen wird. Damit werden Bürger nicht nur befähigt, für sich und ihr soziales und politisches Umfeld aktiv zu sorgen und Verantwortung zu übernehmen. Kontrolle in dieser Form kann auch Ängste reduzieren. Überdies lässt sich so wesentlich mehr Dienstgerechtigkeit erreichen als mit existierenden Modellen, die sich auf die junge Generation beschränken.

Komplementäre Dienste sind des Weiteren essenziell für die Bewältigung aller bislang identifizierten Bedrohungen der Sicherheit in Deutschland und der Region, sowohl im Rahmen der NATO also auch mit europäischen Partnern und den jeweiligen strategischen Ansätzen. Traditionelle Wehrpflichtmodelle sind nicht in der Lage, den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden. Schließlich soll betont werden, dass neue Narrative, die die Wertschätzung aller auch in zivilen Organisationen arbeitenden Freiwilligen und den daraus entstehenden gesellschaftlichen Zusammenhalt konkretisieren, ein machtvolles Instrument in der Bekämpfung der Akteure ist, die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben. Damit wird die Resilienz der Gesellschaft gegen hybride Gefahren von Grund auf gestärkt.

- 1 Janjevic, Darko (2018): Germans debate return of military conscription. DW, 8.5. <https://www.dw.com/en/germans-debate-return-of-military-conscription-and-service-for-men-and-women/a-44962067> (Stand aller Internetbelege: 29.11.2024).
- 2 Wehrpflicht wie in Schweden? Was das heißt. ZDFheute, 16.12.2023. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/pistorius-wehrpflicht-bundeswehr-schweden-100.html>.
- 3 Isma, Georg et al. (2024): Post von der Bundeswehr. Süddeutsche Zeitung, 6.11. <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-wehrdienst-boris-pistorius-lux.MGHnhQTA57VTHYfMaxV5us>.
- 4 Vodafone Stiftung (2022): Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf.
- 5 Vodafone Stiftung (2023): JUGEND 3.0: Wünsche, Erwartungen und Sorgen einer Generation. https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/10/Jugend_3.0_Vodafone_Stiftung.pdf; Shell Jugendstudie 2024: https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/_jcr_content/root/main/section/simple/call_to_action/links/item0.stream/1730903501282/d8b545435fc2799eb6044e-48b4a9fcc80b95b2d/ap-shell-jugendstudie-zusammenfassung-barrierefrei.pdf.
- 6 Burkhard, Marcel (2023): Generation Z: Zu fordernd und zu fragil? ZDFheute, 11.7. <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/generation-z-berufseinsteiger-arbeitswelt-100.html>.
- 7 Mehr Menschen bewerben sich bei der Bundeswehr. Die Zeit, 18.7.2024. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-07/bundeswehr-mehr-bewerber-pistorius-verteidigungsminister>.
- 8 Gillard, Joe (2018): The 2,500-Year-Old History of Adults Blaming the Younger Generation. History Hustle, 17.4. <https://historyhustle.com/2500-years-of-people-complaining-about-the-younger-generation/>.
- 9 Balsler, Markus et al. (2024): Das geht nun noch – und das nicht mehr. Süddeutsche Zeitung, 8.11. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-koalition-bundeshaushalt-rente-asylrecht-kindergeld-wehrpflicht-energiesicherheit-lux.otrf67sbEj7FvDjfnM11s>.
- 10 Ingesson, Tony et al. (2018): The martial origins of democracy: a global study of military conscription and suffrage extensions since the Napoleonic wars. In: Democratization 25:4, pp. 633-651, p. 634. (Übersetzung aus dem Englischen; Hervorhebung A. E.)
- 11 Paret, Peter (1970): Nationalism and the Sense of Military Obligation. In: Military Affairs 34/1, S. 2-6, S. 3. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 12 Paret, Peter (1970), s. Endnote 12, S. 5. (Übersetzung aus dem Englischen.)
- 13 Frevert, Ute (2004): A Nation in Barracks. Conscription, Military Service and Civil Society in Modern Germany. London. (Deutsche Ausgabe 2001.)
- 14 Bove, Vincenzo et al. (2024): Military Culture and Institutional Trust: Evidence from Conscription Reforms in Europe. In: American Journal of Political Science 88/2, S. 714-729.
- 15 Krebs, Ronald R. et al. (2024): Citizenship Traditions and Cultures of Military Service: Patriotism and Paycheques in Five Democracies. In: Armed Forces & Society, S. 1-24. <https://doi.org/10.1177/0095327X241275635>.

- 16 Hjalmarsson, Randi und Lindquist, Matthew J. (2019): The causal Effect of Military Conscription on Crime. In: *The Economic Journal* 129 (August), S. 2522–2562.
- 17 Ingesson, Tony et al. (2018), s. Endnote 10, S. 642 f.
- 18 Bundesministerium der Justiz: Grundgesetz, Art. 4. https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_4.html.
- 19 Krasenbrink, Michel und Jandi, Lisa (2023): Angst vor Kriegseinsatz: Ukrainer auf der Flucht vor dem Militärdienst. *ZDFheute*, 25.9. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kriegsdienst-verweigerung-flucht-deutschland-ukraine-krieg-russland-100.html>.
- 20 Generalinspekteur will Wehrpflicht auch für Frauen. *Tagesschau*, 14.7.2024. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wehrpflicht-frauen-100.html>.
- 21 Kummel, Gerhard (2020): Truppenbild mit General (w)? Eine Untersuchung zur Chancengerechtigkeit in den Karrierewegen von Soldatinnen und Soldaten anhand berufsbiografischer Interviews. *Forschungsbericht* 125. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, S. 45.
- 22 Wehrbeauftragte kritisiert Lage der Frauen in der Bundeswehr. *Zeit Online*, 1.10.2024. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-10/bundeswehr-frauen-soldatinnen-wehrbeauftragte>.
- 23 Schmidt, Martin und Küstner, Kai (2023): Warum der Wehrbericht ein Warnsignal ist. *Tagesschau*, 14.3. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wehrbericht-107.html>.
- 24 Breyer, Felix (2020): Bunt in der Bundeswehr – Ein Barometer zur Vielfalt. Streitkräfteamt im Auftrag des BMVg.
- 25 Ipsos (2023): Deutliche Mehrheit für Wiedereinführung der Wehrpflicht. 9.3. <https://www.ipsos.com/de-de/deutliche-mehrheit-fur-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht#:~:text=%C3%84hnlich%20wie%20zwischen%20den%20Parteien%20findet>.
- 26 Ipsos (2024): Große Mehrheit für Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes. 4.6. <https://www.ipsos.com/de-de/grosse-mehrheit-fur-einfuehrung-eines-verpflichtenden-gesellschaftsdienstes>.
- 27 S. z. B. Folge 88 und 89 von Sicherheitshalber – Der Podcast zur Sicherheitspolitik, 7.9.2024. <https://sicherheitspod.de/>.
- 28 Mit der notablen Ausnahme des Podcasts Sicherheitshalber (s. Endnote 27); s. Folge 85, die für einige Aspekte des folgenden Abschnitts Inspiration lieferte: Gesamtverteidigung, 7.9.2024. <https://sicherheitspod.de/>.
- 29 Das deutsche Gesundheitssystem auf bewaffnete Konflikte vorbereiten. *Brennpunkt*, Nr. 4/2024.
- 30 Broemme, Albrecht (2024): Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland. *Crisis Prevention*, 12.4. <https://crisis-prevention.de/sicherheit/nationale-sicherheitsstrategie-der-bundesrepublik-deutschland.html#>.
- 31 Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2024): Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung – Gesamtverteidigungsrichtlinien – (RRGV), 5.6. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/RRGV.html>.
- 32 „Geheimer „Operationsplan Deutschland betrifft uns alle“ – Generalleutnant: „Ab 2025 in Kraft“. *ntv Nachrichten*, 2.7.2024. <https://www.youtube.com/watch?v=vstvRwdyGO0>.
- 33 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben: BFD – Der Bundesfreiwilligendienst. <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/>.
- 34 Delhaes, Daniel (2024): Interview mit Albrecht Broemme: „Zivilschutz muss in jedem Bereich mitgeplant werden“. *Handelsblatt*, 15.4. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/thw-praesident-broemme-wir-muessen-jetzt-viel-mehr-ueber-zivile-verteidigung-reden/100029501.html>.
- 35 Decker, Markus (2024): Ist Deutschland kriegstüchtig? Noch lange nicht. *rnd*, 8.2. <https://www.rnd.de/politik/bundeswehr-deutschland-ist-noch-lange-nicht-kriegstuechtig-AVN7B66QRFEP3FRBKYZ7KJBPMU.html>. (Hervorhebung: A. E.)
- 36 Interview mit Albrecht Broemme: Katastrophenschutz und Nationale Sicherheitsstrategie. *Redaktion Wegweiser*, 30.8.2023. <https://www.vdz.org/sicherheit-zusammenhalt-verteidigung/interview-mit-albrecht-broemme-katastrophenschutz-und>.

MACHT KRIEGSTÜCHTIGKEIT GLÜCKLICH? DAS BEISPIEL AUS FINNLAND

Autorin: Minna Ålander

Einleitung: Geschichte, Geografie und Demografie

Finnland ist eine Ausnahme im europäischen Vergleich, was die Verteidigungspolitik über einen längeren Zeitraum angeht. Während des Kalten Krieges hat Finnland, wie auch viele andere europäische Staaten, ein gesamtgesellschaftliches Verteidigungskonzept entwickelt. Die Sicherheitsstrategie für die Gesellschaft aus dem Jahr 2017 (die gerade aktualisiert wird) beschreibt das Gesamtverteidigungskonzept als „das finnische, auf Zusammenarbeit basierende Bereitschaftsmodell, bei dem die lebenswichtigen Funktionen der Gesellschaft von Behörden, Unternehmen, Organisationen und Bürgern gemeinsam gewährleistet werden“¹. Was Finnland aber von den meisten europäischen Ländern unterscheidet, ist, dass es auch nach dem Kalten Krieg die Landesverteidigungsfähigkeit beibehalten und konstant weiterentwickelt hat, anstatt sie abzuschaffen. Dieser Ansatz basierte auf einer unwesentlich veränderten Bedrohungsanalyse: Selbst in den von sicherheitspolitischem Optimismus geprägten 2000er-Jahren wurde ein bewaffneter Angriff in finnischen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Regierungsberichten nie ganz ausgeschlossen.

Drei Faktoren prägen den finnischen Blick auf das Sicherheitsumfeld, in dem sich Finnland befindet: Geschichte, Geografie und Demografie. Finnland ist ein bevölkerungsarmes Land, mit nur 5,5 Millionen Einwohnern, aber mit einem Territorium von einer mit dem deutschen Staatsgebiet vergleichbaren Größe. Diese Begebenheiten bringen einige Herausforderungen mit sich bei der Sicherstellung einer flächendeckenden Landesverteidigungsfähigkeit. Deshalb wird nationale Sicherheit in Finnland als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet: Ohne den Einsatz aller Bürgerinnen und Bürger kann das Land nicht erfolgreich verteidigt werden. Die finnische Verfassung sieht deshalb eine allgemeine Landesverteidigungspflicht vor, die für männliche Bürger den militärischen Wehrdienst oder alternativ einen allgemeinnützlichen Zivildienst

Abstract

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern hat Finnland sein Gesamtverteidigungsmodell nach dem Ende des Kalten Kriegs beibehalten und konstant weiterentwickelt. Die Wahrnehmung des Sicherheitsumfelds in Finnland ist dabei von drei entscheidenden Faktoren geprägt: geografische Lage, demografische Gegebenheiten und vor allem eine von mehrfachen Kriegen gegen Russland geprägte Vergangenheit. Das spezifisch finnische Bereitschaftsmodell setzt nach wie vor den Schwerpunkt auf Landesverteidigungsfähigkeit durch schnell mobilisierbare und stark aufwuchsfähige Streitkräfte. Umfassender Zivilschutz (whole of society) und koordinierte Krisenreaktionsfähigkeit (whole of government) spielen darin ebenfalls eine bedeutende Rolle. Der hohe potenzielle Mobilisierungsgrad der finnischen Gesellschaft lässt sich jedoch keinesfalls mit einer hohen qualitativen Militarisierung gleichsetzen, sondern ist zum einen durch eine rein defensive Ausrichtung gekennzeichnet. Zum anderen beruht er auf einer starken Konsenskultur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und wird durch die breite Wertschätzung gesellschaftlicher Errungenschaften (Transparenz, Gleichberechtigung, Bildung etc.) sowie spezifische Mentalitäten getragen. Während das beschriebene Modell in seiner Gesamtheit somit nur bedingt auf andere Länder übertragbar ist, beinhalten die Zivilverteidigungskomponenten des finnischen Gesamtverteidigungssystems jedoch Elemente, von denen alle europäischen Länder profitieren könnten. Dies gilt insbesondere angesichts der zunehmenden hybriden Angriffe, die ein schnelles, koordiniertes und kreatives Vorgehen erfordern.

bedeutet. Für Frauen gilt die Wehrpflicht nicht, aber sie können den Wehrdienst freiwillig absolvieren.

Geografisch ist Finnland in der nordöstlichen Ecke Europas gelegen, mit einer 1340 Kilometer langen Landgrenze zu Russland auf der östlichen Seite, und westlich bis auf den nördlichen Teil des Landes von der Ostsee umgeben. Da Finnland von Schweden weitgehend durch ein Gewässer getrennt ist, ähnelt das Land versorgungstechnisch einer Insel. Circa 90 Prozent von Finnlands Importen und Exporten verlaufen über die Ostsee, was die Bedeutung einer vorausschauenden Versorgungsplanung unterstreicht.² Deshalb ist Versorgungssicherheit ein wichtiger Bestandteil des finnischen *Comprehensive Security*-Ansatzes und Finnland hat eine darauf spezialisierte Institution: die Nationale Notversorgungsbehörde (*National Emergency Supply Agency*). Deren Hauptaufgaben bestehen darin, nationale Notvorräte an kritischen Gütern sowie Funktionalität kritischer Systeme aufrechtzuerhalten und die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor und privaten Unternehmen zu koordinieren, um nationale Bereitschaft zu gewährleisten.

Letztendlich wären aber geografische und demografische Herausforderungen irrelevant, hätte Finnland nicht in der Geschichte mehrmals Krieg mit dem östlichen Nachbarn Russland erlebt. Bereits als Teil des schwedischen Königreichs bis 1809 war Finnland im Schnitt mindestens einmal pro Jahrhundert an einem Krieg gegen eine russische Staatsform beteiligt. Die letzten Kriege kämpfte Finnland gegen die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges, und die Erfahrung prägt das Land noch heute.

Not macht erfinderisch

Im späten November 1939 griff die Sowjetunion Finnland ohne Kriegserklärung an und begann, finnische Städte und Ortschaften breitflächig zu bombardieren. Der Grund für die Sowjetinvasion waren Schüsse, die angeblich in einem Grenzort namens Mainila von der finnischen Seite aus abgegeben worden seien und Sowjetsoldaten getötet hätten – später hat Russland zugegeben, dass das eine Lüge

war.³ Zuvor hatte die Sowjetunion Finnland aufgefordert, Gebiete an die Sowjetunion abzutreten – Finnland mitsamt den baltischen Staaten war im geheimen Zusatzprotokoll des Molotow-Ribbentrop-Pakts zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion der sowjetischen Interessensphäre zugeordnet. Diese Forderungen lehnte Finnland ab.⁴ Gleichzeitig erkannte die Sowjetunion eine aus finnischen Kommunisten bestehende illegitime Regierung an. Sie waren nach dem finnischen Bürgerkrieg zwischen den konservativen Weißen und den kommunistischen Roten 1918 in die Sowjetunion geflohen. Ziel der Anerkennung war es, die Kommunisten in einem okkupierten Finnland an die Macht zu bringen.

Finnland schien der Sowjetunion hoffnungslos unterlegen; nur circa 300 000 Soldaten standen rund einer Million Sowjetsoldaten gegenüber. Finnland war auch nicht sonder-

Die letzten Kriege kämpfte Finnland gegen die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges, und die Erfahrung prägt das Land noch heute

lich gut ausgerüstet, vor allem die Ausstattung der Luftstreitkräfte ließ zu wünschen übrig. Gegen die Tausende sowjetischen Panzerwagen mussten die Finnen auf eine hausgemachte Waffe zurückgreifen: eine Brandflasche, die nach dem damaligen sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow „Molotow-Cocktail“ genannt wurde. Molotow hatte nämlich im Radio behauptet, die Sowjetunion würde statt Bomben Brotkörbe für die armen finnischen Nachbarn abwerfen, und der Molotow-Cocktail war im finnischen Kriegshumor das dazu passende Getränk.⁵

Wie durch ein Wunder war der Winter 1939/40 besonders kalt, und die sowjetischen Truppen waren schlecht ausgerüstet und versorgt. Die numerisch unterlegenen Finnen konnten deshalb und dank vieler taktischer und strategischer Fehler auf der gegnerischen Seite ihre Unabhängigkeit und Souveränität bewahren. Die Erfahrung war ausschlaggebend für die Identität der jungen finnischen

Nation, die erst 1917 ihre Unabhängigkeit erlangt hatte. Eine wesentliche Lehre wurde aus dem Krieg gezogen: dass Finnland immer in der Lage sein muss, sich selbst zu verteidigen, denn auf die Unterstützung anderer Länder war nachweislich kein Verlass – Finnland hatte zwar viel Sympathie, aber keine wesentliche militärische Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Seither ist es deshalb in Finnland Konsens, in die eigene Verteidigungsfähigkeit zu investieren.

Kriegstüchtigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die finnischen Verteidigungskräfte (*Puolustusvoimat*) haben auch nach dem Kalten Krieg weiterhin auf Landesverteidigungsfähigkeit gesetzt, anstatt das sogenannte *expeditionary force model*, also kleinere, mobile Truppen für Krisenmanagementeinsätze weit außer-

Zusätzlich zur militärischen Komponente ist Zivilverteidigung ein wichtiger Baustein im finnischen Gesamtverteidigungsmodell

halb des eigenen Staatsgebiets, einzuführen. Deshalb können die finnischen Verteidigungskräfte im Kriegsfall 280 000 Soldatinnen und Soldaten schnell mobilisieren, und die Gesamtreserve beträgt 870 000. Für die finnische Bevölkerung bedeutet die damit einhergehende Wehrpflicht, dass Landesverteidigung für alle Bürgerinnen und Bürger persönlich greifbar ist: Viele Männer müssten im Fall einer Mobilisierung an die Front, und die allermeisten Frauen hätten Familienmitglieder und Freunde, die das Land verteidigen würden – oder sie wären selbst betroffen, falls sie freiwillig Wehrdienst geleistet haben und in der Reserve sind.

Der Wille, das Land zu verteidigen, ist in Finnland seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf einem Rekordhoch: In einer jährlichen Umfrage lag die Bereitschaft, das Land militärisch zu verteidigen – selbst wenn der Ausgang ungewiss sei – im Jahr 2024 bei 78 Prozent, was einen

leichten Rückgang gegenüber dem Allzeithoch von 83 Prozent im Jahr 2022 bedeutete. Auch die Wehrpflicht genießt in Finnland breite Unterstützung. 80 Prozent der Befragten favorisieren das derzeitige Wehrpflichtmodell, das für männliche Bürger obligatorisch und für weibliche Bürger freiwillig ist, während 28 Prozent eine geschlechtsneutrale Wehrpflicht befürworten.⁶ In Finnland sind über 300 Reservistenverbände aktiv. Eine besondere Ausbildungsorganisation bietet freiwillige Landesverteidigungskurse an, deren Beliebtheit seit der russischen Invasion der Ukraine in die Höhe geschossen ist – insbesondere unter Frauen.⁷

Zusätzlich zur militärischen Komponente ist Zivilverteidigung ein wichtiger Baustein im finnischen Gesamtverteidigungsmodell. Ein Element der Zivilverteidigung ist beispielsweise, dass Wohngebäude sowie kommerzielle und industrielle Anlagen über Zivilschutzräume verfügen müssen. In der Hauptstadt Helsinki, mit einer Einwohnerzahl von circa 670 000, gibt es 5500 Schutzräume mit Platz für 900 000 Menschen.⁸ Nicht nur der *Whole-of-society*-Ansatz ist wichtig, sondern auch das *Whole-of-government*-Prinzip: Zusammenarbeit und Koordinierung sowohl innerhalb der Regierung als auch zwischen verschiedenen Ebenen ist wortwörtlich lebenswichtig in einer Krisensituation. Um in einer echten Krise richtig handeln zu können, müssen die Abläufe im Voraus geübt werden. In den nationalen und regionalen Verteidigungskursen kommen alle gesellschaftlich wichtigen Akteure, darunter solche aus Regierung und Lokalverwaltung, Medien, Zivilgesellschaft sowie Wirtschaft, Industrie und Betreiber kritischer Infrastrukturen, in einer mehrwöchigen Übung zusammen, in der verschiedene Krisenszenarien (darunter auch Krieg) mit Blick auf die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft durchgespielt werden. Das Ziel ist, die gesellschaftlich wichtigen Akteure in Finnland mit der nationalen Sicherheit und Verteidigung, und nicht zuletzt miteinander, bekannt zu machen. Darüber hinaus folgen viele Bürgerinnen und Bürger den Anweisungen des nationalen Rettungsdienstes, im Krisenfall für 72 Stunden Vorräte zu Hause zu haben.

„Pragmatischer Pessimismus“ als Weg zum Glück

Das hohe potenzielle Mobilisierungsgrad der finnischen Gesellschaft und diese regelrecht paranoid wirkende Bereitschaftskultur bedeuten jedoch nicht, dass Finnland qualitativ eine besonders militarisierte Gesellschaft wäre. Da die finnische Mentalität rein defensiv ist, sind die Vorbereitungen auf einen Angriff auf Finnland gerichtet, nicht auf einen Angriffskrieg. Zudem hat es eine beruhigende Wirkung auf die Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich auf die Führungsstrukturen in der Gesellschaft im Krisenfall verlassen können. So geht es bei der Vorgabe, dass die Zivilschutzräume auch radioaktive Strahlung aushalten müssen, nicht darum, ob eine nukleare Katastrophe realistisch zu überleben sei, sondern um den psychologischen Effekt, dass jemand selbst über einen solchen hochunwahrscheinlichen Fall nachgedacht und entsprechende Vorbereitungen getroffen hat.

Die finnische Gesellschaft zeichnet sich in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch eine starke Konsenskultur aus. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben ein gutes Verständnis der Bedrohungsumgebung, was einerseits auf der die ganze Gesellschaft durchdringende Kriegserinnerung basiert sowie andererseits durch die Sozialisierung im Wehrdienst aufrechterhalten wird.⁹ Die klimatischen Bedingungen in Finnland führten außerdem in der Geschichte oft zu schlechten Ernten und einem harten Dasein im Kampf gegen die kalten Winter, was in den Finnen ein besonderes Durchhaltevermögen, auf Finnisch *sisu* genannt, geformt hat. Viele konkrete strukturelle Faktoren werden Finnland oft in verschiedenen Rankings hoch angerechnet, wie niedrige Korruption und hohe Transparenz, Stabilität, *good governance*, Gleichberechtigung der Geschlechter (mit Ausnahme des Wehrdienstes) und ein inklusives und hochqualitatives Bildungssystem. Jedoch trägt auch eine selbstkritische Haltung dazu bei, dass Finnland zum siebten Mal in Folge im *World Happiness Report* zum glücklichsten Land der Welt gekürt wurde.¹⁰ Die finnische Mentalität könnte man als pragmatischen Pessimismus bezeichnen: das Beste hoffen, aber

sich immer auf das Schlimmste vorbereiten. Der pragmatische Pessimismus wirkt als eine treibende Kraft, da in Finnland stets Verbesserungsbedarf identifiziert und umgesetzt wird.

Gleichzeitig ist die hohe Zufriedenheitsquote wichtig für die Kriegstüchtigkeit der finnischen Gesellschaft. Gesellschaftliche Chancengleichheit ist ein wichtiger Wert und ein angestrebtes Ziel in Finnland, was einem Großteil der Bevölkerung ein gutes Leben ermöglicht. Der Landesverteidigungswille beruht auf zwei Seiten einer Medaille: einerseits im negativen Sinne auf der historisch konstanten Wahrnehmung, dass Russland weiterhin eine potenziell existenzielle Bedrohung darstellt, aber andererseits im positiven Sinne auf dem Gefühl, dass Finnland es wert ist, verteidigt zu werden.

Das finnische Modell: Bedingt übertragbar, aber umso wertvoller

Bestimmte Aspekte des finnischen Modells sind höchstens auf andere Länder mit einer ähnlichen Bevölkerungsgröße übertragbar. Nicht jedes bevölkerungsreiche Land braucht beispielsweise die Wehrpflicht, wenn eine

Die finnische Gesellschaft zeichnet sich in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch eine starke Konsenskultur aus

ausreichende Truppenstärke auch durch eine professionelle Streitkraft gewährleistet werden kann. Innerhalb der Nato haben Länder außerdem unterschiedliche Profile basierend auf ihren geografischen Begebenheiten – nicht jedes Nato-Land ist ein Frontstaat und muss ein dementsprechendes Landesverteidigungskonzept umsetzen. Auch die historisch und geografisch bedingte Bedrohungswahrnehmung ist nicht auf andere Kontexte übertragbar.

Die Zivilverteidigungskomponenten des finnischen Gesamtverteidigungssystems beinhalten jedoch Elemente, von denen alle europäischen Länder profitieren könnten. Eine in Friedenszeiten gut eingeübte Zusammenar-

beit und Koordinierung zwischen verschiedenen Governance-Ebenen kommt in Krisensituationen gelegen, unabhängig vom jeweiligen nationalen Kontext. Die in letzter Zeit in Europa stark angestiegenen hybriden Angriffe durch böswillige Akteure auf die verschiedensten Bereiche der offenen demokratischen Gesellschaften, von kritischer Infrastruktur zum Informationsraum, haben die Dringlichkeit verbesserter gesellschaftlicher Resilienz vor Augen geführt. Auf der europäischen Ebene wird das in den jüngst von der EU eingeführten Hybridsanktionen sowie in dem Bericht zur Zivil- und militärischen Bereitschaft, ver-

Die Liste jüngster Vorfälle zeigt, wie viel Angriffsfläche demokratische Rechtsstaaten böswilligen Akteuren bieten

fasst für die Europäische Kommission durch den ehemaligen finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, reflektiert.¹¹ In seinem Bericht an die Kommission empfiehlt Präsident Niinistö viele aus dem finnischen Modell bekannte Elemente, darunter strategische Vorausschau mit Blick auf künftige Risiken und Bedrohungen, erhöhte Handlungsfähigkeit und -geschwindigkeit durch verbesserte und angemessene Strukturen, Ertüchtigung der europäischen Bürgerinnen und Bürger als Basis gesellschaftlicher Resilienz, gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor und privaten Unternehmen und die Abwehr von hybriden Angriffen.

Die Autorin



Minna Ålander ist Research Fellow am Finnish Institute of International Affairs. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die NATO, Sicherheit in Nordeuropa, die nordische Verteidigungszusammenarbeit, arktische Sicherheit sowie die deutsche und finnische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zuvor arbeitete Ålander bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie hat einen gemeinsamen Master in Internationalen Beziehungen von der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Potsdam. Seit August 2023

ist Ålander Non-Resident Fellow im Transatlantic Defense and Security Program am Center for European Policy Analysis (CEPA).

Die tatsächliche Reaktionsfähigkeit des finnischen Gesamtverteidigungssystems ist seit Herbst 2023 mehrfach getestet worden. Im Oktober 2023 wurde die Balticconnector-Gaspipeline zwischen Estland und Finnland beschädigt – durch ein chinesisches Schiff mit schleierhaften Verbindungen nach Russland.¹² Im November begann Russland, systematisch Migranten hauptsächlich aus dem Nahen Osten und Nordafrika zur finnischen Grenze zu bringen. Die finnische Regierung regierte schnell darauf und schloss die Grenzübergänge zu Russland. Ermöglicht wurde eine solch drastische Reaktion dadurch, dass bereits die vorige Regierung Finnlands Grenzschutzgesetzgebung entsprechend für einen solchen Krisenfall geändert hatte. Die Möglichkeit, dass Russland Migration als Druckmittel instrumentalisiert, konnten die finnischen Behörden vorhersehen, weil das bereits im Jahr 2015 der Fall war.¹³ Die finnischen Behörden haben für 2023 fünffach erhöhte GPS-Signalstörung gemeldet und die finnische Fluggesellschaft Finnair musste im Frühjahr 2024 eine neue Fluglinie nach Tartu in Estland für einen Monat einstellen, weil Flugzeuge aufgrund der heftigen GPS-Störungen dort nicht landen konnten – das Problem wurde durch das Installieren von alternativen Navigationssystemen vorerst gelöst, aber im Sommer 2024 wurden in Finnland auch Störungen an Satellitennavigationssignalen gemeldet.¹⁴ Im Juni und Juli 2024 fand eine Reihe von Einbruchversuchen in finnische Wasserwerke statt, die dank Sicherheitsvorkehrungen auf hohem Niveau weitgehend ergebnislos blieben – bis jetzt. Zuletzt wurden im November 2024 zwei Datenkabel in der Ostsee beschädigt, eines zwischen Finnland und Deutschland und eines zwischen Schweden und Litauen. Dabei wird ein chinesisches Schiff der Sabotage verdächtigt.¹⁵

Fazit: Eine breite Angriffsfläche erfordert kreative Gegenmittel

Die (unvollständige) Liste von Vorfällen zeigt, wie viel Angriffsfläche demokratische Rechtsstaaten böswilligen Akteuren bieten. Das ist zugleich die Stärke und Schwäche von Demo-

kratien: Die demokratische Offenheit macht die Staaten angreifbar und die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit erschweren das Reagieren auf Angriffe, die sich auf illegale Mittel stützen. Aber gleichzeitig fordern die unmittelbaren und oft gnadenlosen Feedbackloops demokratische Entscheidungsträgerinnen und -träger heraus, ein schlechtes System zu verbessern, wenn sie wiedergewählt werden wollen.

Bei der schwierigen Frage, wie man am besten auf die sich häufenden hybriden Angriffe reagiert, bietet Finnland einige gute und schlechte Beispiele, aus denen andere Länder ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen können. Im Mai 2024 bot sich eine seltene Gelegenheit, symmetrisch zu reagieren: Auf der Internetseite des russischen Verteidigungsministeriums erschien für einige Stunden ein Dokument, das die Erweiterung der Seegrenzen zu Finnland und Litauen vorschlug. Das finnische Außenministerium hat daraufhin damit reagiert, auf der finnischen Seite die Überprüfung der Seegrenzen einzuleiten – ein technischer Prozess, der alle 30 Jahre vollzogen werden soll, 1995 das letzte Mal.¹⁶

Der Umgang mit der instrumentalisierten Migration an der Grenze zu Russland hat sich als schwieriger erwiesen. Da Pushbacks laut Völkerrecht illegal sind, ist es unmöglich, eine sowohl moralisch als auch rechtlich saubere Lösung zu finden. Finnland hat im Sommer 2024 versucht, der Eventualität vorzubeugen, dass Russland beginnen könnte, Migranten über die Landgrenze und nicht nur an den offiziellen Grenzübergängen nach Finnland zu bringen. Das soll nun durch ein Notstandsgesetz verhindert werden, das als eine zeitlich auf 12 Monate begrenzte Ausnahme zur finnischen Verfassung vom Parlament ratifiziert wurde und das Unmögliche möglich machen soll: Pushbacks zu legalisieren, im Widerspruch zu Menschenrechten, EU-Gesetzgebung und der finnischen Verfassung selbst.¹⁷

Finnland greift im Allgemeinen inzwischen stärker zur aktiven Verteidigung auch im hybriden Bereich. Im Oktober 2024 hat die finnische Regierung eine neue Cybersicherheitsstrategie veröffentlicht, die sogenannte aktive Gegenmaßnahmen ermöglicht – welche laut einem Mitglied des Verteidigungsausschusses

im finnischen Parlament auch Gegenangriffe mit einbezieht.¹⁸ Die Strategie betont, dass „[d]ie Fähigkeit, ein umfassendes und breit gefächertes Spektrum an Methoden anzuwenden, [...] besonders bei der Reaktion auf staatlich gesponserte Operationen und schwere Cyberkriminalität hervorgehoben [wird].“¹⁹ Im selben Monat haben finnische Behörden

Bei der schwierigen Frage, wie man am besten auf die sich häufenden hybriden Angriffe reagiert, bietet Finnland einige gute und schlechte Beispiele, aus denen andere Länder ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen können

zudem begonnen, Eigentum und Immobilien der Russischen Föderation in Finnland zu beschlagnahmen. Finnland hatte das bereits 2023 mit einem russischen Wissenschafts- und Kulturzentrum versucht, ist jedoch daran gescheitert, dass westliche Sanktionen nur individuelle russische Staatsbürgerinnen und -bürger betreffen, nicht aber die Russische Föderation. Jetzt hat Finnland die Beschlagnahmung rechtlich an die Klage des ukrainischen Energieunternehmens Naftogaz gebunden, das seit 2016 Kompensation von Russland für verlorene Einnahmen im Zuge der Krim-Annektion fordert.²⁰ Kreative hybride Angriffe erfordern kreative Antworten, und demokratische Rechtsstaaten haben mehr Spielraum, als sie sich momentan erlauben – wenn sie nur wollen. In der schwelenden Konfrontation mit der Russischen Föderation wird es darauf möglicherweise genauso ankommen wie auf eine rein militärische Abwehrbereitschaft.

- 1 Finnish Government Resolution / 2.11.2017. The Security Strategy for Society, S. 7. https://turvallisuuskomitea.fi/wp-content/uploads/2018/04/YTS_2017_english.pdf (Stand: 30.10.2024).
- 2 National Emergency Supply Agency of Finland (2023): Report on maritime security of supply: need for a functional market and more Finnish experts. 28.2.2023. <https://www.huoltovarmuuskeskus.fi/en/a/report-on-maritime-security-need-for-a-functional-market-and-more-finnish-experts> (Stand: 30.10.2024).
- 3 Yle (2012): Soviet Plot Launches Winter War. 21.4.2012. <https://yle.fi/a/3-5964904> (Stand: 24.11.2024).
- 4 Deutschlandfunk (2014): Winterkrieg. Traurige Marginalie des Zweiten Weltkriegs. 30.11.2014. <https://www.deutschlandfunk.de/winterkrieg-traurige-margin-alie-des-zweiten-weltkriegs-100.html> (Stand: 24.11.2024).
- 5 Dailey, Ann Marie (2022): Molotov Cocktails in winter: What 1939 Finland tells us about Ukraine today. New Atlanticist (Atlantic Council), 2.3.2022. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/molotov-cocktails-in-winter-what-1939-finland-tells-us-about-ukraine-today/> (Stand: 24.11.2024).
- 6 Finns' opinions on foreign and security policy, national defence and security: Bulletin and Reports, December 2024. <https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/handle/10024/165938> (Stand: 10.12.2024). [Planungskomitee des Landesverteidigungsinformationsdienstes (2024): Meinungen der Finninnen und Finnen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Landesverteidigung und Sicherheit.]
- 7 Lehto, Essi (2022): Worried about Russia, Finnish women sign up to learn defence skills. Reuters, 8.6.2022. <https://www.reuters.com/article/world/worried-about-russia-finnish-women-sign-up-to-learn-defence-skills-idUSKBN2NN18H/> (Stand: 31.10.2024).
- 8 Helsinki City Rescue Department: Civil defence shelters in Helsinki. <https://pelastustoimi.fi/en/helsinki/services/civil-defence-in-helsinki/civil-defence-shelters-in-helsinki> (Stand 31.10.2024).
- 9 Hart, Linda, Häggblom, Erasmus und Pulkka, Anti-Tuomas (2023): Gender and Generation Differences in Finnish Defence Policy Opinions 2000–2020. In: Scandinavian Journal of Military Studies 6.1. <https://sjms.nu/articles/10.31374/sjms.197> (Stand: 25.11.2024).
- 10 Finland Promotion Board (2024): For seventh year running, Finland first in World Happiness Report – other Nordics in top 7. This is Finland, März 2024. <https://finland.fi/life-society/for-seventh-year-running-finland-is-first-in-world-happiness-report-other-nordics-in-top-7/> (Stand: 31.10.2024).
- 11 Rat der Europäischen Union (2024): Russland: Neuer Sanktionsrahmen zur Bekämpfung destabilisierender Aktivitäten gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten. 8.10.2024. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/10/08/russia-eu-sets-up-new-framework-for-restrictive-measures-against-those-responsible-for-destabilising-activities-against-the-eu-and-its-member-states/> (Stand: 31.10.2024); Niinistö, Sauli (2024): Safer Together. Strengthening Europe's Civilian and Military Preparedness and Readiness, Report by Sauli Niinistö, former President of the Republic of Finland, In his capacity as Special Adviser to the President of the European Commission. https://commission.europa.eu/topics/defence/safer-together-path-towards-fully-prepared-union_en (Stand: 31.10.2024).
- 12 Staalesen, Atle (2023): Newnew Polar Bear sails towards Bering Strait. The Barents Observer, 6.11.2023. <https://www.thebarentsobserver.com/security/newnew-polar-bear-sails-towards-bering-strait/164008> (Stand: 31.10.2024).
- 13 Lavikainen, Jyri (2023): Russia's hybrid operation at the Finnish border: Using migrants as a tool of influence. FIIA Comment 12, Finnish Institute of International Affairs, 23.11.2023. <https://www.fii.fi/en/publication/russias-hybrid-operation-at-the-finnish-border?read> (Stand: 31.10.2024).
- 14 ERR News (2024): Finnair restarts Tartu flights after alternative to GPS approach systems found. 16.5.2024. <https://news.err.ee/1609343694/finnair-restarts-tartu-flights-after-alternative-to-gps-approach-systems-found> (Stand 31.10.2024); Kauranen, Anne (2024): Finland detects satellite navigation jamming and spoofing in Baltic Sea. Reuters, 31.10.2024. <https://www.reuters.com/world/europe/finland-detects-satellite-navigation-jamming-spoofing-baltic-sea-2024-10-31/> (Stand 31.10.2024).
- 15 Tagesschau (2024): Sabotage-Verdacht. Finnisches Schiff bei beschädigtem Kabel eingetroffen. 24.11.2024. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ost-see-datenkabel-102.html> (Stand: 25.11.2024).
- 16 Huhtanen, Jarmo (2024): Suomi aloitti merirajan tarkistamisen [Finland hat begonnen, die Seegrenze zu überprüfen]. Helsingin Sanomat, 31.5.2024. <https://www.hs.fi/suomi/art-2000010458909.html> (Stand: 31.10.2024).
- 17 Koponen, Linda (2024): Finnland legalisiert Pushbacks: Finnische Grenzbeamte dürfen notfalls Gewalt anwenden, wenn Russland wieder Migranten über die Grenze drängt. Neue Zürcher Zeitung, 12.7.2024. <https://www.nzz.ch/international/finnland-legalisiert-pushbacks-so-will-es-hybridangriff-von-putin-stoppen-ld.1838732> (Stand 31.10.2024).
- 18 Luhtala, Jouko (2024): Uusi strategia: Suomi vastaa kyberhyökkäyksiin iskemällä takaisin – „Jos ei, se kannustaa Venäjää“ [Neue Strategie: Finnland antwortet auf Cyberangriffe mit einem Schlag zurück – „Wenn nicht, treibt es Russland nur an“]. MTV News, 30.10.2024. <https://www.mtvuutiset.fi/artikkeli/uusi-strategia-suomi-vastaa-kyberhyokkayksiin-iskemalla-takaisin-jos-ei-se-kannustaa-venajaa/9037754#gs.hhitff> (Stand: 31.10.2024).
- 19 Prime Minister's Office, Finland (2024): Finland's Cyber Security Strategy 2024–2035. Publications of the Prime Minister's Office 2024:13, S. 37. https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/165893/VNK_2024_13.pdf (Stand: 31.10.2024).
- 20 Kauranen, Anne (2024): Finland orders confiscation of \$4.25 bln in Russian assets in Naftogaz case. Reuters, 30.10.2024. <https://www.reuters.com/world/europe/finland-confiscating-425-bln-russian-assets-naftogaz-case-2024-10-30/> (Stand 31.10.2024).

WER FRIEDEN WILL, MUSS KRIEG FÜHREN KÖNNEN ABSCHRECKUNG HEUTE

Abstract

Die Geschichte zeigt, dass ein expansionistischer, noch dazu übermächtiger Gegner allein durch ethische Argumente nicht vom Vorhaben eines Angriffs abzubringen ist. Hierzu bedarf es der militärischen Abschreckung, also der Verweigerung eines erfolgreichen Angriffs oder zumindest der glaubhaften Androhung einer für den Gegner untragbaren militärischen Vergeltung. Seit der Entwicklung von Kernwaffen ist dies jedoch mit zahlreichen ethischen Problemen behaftet.

Die Entwicklung der ersten Atombombe folgte ursprünglich reinem Abschreckungskalkül. Doch die Entwicklung sowjetischer Kernwaffen und Interkontinentalraketen sowie die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes stellten die Strategie der NATO vor erhebliche Probleme. Von einzelnen Staaten und im Rahmen der NATO wurden dafür verschiedene Lösungsansätze entwickelt.

Einer davon war die Strategie, durch einen begrenzten, auf militärische Ziele konzentrierten Ersteinsatz von Nuklearwaffen im Falle eines Angriffs die Glaubhaftigkeit der Abschreckung wiederherzustellen, ohne zugleich die totale Eskalation zu befördern. Aufgrund der gestiegenen waffentechnischen Präzision konnte dies mit den ab Ende der 1970er-Jahre stationierten „Euromissiles“ umgesetzt werden. Im Hintergrund dieser Entwicklungen stand zudem ein seit den späten 1950er-Jahren einsetzender Gesinnungswandel in Bezug auf das absichtliche Bombardieren von Zivilisten.

Nicht zuletzt angesichts weiterer Fortschritte in der Waffentechnik spricht daher vieles dafür, in der Konfrontation mit einem expansionistischen Russland verstärkt auf konventionelle Abschreckung zu setzen – etwa durch die ab 2026 geplante Aufstellung von US-Raketen und Marschflugkörpern in Deutschland.

Autorin: Beatrice Heuser

Das berühmte, auf Vegetius zurückgehende Sprichwort *Si vis pacem para bellum* ist leider im 21. Jahrhundert noch so aktuell wie im 4., als jener sein Handbuch zum Krieg schrieb.¹ Außer unter extremsten Pazifisten besteht seit Jahrhunderten Konsens, dass jede Gesellschaft das Recht hat, sich zu verteidigen. Dennoch bestehen auf vielen Seiten verständlicherweise große Skrupel, eine Verteidigung zu durchdenken, bei der eventuell Kernwaffen eingesetzt werden müssten, um einen militärisch überlegenen Gegner abzuwehren.

Die katholische Kirche hat sich mehrfach mit der ethischen Herausforderung befasst, die Atomwaffen als Massenvernichtungswaffen darstellen. Kurz vor der Verabschiedung des Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrags 1968 appellierte Papst Paul VI. an die Regierungen der verhandelnden Staaten, „dem nuklearen Wettrüsten ein Ende zu bereiten“². Näher mit dem Problem befassten sich die Konferenzen amerikanischer katholischer Bischöfe.³ In den frühen 1980er-Jahren nahm die katholische Kirche unter Papst Johannes Paul II. eine Kompromissposition ein, in der sie die nukleare Abschreckung akzeptierte, den Einsatz von Atomwaffen jedoch als unmoralisch verurteilte.⁴ Dies ist aber in sich widersprüchlich, da die Abschreckung ohne realisierbare Pläne für den tatsächlichen Einsatz jeglicher Glaubwürdigkeit entbehrt.

Die Legitimität der nuklearen Abschreckung selbst wurde von Völkerrechtlern infrage gestellt, da die Terrorisierung der Zivilbevölkerung mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar sei. 1996 räumte der Internationale Gerichtshof in seinem „Gutachten über die Androhung oder den Einsatz von Kernwaffen“ ein, dass er nicht abschließend beurteilen könne, ob die Androhung oder der Einsatz von Kernwaffen in einem Extremfall, „in dem das Überleben eines Staates auf dem Spiel steht“, rechtswidrig wäre. (Gemeint war vermutlich das Überleben der Bevölkerung und nicht nur der staatlichen Strukturen.)⁵

Papst Franziskus hat nun die Zweideutigkeit der Position seiner Vorgänger aufgegeben, die allein den Besitz von Atomwaffen zu Abschreckungszwecken noch für akzeptabel

gehalten hatten. 2017 verkündete er, dass „die Androhung ihres Einsatzes wie auch ihr Besitz selbst entschieden zu verurteilen sind“, da die Gefahr bestehe, dass sie versehentlich oder irrtümlich gezündet werden könnten.⁶ Im selben Jahr berief die UNO die Konferenz ein, die den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen verabschiedete. Er trat am 22. Januar 2021 in Kraft mit 86 Unterzeichnern, von denen 51 den Vertrag bis dahin ratifiziert hatten. Darunter waren logischerweise weder Atomwaffen besitzende Staaten noch deren Verbündete.⁷ Kernwaffen existieren also weiter, sowohl im Arsenal der NATO als auch in dem ihres selbst ernannten Gegners Russland. Das Problem ist aber dieses: Wie verteidigt man sich gegen einen übermächtigen Gegner, insbesondere, wenn er Kernwaffen besitzt?

Ganz generell: Wie bringt man einen übermächtigen, expansionistischen Gegner davon ab, einen militärisch schwächeren Staat anzugreifen zu wollen? Ein solcher Gegner wird selten durch ethische Argumente von seinem Vorhaben abgebracht werden. Was in solchen Fällen geschah, wenn der kleine Staat beispielsweise auf der strategischen Achse eines Angriffs lag, wissen wir aus vielen Beispielen, vom traurigen Schicksal der Melier, deren Insel im Peloponnesischen Krieg zwischen Athen und Sparta stand, bis hin zum Schicksal des „neutralen“ Belgiens in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Überredung mit rein ethischen Argumenten ist demnach nicht erfolgversprechend.

Abschreckung

Bleibt die „Überredung“ durch Abschreckung, das heißt, mit Drohungen. Diese können zweierlei Gestalt sein. Die eine – die für kleinere, schwächere Staaten allein kaum möglich ist – ist, dem Gegner klarzumachen, dass ein Angriff wegen der eigenen Verteidigungsstärke nicht erfolgreich sein wird. Das kann man Abschreckung durch Verweigerung („*deterrence by denial*“) nennen. Die andere ist die Androhung von Konsequenzen, die der Gegner nicht erleiden möchte, also einer Art Strafe („*deterrence by punishment*“).

Clausewitz hat eine weise Beobachtung gemacht: Solche Drohungen müssen in die Tat umgesetzt werden können, um glaubhaft zu sein.⁸ Und auch wenn Drohungen glaubhaft sind, lässt sich ein Gegner womöglich nicht abschrecken. In den 1930er-Jahren meinte ein französischer Militärschriftsteller, Pierre Faure, man könne Deutschland davon abschrecken, seine Gegner in einem zukünftigen Krieg aus der Luft anzugreifen. Wenn Frankreich eine Bomberstreitmacht aufbaue, so argumentierte er, die größer wäre als die seiner Gegner,

„dann ließe die Angst vor furchtbarer, mit ihren unzähligen Toten in der Geschichte nie

Auch wenn Drohungen glaubhaft sind, lässt sich ein Gegner womöglich nicht abschrecken

da gewesener Vergeltung jene auf der anderen Rheinseite sicherlich nachdenken, bevor sie einen neuen Krieg unternehmen. Wenn das deutsche Volk wüsste, dass ein Angriff seiner Armee auf Frankreich die wahrscheinliche und unverzügliche Vernichtung von zwanzig seiner größten Städte und der dortigen Bevölkerung bedeuten würde, schiene es durchaus zweifelhaft, dass die deutsche Regierung dieses Risiko eingehen würde. [...] 400 Flugzeuge, [...] mit der Fähigkeit, zwanzig deutsche Städte, die Rheinbrücken, wichtige Bahnhöfe und die großen Industriezentren zu vernichten, sind die beste Friedensgarantie, die wir haben können.“⁹

Er hatte bekanntlich unrecht: Deutsche Luftangriffe auf gegnerische Städte blieben nicht aus, nicht einmal auf Städte von Gegnern wie Großbritannien, die im Gegenzug die deutschen Städte in Schutt und Asche legen konnten.

Kernwaffen aber schienen Faures Abschreckungskalkulation realistisch zu machen. Der von ihnen verbreitete Schrecken – so konnte man nach der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki glauben – würde in Zukunft zur Abschreckung von Angriffskriegen ausreichen. In der Tat war der erste Anstoß zur Entwicklung

der Atombombe vom Abschreckungsgedanken motiviert. Einstein hatte im August 1939 gewarnt, dass deutsche Physiker an der Herstellung einer solchen Bombe arbeiten könnten. Diese Befürchtung teilten zwei Kernphysiker, die der Judenverfolgung des Deutschen Reichs nach England entkommen waren, der Deutsche Otto Frisch und der Österreicher Rudolf Peierls. Im Februar 1940, nur fünf Monate nach dem deutschen Angriff auf Polen und der damit verbundenen Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs, schrieben sie an die britische Regierung und warben für die Entwicklung von Kernwaffen. Ihre Berechnungen ergaben, dass

Am Anfang der Entwicklung von Kernwaffen stand die Absicht der Abschreckung

eine solche Waffe im Prinzip hergestellt werden könnte. Da sie sich keine Bunker in ausreichender Stärke und Anzahl zum Schutz gegen einen Kernwaffenangriff vorstellen konnten, bestünde die „wirkungsvollste Antwort [...] in einer Gegendrohung mit einer ähnlichen Bombe. Uns scheint es daher wichtig, die Produktion baldmöglichst und schnellstmöglich aufzunehmen, auch wenn nicht beabsichtigt ist, die Bombe als Angriffsmittel einzusetzen.“¹⁰

Am Anfang der Entwicklung von Kernwaffen stand also die Absicht der *Abschreckung*, obwohl der erste Einsatz nicht auf Strafandrohungen folgte: Japan wurde vor den Atombombenabwürfen im August 1945 nicht gewarnt. Erst nach der Zerstörung der beiden Städte konnte man hoffen, dass zukünftig die *Androhung* eines Kernwaffengebrauchs reichen würde, um das zu erwirken, was selbst die von Faure geplante, 400 Flugzeuge umfassende Bomberflotte nicht erreicht hatte, nämlich einen Gegner von Angriffsplänen ganz abzuschrecken. So tief war und ist in einigen Kreisen der Glaube an diese Abschreckungswirkung der Atombombe, die die Zerstörungskraft qualitativ und quantitativ auf eine höhere Ebene bringt als alles vorher Dagewesene, dass sie in Frankreich als *arme de non-emploi* bezeichnet wurde, als „Nichtge-

brauchswaffe“. Noch einmal um etliche Größenordnungen zerstörerischer war dann die Wasserstoffbombe, die von den USA zum ersten Mal 1952 getestet wurde und inzwischen wohl in den Arsenalen aller Kernwaffenmächte vorhanden ist.

Taktische Kernwaffen bei konventioneller Unterlegenheit

Der Optimismus, der insbesondere in den USA mit Kernwaffen verbunden war, schwand nicht mit der Einsicht, dass (aus amerikanischer Sicht „kleinere“) Kriege auch weiterhin stattfinden konnten. Wenigstens glaubte US Präsident Truman, auf amerikanischer Seite Soldatenleben sparen zu können, indem er die ersten beiden Atombomben einsetzte. So kalkultierten Verteidiger dieser Entscheidung, der Einsatz in Hiroshima und Nagasaki hätte „eine halbe Million (amerikanischer) Leben gerettet“¹¹.

Ab den 1950er-Jahre entwickelten die Kernwaffenlabore Amerikas ein ganzes Sortiment von „taktischen“ Kernwaffen, die in der Funktion eine Vielzahl von konventionellen Waffen ersetzen bzw. eine Übermacht von Panzern, Flugzeugen und Schiffen des Warschauer Paktes abwehren können sollten. Atomare Sprengsätze sollten taktisch gefährliche Einfallpunkte entlang des Eisernen Vorhangs für Angreifer blockieren, und falls dies zur Abwehr nicht ausreichte, sollten Kurz- und Mittelstreckenraketen gegen vorstoßende Panzer auf westdeutschem Boden oder an den nordöstlichen Grenzen Italiens bzw. der Türkei zum Einsatz kommen. Angreifende Bombergeschwader sollten in der Luft durch Boden-Luft-Raketen abgeschossen, Schiffe durch nukleare Antischiffswaffen versenkt werden. Bis heute sollen nukleare Wasserbomben russischen U-Booten den Zugang zum Atlantik und damit den Angriff auf die Anrainerstaaten des Atlantiks verwehren. All dies schuf die Hoffnung, man könne angreifende konventionelle Streitkräfte mithilfe von Kernwaffen besiegen. Dass der Westen über diese Fähigkeit verfügte, müsse wiederum der Führung des Warschauer Paktes klar sein; die Verweigerung jeglichen Sieges sollte entscheidend zu ihrer Abschreckung beitragen.

Was allerdings wäre von Mitteleuropa übrig, wenn es auf diese Weise zum atomaren Schlachtfeld würde? Diese Frage bewegte insbesondere die Westdeutschen. So stieß die angloamerikanische Strategie der 1950er- und 1960er-Jahre, die einen Kernwaffeneinsatz auf dem europäischen Kriegsschauplatz vorsah, um die quantitative konventionelle Unterlegenheit der NATO wettzumachen, schon in den späten 1950ern in der Bundesrepublik auf Widerstand. Kaum war die Bundeswehr gegründet, da nahm sie Mitte der 1950er-Jahre teil an NATO-Übungen, in deren Szenarien Millionen von Deutschen beim Einsatz von taktischen Kernwaffen auf deutschem Boden umkommen würden. Zyniker prägten damals den Spruch: „Je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen.“ Der taktische Gebrauch von Kernwaffen – also insbesondere von Kurzstreckenwaffen sowie von atomaren Sprengsätzen entlang der Grenzen zwischen NATO und Warschauer Pakt – hätte zu hohen Verlusten unter den Bevölkerungen dieser Gebiete geführt, durch die Sprengkraft selbst und dann die Verstrahlung. Deutsche Verteidigungsexperten begannen, ihren Verbündeten zu erklären, dass taktische Kernwaffen für die Verteidigung des Bündnisgebiets inakzeptabel seien. Hätte doch der Versuch eines taktischen Sieges über einfallende Streitkräfte des Warschauer Paktes mit Kernwaffengebrauch durch die NATO zur Vernichtung großer Teile des eigenen Landes geführt.

Die große Debatte

Auch strategische Kernwaffen – solche, die im Extremfall gegen Städte der Sowjetunion eingesetzt werden sollten – konnten das Problem nicht so zufriedenstellend lösen, wie man zu Anfang glaubte. Nachdem die Sowjetunion 1949 ihren eigenen ersten Kernwaffentest durchgeführt hatte und begonnen hatte, eigene Kernwaffen zu entwickeln, verbreitete sich die Frage, die unmittelbar an die Logik des Memorandums von Frisch und Peierls anknüpft: Würden in Zukunft sowjetische Kernwaffen in einem sowjetischen Angriffskrieg gegen Westeuropa den Gebrauch von Kernwaffen durch die Amerikaner abschrecken? Sind also Kernwaffen nur zur Abschreckung des Gebrauchs

anderer Kernwaffen gut? Würde damit die im selben Jahr gegründete, konventionell unterlegene NATO trotz Kernwaffen schwächer dastehen, falls UdSSR und Verbündete angreifen würden?

Es dauerte noch ein paar Jahre, bis die UdSSR über eigene einsatzfähige Kernwaffen verfügte, und dann noch ein paar weitere, bis sie die technische Fähigkeit hatte, diese nicht nur auf Westeuropa abzuwerfen, sondern auch mit Raketen US-Territorium zu erreichen. Fast ein Jahrzehnt lang konnte die westliche Kernwaffenstrategie noch mit einer nuklearen Bestrafung in Form der Bombardierung von

Der Versuch eines taktischen Sieges über einfallende Streitkräfte des Warschauer Paktes mit Kernwaffengebrauch durch die NATO hätte zur Vernichtung großer Teile Deutschlands geführt

Städten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten drohen. Aber nachdem die UdSSR seit 1957 Interkontinentalraketen entwickelte, kamen auf beiden Seiten des Atlantiks Zweifel an der Verlässlichkeit eines amerikanischen Kernwaffeneinsatzes auf. Würde ein Präsident im Weißen Haus zur Verteidigung Europas wirklich einen Gegenschlag gegen Chicago oder New York riskieren? Dies war die „große Debatte“ der folgenden Jahre.

Die einfachste Reaktion auf dieses Dilemma war die Frankreichs, dessen Präsident Charles de Gaulle befand, dass Frankreich als souveräner Staat seine eigenen Kernwaffen entwickeln müsse. Ähnliches dachten die Regierungen in Schweden und der Schweiz – und mit umgekehrtem Vorzeichen in der Volksrepublik China, deren Regierungschef Mao sich zunehmend aus der sowjetischen Vormundschaft befreite. In der Bundesrepublik Deutschland war man sich allerdings bewusst, wie negativ die neuen Verbündeten im Westen so kurz nach dem Untergang des Dritten Reiches eine eigenständige Entwicklung von Kernwaffen sehen würden, ganz zu schweigen von den exorbitanten Ausgaben, die dies bedeutete hätte. Franz Josef Strauß liebäugelte als Verteidigungsminister mit dem Projekt euro-

päischer Nuklearstreitkräfte, unterstützt von seinen Kollegen in Rom und – vor Rückkehr de Gaulles ans Ruder in Frankreich im Jahre 1958 – in Paris: Nicht zuletzt in Hinblick auf eine solche putative Entwicklung waren Ostern 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet worden, darunter Euratom, der Vertrag zur gemeinsamen Forschung in Sachen Kernenergie. Gleichzeitig wurde ein deutsch-französisches Forschungszentrum in Saint-Louis eingerichtet, wo schon seit 1945 deutsche Wissenschaftler aus dem Umfeld von Wernher von Braun zusammen mit französischen Kollegen Raketentechnologie entwickelten.¹²

Dieses Projekt scheiterte nicht nur an de Gaulle, der auf nationaler strategischer Souveränität beharrte und eine weitere Integration Europas ablehnte; diese aber braucht es, um an der Spitze eines vereinten Europas eine politische Instanz zu schaffen, die den Einsatz von Kernwaffen befehlen kann. Es scheiterte auch am Widerstand der anderen Nuklearmächte gegen eine weitere Verbreitung von Kernwaffen. Verschiedene Projekte wurden erörtert oder sogar realisiert, wie etwa die Multilateral Force, die in Form des mit Offizieren und Matrosen verschiedener NATO-Mitgliedsstaaten besetzten amerikanischen Schiffs *USS Claude V. Ricketts*, ausgestattet für Nuklearraketen, von 1964 bis 1965 tatsächlich auf See war. Aber alle diese Projekte, darunter aktuell der Einsatz von amerikanischen B61-Kernwaffen durch geeignete Flugzeuge (F35A) im Besitz einiger NATO-Staaten, die fähig sind, diese Waffen zu laden, unterliegen bis heute einem US-amerikanischen Veto. Das heißt, wenn ein US-Präsident zögert, Kernwaffen einzusetzen, dann können auch seine europäischen Verbündeten keine einsetzen. Mit Ausnahme Großbritanniens, das schon 1952 einen Kernsprengsatz testete, und Frankreichs, das 1960 ebenfalls seinen ersten Test durchführte.

Die USA und Großbritannien setzten sich gemeinsam mit aller Kraft gegen eine weitere Verbreitung von Kernwaffen ein. Dies geschah zum einen durch geheime amerikanische Versprechen, befreundeten Staaten im Angriffsfall zu Hilfe zu kommen – wie etwa den Verbündeten Japan und Südkorea im Pazifik oder dem neutralen Schweden in Europa. Zum ande-

ren begann man innerhalb der NATO damit, gemeinsam mit den Verbündeten zu durchdenken, wie im Falle eines Angriffs durch den Warschauer Pakt Kernwaffen eingesetzt werden sollten, ohne dass man große Teile europäischen NATO-Gebiets zerstörte oder einem konventionellen Weltkrieg preisgab. Das Motto dieser Überlegungen, die bis heute in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO stattfinden (an der Frankreich nicht teilnehmen will), kann mit dem Titel eines damals berühmten Buches beschrieben werden: „Das Undenkbare denken“.¹³

Ersteinsatz zum Kriegsabbruch

Was aber ließe sich als weitere Alternative zur Einäscherung Mitteleuropas oder zur Städtebombardierung aus der Luft oder mit Langstreckenwaffen denken? Wie ließe sich vermeiden, dass einem Angriff durch den Warschauer Pakt entweder nur mit konventionellen Streitkräften oder mit taktischen Kernwaffen, die die angegriffene Region in ein verstrahltes Trümmerfeld verwandeln würden, oder mit strategischen Kernwaffen begegnet werden könnte?

Hier griff man auf eine Logik zurück, die schon für den Kernwaffeneinsatz gegen Hiroshima und Nagasaki gegolten hatte und auf die Beendigung, den Abbruch eines vom Gegner angefangenen Krieges zielte. Dahinter stand folgende Überlegung: Wenn der Gegner die NATO trotz amerikanischen (und britischen und französischen) Besitzes von Kernwaffen angreifen sollte, dann könne dies nur dem (Fehl-)Schluss geschuldet sein, die drei Kernwaffenmächte würden nicht zum Gebrauch dieser Waffen greifen, weil sie die Option des nuklearen Schlachtfelds vermeiden wollten, obwohl rein konventionelle Mittel zur Abwehr des Angriffs nicht ausreichten. Abschreckung hätte im Fall eines solchen Angriffs wegen mangelnder Glaubhaftigkeit versagt. Wie also könnte man die Glaubhaftigkeit des Willens zur Eskalation wiederherstellen? Und zwar ohne sogleich zum Äußersten zu schreiten, nämlich der Bombardierung von Großstädten, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zum Abbruch des Krieges, sondern

zu den extremsten Vergeltungsmaßnahmen – Gegenangriffen auf amerikanische Großstädte – führen würde? Allein dieser Gedanke würde zur Selbstabschreckung Amerikas führen.

Verteidigungsexperten hatten sich an mehreren Stellen hierzu Gedanken gemacht. Schon Anfang der 1960er-Jahre war man im Vereinigten Königreich zu dem Schluss gekommen, ein Ersteinsatz von Kernwaffen seitens der NATO – das heißt seitens der USA oder Großbritanniens – müsse gleichzeitig eine weitere Eskalation androhen, aber den Gegner nicht zum völlig verzweifelten Gegenangriff führen. Er müsse klarstellen, dass man nicht mehr zögere, Kernwaffen einzusetzen, aber dennoch zur Verhandlung, zum Kriegsabbruch willens sei. In der NPG einigte man sich Ende 1969 darauf, dass ein solcher Ersteinsatz gegen gegnerische Streitkräfte und Verkehrsknotenpunkte außerhalb von dicht bevölkerten Gebieten, nicht aber direkt gegen Städte geführt werden sollte. Das Problem: Hierzu bedurfte es einer Präzision der einzusetzenden Kernwaffen, die in den 1960er-Jahren noch nicht gegeben war. Dafür aber würde man für einen solchen Wiederabschreckungszweck nur wenige Waffen brauchen, denn man war mittlerweile davon abgerückt, einen Angriff gänzlich auf taktischer Ebene abschmettern zu wollen. Ein beschränkter Kernwaffeneinsatz mit dem Ziel der Kriegsbeendigung durch den Gegner hätte nicht die Aufgabe gehabt, diesen taktisch zu besiegen, sondern nur, ihn zum Umdenken zu zwingen.¹⁴

Zu diesen Einsatzzwecken wurden in den 1970er-Jahren Präzisionsflugkörper entwickelt. Um solche handelte es sich auch bei den 572 „Euromissiles“, den Marschflugkörpern und Raketen, die die NATO im Dezember 1979 in den Folgejahren in Europa zu stationieren beschloss. Sie ersetzen 1400 weniger präzise Kernwaffen, die ab 1983 verschrottet wurden. Damit ging es also, summa summarum, um eine *Einschränkung* der Zerstörungskraft eines Erst- oder Zweiteinsatzes von Kernwaffen durch die NATO und nicht, wie führende sowjetische Militärs und Vertreter westlicher Protestbewegungen der frühen 1980er-Jahre behaupteten, um einen Beweis zunehmender Kriegsfreudigkeit der NATO-

Staaten. Wer den Frieden will, muss jedoch glaubhaft zeigen können, wie er sich effektiv verteidigen könnte.

Ethische Einstellungen im Wandel

Der Hintergrund hierzu ist auch ein Fortschritt westlicher Einstellungen zum Töten von Zivilisten. Trotz lang anhaltender Bemühungen human gesinnter Theologen, Philosophen und Juristen, den Krieg einzuhegen und Zivilisten besser zu schützen, bildete der Zweite Weltkrieg den Höhepunkt menschlichen Lei-

Trotz lang anhaltender Bemühungen human gesinnter Theologen, Philosophen und Juristen, den Krieg einzuhegen und Zivilisten besser zu schützen, bildete der Zweite Weltkrieg den Höhepunkt menschlichen Leidens

dens. Millionen von Zivilisten kamen in Asien und Europa um, mehr als in jedem früheren Krieg.¹⁵ Es ist nicht sinnvoll, die Opferzahlen aufzurechnen, aber es ist Tatsache, dass zu diesen horrenden Zahlen auch die Bombardierung gegnerischer Städte durch die britische und amerikanische Luftwaffe beitrug. Diese Strategie bestand weiter in den Folgekriegen, in Korea und Vietnam.

Erst mit den Protesten gegen Kernwaffen in Europa in den späten 1950er- und frühen 1960er-Jahren, und dann mit ähnlichen Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, setzte im Westen ein Gesinnungswandel ein. Das absichtliche Bombardieren von Zivilisten, insbesondere in Städten, wurde zunehmend verurteilt. Dieser Wandel konkretisierte sich 1977 mit der Annahme der Zusatzprotokolle der Genfer Konventionen, die solches Bombardement zum Kriegsverbrechen erklärten. Dies befeuerte erneut die Vorbehalte gegen die bestehenden Doktrinen zum Gebrauch von Kernwaffen. Führende Kernwaffentheoretiker setzten sich dafür ein, dass zumindest ein nuklearer Ersteinsatz nicht auf dicht besiedeltes Gebiet zielen sollte, sondern auf militärische Ziele, auch wenn nicht mehr die Absicht bestand, einen Angriff des Warschauer

Paktes gänzlich mit taktischen Kernwaffen abzuwehren.

Dies war also das Abschreckungskonzept der NATO am Ende des Kalten Krieges: Da man einen Angriff des Warschauer Paktes weder völlig abschrecken noch konventionell oder mit taktischen Kernwaffen würde abwehren können, setzte man auf eine beschränkte Zahl von präzisen Mittelstreckenwaffen, die auf das Militär und militärische Infrastruktur zielen sollten, ohne damit militärisch gewinnen zu wollen. Man wollte vielmehr einen ausreichend großen Schock erzielen, um den Gegner zur Einsicht zu bringen, dass er sich gehörig verkalkuliert hatte, falls er annahm, die NATO würde sich nicht resolut und wenn nötig mit Kernwaffeneinsatz verteidigen. Der Gegner sollte aber eine letzte Chance bekommen einzulenken. Die Abschreckung sollte also wiederhergestellt werden.

Der (erste) Kalte Krieg ging 1991 mit der Auflösung des Warschauer Paktes zu Ende, und in den Folgejahren rüsteten beide Seiten viele ihrer Kernwaffen ab. Die „Euromissiles“ – die Mittelstreckenraketen – wurden vollständig aus Europa entfernt, wie auch taktische Kernwaffen jeder Art.

Abschreckung heute: Nukleare und nicht nukleare strategische Waffen

Wie sollte man einem expansionistischen Russland heute begegnen? Soll man zum Arsenal der 1980er-Jahre zurückkehren und all die hart erkämpften Rüstungskontrollabkommen, die mit dem Ende des Kalten Krieges einhergingen, rückgängig machen? Neben den be-

reits erwähnten B61-Freifallbomben im Besitz einzelner Alliierten, deren Einsatz durch den US-Präsidenten freigegeben werden müsste, verfügt nur Frankreich noch über nicht strategische Nuklearwaffen (Luft-Boden-Raketen), die zur Wiederherstellung der Abschreckung nach Beginn eines russischen Angriffs eingesetzt werden könnten.

Inzwischen gibt es neue Waffensysteme und damit vielleicht neue Möglichkeiten der Abschreckung. Heute kann man fragen, ob ein solcher Schock zur Wiederherstellung der Abschreckung nicht auch anders beigebracht werden könnte als etwa mit Kernwaffen. Größere Präzision von Raketen und Marschflugkörpern bedeutet, dass man nicht mehr mangelnde Treffgenauigkeit durch größere Sprengkraft kompensieren muss. Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und des Cyberraums kommen hier mit Flugtechnik zusammen.¹⁶ Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein amerikanischer Präsident oder ein amerikanischer militärischer Oberbefehlshaber der NATO den Einsatz von sehr präzisen konventionellen Waffen zur Verteidigung Europas befehlen würde, sehr viel größer als im Falle von Kernwaffen. Entsprechend ist die Ankündigung der Aufstellung von konventionell bestückten, nicht nuklear bestückten Marschflugkörpern, ballistischen Raketen und Hyperschallwaffen in Deutschland ab 2026 durchaus zu begrüßen. Sie ist mit weniger möglichen Kollateralschäden und ebenfalls mit weniger ethischen Problemen behaftet als nukleare Alternativen und hat dennoch das Potenzial, die Abschreckung von Angriffen auf NATO-Bündnispartner zu erwirken, ohne allerdings die Kernwaffen-Abschreckung völlig zu ersetzen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit solchen Fragen, wie sie der vorliegende Beitrag skizziert, mag insbesondere nach einer langen Phase des Friedens für weite Teile der Bevölkerung unbequem sein. Auf absehbare Zeit kann man ihr im Rahmen einer Diskussion über Kriegstüchtigkeit und die Bedrohung durch einen gewaltbereiten, unverhohlenen feindselig agierenden russischen Staat aber nicht ausweichen.

Die Autorin



Beatrice Heuser ist Distinguished Professor an der Brussels School of Governance, Vrije Universiteit Brussel und lehrt Strategie an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Habilitiert an der Universität Marburg, hatte sie bis 2024 den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Universität Glasgow inne, davor am King's College London und an der Universität Reading. Zu ihren Interessenschwerpunkten Kriegsführung und Strategisches Denken und insbesondere zur Kernwaffenstrategie hat sie umfangreich publiziert.

- 1 Vegez (Vegetius, Flavius Renuatus): *Epitoma de re militari* (c. A.D. 387), übers. von Friedhelm L. Müller. Vegetius: Abriss des Militärwesens. Stuttgart 1997.
- 2 Zitiert in „The Popes and the atomic threat: Appealing to world’s conscience“, <https://www.vaticannews.va/en/pope/news/2021-01/the-popes-and-the-atomic-threat-appealing-to-world-s-conscience.html> (Stand: 13.7.2024).
- 3 *The Challenge of Peace: God’s Promise and Our Response* (1983). Text in Reichberg, Gregory, Syse, Henrik und Begby, Endre (Hg.) (2006): *The Ethics of War: Classic and Contemporary Readings*. Oxford, S. 670-676.
- 4 Text in Reichberg, Gregory, Syse, Henrik und Begby, Endre (Hg.) (2006), s. Endnote 3, S. 676-680.
- 5 Casey-Maslen, Stuart (2018): *The Status of Nuclear Deterrence and Their Compatibility with International Humanitarian Law: A Primer*. In: *Yearbook of International Humanitarian Law*, S. 23-58.
- 6 Papst Franziskus (2017): *Address of His Holiness Pope Francis to Participants in the International Symposium ‘Prospects for a World Free of Nuclear Weapons and for Integral Disarmament* (Rom, 10 November). http://www.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2017/november/documents/papa-francesco_20171110_convegno-disarmointegrale.html (Stand: 26.7.2020).
- 7 https://treaties.un.org/doc/Treaties/2017/07/20170707%2003-42%20PM/Ch_XXVI_9.pdf (Stand: 12.12.2021).
- 8 Clausewitz: *Vom Kriege*, VIII.3B.
- 9 Zitiert in Heuser, Beatrice (2010): *Den Krieg denken: Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*. Paderborn, S. 356.
- 10 Zitiert in Heuser, Beatrice (2010), s. Endnote 9, S. 392.
- 11 Miles, Rufus E., Jr. (1985): *Hiroshima: the strange myth of half a million American lives saved*. In: *International Security* 10.2, S. 121-140.
- 12 Heuser, Beatrice (1998): *The European Dream of Franz Josef Strauss*. In: *Journal of European Integration History* 3.1, S. 75-103.
- 13 Kahn, Herman (1960): *Thinking the Unthinkable*. New York.
- 14 Heuser, Beatrice (1997): *NATO, Britain, France and the FRG: Nuclear Strategies and Forces for Europe*. London.
- 15 Rein quantitativ litten und starben damit mehr Menschen als je zuvor, auch wenn man argumentieren kann, dass etwa im Dreißigjährigen Krieg relativ zur Gesamtbevölkerung der betroffenen Gebiete proportional mehr Zivilisten umkamen.
- 16 Heuser, Beatrice (1992): *NATO, Nuclear Weapons and the New Europe*. In: *Orbis* 36.2, S. 221-226. Dreißig Jahre später ist dieser Gedanke auch anderen gekommen, siehe Futter, Andrew and Zala, Benjamin (2021): *Strategic non-nuclear weapons and the onset of a Third Nuclear Age*. In: *European Journal of International Security* 6, S. 257-277.

DER OPERATIONS- PLAN DEUTSCHLAND

BAUSTEIN FÜR EINE GESAMTSTAATLICHE UND GESAMTGESELLSCHAFTLICHE WEHRHAFTIGKEIT

Autor: *Generalleutnant André Bodemann*

Abschreckung: Wiederkehr eines vernachlässigten Konzepts

Mit der Gründung der NATO im April 1949 wurde der Grundstein für ein Bündnis gelegt, das, auf Freiwilligkeit beruhend, das Risiko für einen potenziellen Angreifer auf seine Mitgliedstaaten in einem Maße erhöhte, dass ein solcher Angriff von vornherein aussichtslos erscheinen sollte. Nach der Erfahrung aus zwei Weltkriegen innerhalb eines Jahrhunderts trat neben die pazifistische Motivation des „Nie wieder Krieg“ von Anfang an der auf Abschreckung setzende Grundsatz des „*Si vis pacem para bellum*“. Das ist nunmehr 75 Jahre her; wer seinerzeit in Europa zu den Erwachsenen gehörte, hatte einen, oftmals zwei Weltkriege miterlebt. Dennoch – oder gerade deswegen – war die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für diese Maßnahmen innerhalb der demokratischen Gesellschaften Westeuropas und der USA überwältigend. Die Erfahrung, dass es einen dauerhaften Frieden ohne eine substanzielle militärische Abschreckung geben könnte, fehlte den damaligen Gesellschaften völlig. Das Gegenteil war der Fall: Fehlende militärische Vorsorge, einer möglichen Bedrohung zu begegnen, hatte Staaten wie Polen, Frankreich oder Großbritannien zu Beginn des Zweiten Weltkriegs an den Rand des Untergangs gebracht. Erst das Eingreifen der USA mit ihrer überwältigenden Wirtschaftskraft ermöglichte das militärische Niederringen des deutschen Aggressors und ebnete schlussendlich den Weg für den friedlichen und demokratischen Wiederaufbau Europas. Auch in den Jahrzehnten danach war es das Konzept der militäri-

schen Abschreckung, das Frieden in Freiheit für jene absicherte, die das Glück hatten, diesseits des „Eisernen Vorhangs“ zu leben.

Heute ist die Kriegsgeneration nicht mehr unter uns. Seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts haben die demokratischen Gesellschaften in Europa nur zu bereitwillig die erheblichen Mittel, die bis dato für die Verteidigung aufgebracht wurden, anderweitig verausgabt. Das ist aus Sicht der damaligen Zeit auch sehr nachvollziehbar. Als ich Anfang der 90er-Jahre Zugführer in der Panzergrenadiertruppe war, musste auch ich mich den Fragen der jungen Wehrpflichtigen nach dem Sinn unseres Dienstes stellen und fand nur schwer einfache, überzeugende Antworten. Und in der Tat gab es ein Zeitfenster, in dem das Üben mit dem Schützenpanzer am „Vorderen Rand der Verteidigung“ anachronistisch erschien. Unser Problem heute, und auch der Grund für diesen kurzen historischen Exkurs, ist, dass sich diese Geisteshaltung in drei Jahrzehnten des Friedens in den meisten Teilen Europas in der Gesellschaft verbreitet hat, flankiert durch massive Kürzungen bei der staatlichen Sicherheitsvorsorge. Heute stehen wir vor der Situation, auf eine wiedergekehrte Bedrohung reagieren zu müssen, ohne die anderen und berechtigten gesellschaftlichen Anliegen und staatlichen Aufgaben zu vernachlässigen. Der Einsatz von Streitkräften als letzte Konsequenz oder auch bereits das Versetzen der Armee in die Lage, mit glaubhafter Abschreckung einen potenziellen Gegner davon abzuhalten, ein unkalkulierbares Risiko einzugehen, ist auch für die eigene Seite immer mit Entbehrungen und Belastungen verbunden. Personal, Ausrüstung und Ausbildung einer nennenswerten Streitmacht bedeuten einen erheblichen Einsatz staatlicher Ressourcen. Sobald aber eine Freigabe dieser Ressourcen diskutiert wird, tritt das Militär in direkte Konkurrenz zur Finanzierung anderer staatlicher Aufgaben. Im Ergebnis sehen wir eine mögliche Polarisierung zwischen denen, die von der Notwendigkeit einer starken Abschreckung als Maßnahme zur Sicherung unseres Gesellschaftssystems überzeugt sind, und jenen, die in der Schaffung starker Streitkräfte gar eine Militarisierung der Gesellschaft oder kei-

ne Notwendigkeit bzw. mindestens eine Verschwendung mühsam erwirtschafteter Steuermittel zu sehen glauben. Letztere Gruppe ist in gleicher Zeitfolge erstarkt, in welcher die akute Bedrohung durch den Warschauer Pakt zurückreichte und je unwahrscheinlicher das Ausbrechen eines bewaffneten Konfliktes auf dem europäischen Kontinent wurde.

Dabei ist klar: Eine grundsätzliche Änderung der sicherheitspolitischen Lage erfordert eine gesamtgesellschaftliche Anerkennung dieser Veränderung, einhergehend mit den damit verbundenen Bedrohungen, die sich im nächsten Schritt in einer politischen Willensbildung äußert, entsprechende Strukturreformen zu implementieren. Erst danach kann die militärische Führung in der Umsetzung der notwendigen Bedarfe tätig werden und dann auch nur im Rahmen der haushalterischen und sicherheitspolitischen Vorgaben aus der Bundespolitik. Aber es ist auch so, dass sich eine solche Erkenntnis nicht kurzfristig herausbildet, lebten wir doch in den letzten drei Jahrzehnten in der irrigen Annahme, dass ein Krieg auf dem europäischen Kontinent durch mindestens partnerschaftliche Verbindungen zwischen den Staaten Europas ausgeschlossen werden könne. Die Europäische Union, als ihr sichtbarer konstitutioneller Rahmen, die NATO und schließlich die USA als starker Partner waren die Gewähr für diese Annahme. Streitkräfte allein sind nur begrenzt handlungs- und durchhaltefähig und eben an politische Vorgaben gebunden. In der aktuellen Lage sind also alle staatlichen Institutionen und die gesamte Gesellschaft gefordert. Wir alle müssen uns durch eine umfassende staatliche Sicherheitsvorsorge auch wieder für Szenarien wappnen, die man jahrzehntelang für überkommen hielt. Verantwortliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordert, in wirksamer Abschreckung zumindest eine Möglichkeit zu sehen und sich planerisch darauf vorzubereiten. Dies schließt eine große Bandbreite an Maßnahmen ein, von der intensivierten Versorgung der Streitkräfte mit Munition und Treibstoff über den Schutz (verteidigungswichtiger) kritischer Infrastruktur unter Bedingungen eines massiven Cyberangriffs bis hin zum Schutz der Bevölkerung

vor konventionellen oder nuklearen Angriffen. Dieser sich mühsam durchsetzenden Erkenntnis versucht die Bundeswehr seit einigen Jahren mit entsprechender Planung und dem intelligenten Einsatz begrenzter Ressourcen gerecht zu werden. Das im Oktober 2022 aufgestellte Territoriale Führungskommando der Bundeswehr ist dabei eine wichtige Komponente bzw. eine militärische Konsequenz aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage. Dass einer solchen Konsequenz weitere folgen

In den letzten drei Jahrzehnten lebten wir in der irrigen Annahme, dass ein Krieg auf dem europäischen Kontinent durch mindestens partnerschaftliche Verbindungen zwischen den Staaten Europas ausgeschlossen werden könne

müssen, liegt in der Natur des Prozesses und aus diesem Grund gab es und wird es weitere Strukturanpassungen geben, von denen die Aufstellung eines Operativen Führungskommandos der Bundeswehr die derzeit aktuellste ist.

Gesamtverteidigung koordinieren, Resilienz schaffen

Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine hat die Notwendigkeit unterstrichen, die Führungsorganisation der Streitkräfte beschleunigt auf die Anforderungen der Landesverteidigung und Bündnisverteidigung auszurichten. In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Verteidigungsminister Boris Pistorius auf der Bundeswehrtagung im November 2023 vorgelegt hat, wurden mit der klaren Ausrichtung auf die Landes- und Bündnisverteidigung der Kernauftrag der Bundeswehr für die kommenden Jahre formuliert und die Grundlagen für eine dazu leistungsfähige und einsatzbereite Bundeswehr der Zukunft unter anderem bei Personal, Organisation, Infrastruktur, Haushalt und Finanzen, Nachhaltigkeit sowie Rüstungspolitik und Beschaffung gelegt. Im Dokument heißt es: „Wir müssen Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa sein. Unsere Bevöl-

kerung, aber auch unsere Partner in Europa, Nordamerika und der Welt erwarten von uns, dass wir uns dieser Verantwortung stellen.“ Es wird auch eine „Nationale Zielvorgabe“ für die zivile Verteidigung formuliert, in der zuallererst festgehalten wird, dass der Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung nur gesamtstaatlich und im Rahmen der Gesamtverteidigung zu erfüllen sei. Damit wurden auch die Bereiche herausgearbeitet, in denen wesentliche Unterstützungsleistungen für die Gesamtverteidigung durch die zivile Seite zu erbringen sind. Und auch das Ziel der zivilen Verteidigung wird dort aus Sicht des Verteidigungsministeriums festgehalten: „Übergeordnetes Ziel der Zivilen Verteidigung ist es, die Zivilbevölkerung sowie eigene und verbünde-

Moderne Bedrohungen sind verknüpft und treffen alle Ebenen von Staat und Gesellschaft

te Streitkräfte versorgen zu können, um deren Operationsfähigkeit und Operationsfreiheit im Bedarfsfall uneingeschränkt und durchhaltbar zu gewährleisten.“ Das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr und demnächst das Operative Führungskommando ist für die Planung, Führung und Koordination von Operationen der Bundeswehr auch innerhalb Deutschlands verantwortlich. Deutschland und die Bundeswehr müssen sich darauf einstellen, auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und auch Krieg zu reagieren. Mit diesem Ziel entwickeln Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Bundeswehr in einer gemeinsamen Planungsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen, den sogenannten Blaulichtorganisationen und der Wirtschaft den militärischen Anteil einer gesamtstaatlichen Verteidigungsplanung, den Operationsplan Deutschland, kurz den „OPLAN DEU“. Dieser ist somit ein wesentlicher Baustein der gesamtstaatlichen und auch gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit. „Deutschland. Gemeinsam. Verteidigen.“ ist das Ziel und der Maßstab.

Dabei werden wir von der Erkenntnis geleitet, dass moderne Bedrohungen verknüpft sind und alle Ebenen von Staat und Gesellschaft treffen, zum Beispiel, wenn während einer Gesundheitskrise Drittstaaten Desinformationen verbreiten und gezielt Misstrauen gegenüber lokalen oder Bundeseinrichtungen schüren. Desinformation kann von außen und innen gesteuert werden und ist somit gleichzeitig ein außen- und sicherheitspolitisches wie ein gesellschaftliches Problem. Abhängigkeiten von komplexen Versorgungsketten zeigen Verwundbarkeiten im wirtschaftlichen Bereich. Naturkatastrophen haben gesellschaftliche und sicherheitspolitische Folgen. Die Auslöser von verketteten Krisen mögen sich unterscheiden, aber ihre schwerwiegenden Effekte ähneln sich. Um dem zu begegnen, bedarf es einer Strategie, die auch die gesamte Gesellschaft einbindet. Die zunehmende Untrennbarkeit von innerer und äußerer Sicherheit schlägt sich konkret etwa darin nieder, dass es für die Erfüllung unserer Rolle als „Drehscheibe Deutschland“ zentral auf ein funktionierendes Zusammenwirken ankommt. Eigene und verbündete Streitkräfte werden sich in und durch Deutschland bewegen, um letztendlich an der NATO-Ostflanke einen Beitrag zu glaubhafter Abschreckung und damit zu äußerer Sicherheit zu leisten. Für diesen Beitrag sind ungehinderte Marschbewegungen und somit deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit essenziell – Angelegenheiten, die auf deutschem Hoheitsgebiet in Zuständigkeit der Behörden für Innere Sicherheit liegen. Und dies alles, da es um Abschreckung geht, unterhalb der Schwelle des Artikels 5 des NATO-Vertrags sowie eines Spannungs-, Bündnis- bzw. Verteidigungsfalls. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar, zumal Deutschland und damit auch die Drehscheibe bereits heute umfangreich hybriden Bedrohungen ausgesetzt ist. Neben Desinformationskampagnen und Fakenews gegen unsere Demokratie und unsere Gesellschaft sind dies vor allem Cyberangriffe, Ausspähung und Sabotage gegen unsere (verteidigungswichtige) Infrastruktur.

Die vergangenen Jahre haben zudem gezeigt: In einem föderalen System wie in

Deutschland ist ein zentrales Krisenmanagement keine einfache Sache. Unterschiedliche Kompetenzen liegen bei Bund, Ländern und Kommunen. Zum Beispiel ist der Zivilschutz, also der Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall, Aufgabe des Bundes; der Katastrophenschutz, sprich: der Schutz vor großen Unglücken wie Naturkatastrophen, ist hingegen Ländersache. Ehrenamtliche Organisationen übernehmen wichtige Leistungen. Privatunternehmen werden beispielsweise im Rahmen des Schutzes kritischer Infrastruktur mit eingebunden. Auf Regierungsseite sind die Kompetenzen zwischen Auswärtigem Amt, Verteidigungsministerium und Bundesinnenministerium verteilt. Das alles will koordiniert sein. Grundsätzlich ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Katastrophenfall dringend nötig. Einzelne Initiativen reichen aber nicht aus. Um Resilienz zum funktionsfähigen verteidigungspolitischen Instrument und zum Maßstab für innen- und außenpolitisches Handeln im Zeitalter komplexer Krisen zu machen, muss das Konzept in die gesamte Gesellschaft getragen werden. Aufnehmen kann Deutschland aber den Nutzen eines gemeinsamen Verständnisses von Resilienz, das die Gesellschaft für Risiken aller Art wappnet. Die von der Bundesregierung angekündigte neue Sicherheitsstrategie sollte eine Sicherheitspolitik für die Gesellschaft definieren und Netzwerke schaffen. Zivil- und Katastrophenschutz und der Umgang mit hybriden Bedrohungen sollten dabei zusammengebracht werden. Aber Resilienz sollte noch breiter definiert werden: nicht nur als reaktives Modell, das es erlaubt, Krisen besser zu meistern, sondern als proaktiver Beitrag zu einer sicheren, kohäsiven Gesellschaft nach innen und außen. Der Nutzen einer Strategie der Resilienz wäre dann ein dreifacher: Deutschland wäre besser für den Umgang mit neuen sicherheitspolitischen Risiken und anderen komplexen Katastrophen gerüstet, der Erhalt einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft würde gestärkt – und nebenbei würde auch noch das Interesse an demokratischer Sicherheitspolitik gefördert.

Effektive Verschränkung von ziviler und militärischer Unterstützung

Der als Konsequenz dieser Lage erstellte Operationsplan Deutschland, der „OPLAN DEU“, ist ein geheimes, hoch adaptives Dokument, welches stetig weiterentwickelt wird. Die Erstellung dieses Plans ist ein militärischer Kernbeitrag zur Verteidigung Deutschlands, zum Schutz unserer Souveränität und territorialen Integrität. Er trägt dazu bei, die Resilienz von Staat und Gesellschaft gegen äußere Bedrohungen zu stärken, und stellt

Resilienz sollte nicht nur als reaktives Modell definiert werden, das es erlaubt, Krisen besser zu meistern, sondern als proaktiver Beitrag zu einer sicheren, kohäsiven Gesellschaft nach innen und außen

sicher, dass innerhalb von wenigen Tagen Truppen mit ihrem Material durch Deutschland transportiert werden können, falls dies erforderlich wird. Dabei erfüllt der „OPLAN“ mehrere Aufgaben gleichzeitig: Er koordiniert die zivil-militärische Interaktion zur gegenseitigen gesamtstaatlichen Unterstützung, er maximiert die Möglichkeiten zur zivilen Unterstützung, um die Bundeswehr in Bezug auf die Leistungen ziviler Institutionen und der Wirtschaft zum Schutz kritischer Infrastruktur gezielt zu entlasten. Dafür braucht es ein gemeinsames Verständnis und die Motivation, die Gesamtverteidigung tragfähig auszugestalten. Bei einer sich abzeichnenden Krise gilt es, flexibel und situativ zu einer glaubhaften Abschreckung beizutragen. Hierbei stellt sich die besondere Struktur des Territorialen Führungskommandos mit den ihm unterstellten 16 Landeskommandos der Bundeswehr als Ansprechpartner für die Landesregierungen in allen territorialen Fragen als äußerst zielführend heraus. Der Plan stellt eine reaktionsschnelle und resiliente militärische Verteidigungsbereitschaft in Deutschland sicher und präzisiert den Schutz verteidigungswichtiger und lebenswichtiger ziviler

kritischer Strukturen. Auch der „Host Nation Support“ ist dabei als gesamtstaatliche Aufgabe zu verstehen. Militärische Kompetenz kann bei Bedarf zivile Expertise unterstützen, gegebenenfalls ergänzen und umgekehrt. So wie im Friedensfall die Bundeswehr zivile Behörden im Rahmen der Amtshilfe unterstützt, so ist die Bundeswehr im Spannungs- und Verteidigungsfall auf die Unterstützung ziviler Behörden und der Wirtschaft angewiesen, bei Maßnahmen zur Abschreckung an der Ostflanke bereits im Frieden. Zusammenfassend führt der „OPLAN DEU“ die zentralen

Aufgrund der laufenden Aufrüstung der russischen Streitkräfte, neuer Doktrinen sowie der unverhohlenen Drohungen Russlands in Richtung Westen müssen wir die eigene Verteidigungsfähigkeit unverzüglich neu aufstellen

militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung und der dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen zusammen. Er muss im Ergebnis konkret ausführbar sein und trifft die planerische Vorsorge dafür, dass im Krisen- und Konfliktfall nach erfolgter politischer Entscheidung schnell, zielgerichtet und im verfassungsrechtlichen Rahmen militärisch gehandelt werden kann. Er ist somit sowohl Scharnier zwischen der Landes- und der Bündnisverteidigung als auch zwischen ziviler und militärischer Verteidigung.

Neben der Sicherstellung des Aufmarsches deutscher und verbündeter Streitkräfte aus und durch Deutschland, was mit dem Begriff der „Drehscheibe“ beschrieben wird, und der Sicherstellung des militärischen Anteils der

Gesamtverteidigung geht es hier insbesondere um die zivil-militärische Zusammenarbeit bzw. um die Koordination zur gegenseitigen Unterstützung. Dies bedeutet nichts anderes als die Verschränkung von militärischer Unterstützung der Zivilverteidigung einerseits und ziviler Unterstützung der militärischen Verteidigung andererseits. Damit ist nach vielen Jahren planerischer Zurückhaltung eine außerordentlich anspruchsvolle Aufgabe unter den Vorzeichen eines möglichen Krieges von außen definiert. Aufgrund der laufenden Aufrüstung der russischen Streitkräfte, neuer Doktrinen sowie der unverhohlenen Drohungen Russlands in Richtung Westen müssen wir die eigene Verteidigungsfähigkeit unverzüglich neu aufstellen. Ein Abgleich mit der zivil-hoheitlichen Seite auf Landesebene – und perspektivisch sowohl der zivil-hoheitlichen Seite auf Bundesebene als auch der zivil-gewerblichen Seite – ist für die operative Umsetzung des Operationsplans Deutschland als ausführbarer Plan unabdingbar.

Am 23. Mai 2024 hat der Generalinspekteur der Bundeswehr den „OPLAN DEU“ in seiner ersten Iteration gebilligt und seine Weiterentwicklung angewiesen. Hieran anknüpfend haben wir zuletzt unsere Planungen für den initialen Bedarf militärischer Kräfte festgelegt. Mit einem sogenannten „Stresstest“, einer Planübung Ende November 2024, also nach dem Redaktionsschluss dieses Beitrags, beabsichtigen wir, insbesondere die Schnittstellen zwischen militärischem und zivilem Wirken zu beüben und weitere Handlungsfelder für die Revision festzulegen. Hierauf aufbauend wird es darauf ankommen, im Rahmen feststehender Zuständigkeiten, konkrete Lösungen zu erarbeiten, die in ausführbaren Planungen verbindlich festgeschrieben werden. Im Zuge dessen und dem Anspruch folgend, möglichst viele Annahmen durch Fakten zu ersetzen und in der Aufgabenbeschreibung präziser zu werden, planen wir zum Ende des ersten Quartals 2025 die zweite Iteration „OPLAN DEU“ vorzulegen. Im Zuge der bisherigen Planungen mit Bund und Ländern konnten erste entsprechende Herausforderungen identifiziert werden. Ein gemeinsames Verständnis, also der zivilen

Der Autor



Generalleutnant André Bodemann ist seit April 2023 Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr und im neuen Operativen Führungskommando der Bundeswehr Stellvertreter des Befehlshabers und Kommandeur Territoriale Aufgaben. Unter seinem Kommando wurde der Operationsplan Deutschland erstellt und verantwortet.

und militärischen Seite, ist der Schlüssel zur Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderungen.

Das, worum es uns geht, ist die Zielsetzung einer maximalen Abstützung auf zivile Leistungserbringung. Das ist, angesichts der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung geringen Personalstärke der Bundeswehr sowie vor allem der Erwartungen der NATO an Deutschland, neben der „Drehscheibe“ einen substanzialen Beitrag der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke zu leisten, gar nicht anders möglich. Dies erstreckt sich sowohl auf die zivil-hoheitliche Seite (mit Oberen und Obersten Bundesbehörden und gleichermaßen die Landesebene) als auch auf die zivil-gewerbliche Seite und damit den „Einkauf“ von Leistungen aus der Wirtschaft. Diese Zielsetzung kommt nicht von ungefähr, sondern ist logische Ableitung aus dem Umstand, dass wir versuchen müssen, unseren originären Auftrag, die Exekutive nach außen zu sein, zu erfüllen. Jede Soldatin und jeder Soldat, die oder der auf der „Homebase“ gebraucht wird, steht – obgleich erwartet und erforderlich – nicht zur Abschreckung an der Ostflanke zur Verfügung. Eine verlässliche Planung der Gesamtverteidigung kann nur durch einen gesicherten Zugriff auf gesamtstaatliche Ressourcen in Frieden, Krise und Krieg erfolgen. Für die ressortübergreifende Priorisierung und Abstimmung der Unterstützungsleistungen innerhalb Deutschlands (beispielsweise Kommunikation, Gesundheit, Energie) wird neben zivil-hoheitlichen Leistungen wesentlich auch auf zivil-gewerbliche Leistungserbringung zurückgegriffen werden müssen. Die dabei entstehenden Anstrengungen und Kosten verlangen nach gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansätzen.

Mit der Entscheidung zur Aufstellung des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr zur Bündelung der Aufgaben zur militärischen Verteidigung unseres Landes hat die Bundeswehr bereits einen großen Schritt getan. Das ist angesichts der sicherheitspolitischen Lage nicht außergewöhnlich, sondern konsequent. Die endlichen Ressourcen an Material und vor allem an Personal müssen nachhaltig auf die Verteidigung unseres

Landes und unseres Bündnisses ausgelegt werden. Dafür braucht es aber nicht nur den vollen Einsatz der Frauen und Männer in Uniform, unserer Beamten und der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern eben auch den Einsatz der gesamten Gesellschaft. Der im „OPLAN DEU“ formulierte Auftrag ist äußerst ambitioniert. Wichtigste Erkenntnis muss sein, dass es sich beim Schutz unseres Landes um eine gesamtstaatliche und ge-

Der im „OPLAN DEU“ formulierte Auftrag ist äußerst ambitioniert. Wichtigste Erkenntnis muss sein, dass es sich beim Schutz unseres Landes um eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt

samtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Wir brauchen ein vertieftes Bewusstsein, dass eine existentielle Bedrohung nie nur die Sicherheitskräfte eines Staates betrifft, sondern immer auch eine Gesellschaft als Ganzes, also ein breites Verständnis der Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Wehrhaftigkeit.

Dies betrifft auch die notwendige Akzeptanz, (finanzielle) Belastungen und gewisse Einschränkungen im Alltag durch eine erheblich gesteigerte Übungstätigkeit auch in Deutschland zu tragen. Frieden, Demokratie und Freiheit gibt es nicht zum „Nulltarif“ und nur eine glaubhafte Abschreckung ist wirksam. Erst wenn sich diese Erkenntnis wieder durchgesetzt haben wird, kann der effektive Schutz unseres Landes glaubhaft, nachhaltig und in sich stimmig sein.

„WIR SEHEN DEUTLICHE ZEICHEN, DASS WIR NICHT MEHR IN EINEM KLASSISCHEN FRIEDEN LEBEN“

Die Landeskommandos der Bundeswehr sind zentrale Schnittstellen in der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Wie steht ein Kommandeur zur Diskussion über „Kriegstüchtigkeit“ und eine wehrhafte Gesellschaft? Wir sprachen mit Kapitän zur See Michael Giss über seine Aufgaben für die Landes- und Bündnisverteidigung, den richtigen Umgang mit Ängsten in der Bevölkerung und sein Verständnis von Ethik in der militärischen Ausbildung.

Herr Kapitän zur See Giss, Sie waren Kommandeur des Landeskommandos Hamburg und wurden erst vor Kurzem in gleicher Verwendung nach Baden-Württemberg versetzt. Wie war der Wechsel für Sie?

Obwohl der Wechsel sehr kurzfristig stattfand, habe ich ihn als relativ friktionsfrei erlebt. Mein altes Haus in Hamburg hat mich sehr gut unterstützt, und das neue Haus in Stuttgart hat sich in der Kürze der Zeit bestens vorbereitet. Die ersten Kontakte in die Stadt, in die Politik, in die Wirtschaft, zu den zivilen Akteuren waren auch sehr freundlich. Ich nenne es einen „*promising start*“, wie die Engländer sagen würden.

Haben sich Ihre Arbeitsinhalte durch den Wechsel vom Stadtstaat Hamburg ins Flächenland Baden-Württemberg verändert? Was stand vorher, was steht jetzt im Mittelpunkt Ihrer Tätigkeit?

Grundsätzlich hat sich gar nichts verändert. Die Landeskommandos sind die militärischen Ansprechpartner in den Bundesländern und

Zur Person



Kapitän zur See Michael Giss, geboren 1964, ist seit September 2024 Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg in Stuttgart. Zuvor war er sechs Jahre in gleicher Verwendung in Hamburg.

die Grundaufgaben und Aufträge unterscheiden sich nicht. Wenn wir also etwa über Heimatschutz sprechen, schauen wir hier nach den gleichen Kriterien wie in anderen Bundesländern auf die kritische Infrastruktur, auf die Verkehrswege und natürlich auch auf die Zusammenarbeit mit anderen NATO-Partnern. In Baden-Württemberg sind zum Beispiel sehr viele amerikanische Truppen stationiert, und wir sind in Nachbarschaft zu Frankreich.

Dann geht es für Sie darum, Kontakte aufzubauen, sich neu zu vernetzen und die Zusammenarbeit vor Ort zu pflegen?

Genau das ist jetzt die erste Schwerpunktaufgabe: die wesentlichen Akteure aus allen Bereichen und alle gesellschaftlichen Institutionen kennenzulernen, die möglicherweise im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung hier im „Ländle“ eine Rolle spielen können.

Durch den Krieg in der Ukraine – Sie haben die Landes- und Bündnisverteidigung schon erwähnt – haben sich wahrscheinlich die Aufgaben der Landeskommandos und ihrer Kommandeure stark verändert?

Das ist richtig. Abgeleitet von den entsprechenden NATO-Strategien hat auch die Bundesrepublik Deutschland das Kerngeschäft der Landes- und Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum gestellt. Der Heimatschutz sowie alle Aufgaben rund um den Operationsplan Deutschland sind jetzt unser Kernthema. Es gilt, dies in den Bundesländern auch an die zivile Seite heranzutragen, dort die Bedarfe der Streitkräfte anzusprechen und nach und nach mit den Planungen zu beginnen – um so die Grundlage vernünftiger Abschreckung herzustellen.

Halten Sie den Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ oder gesellschaftlichen „Wehrhaftigkeit“ für angemessen? Es gibt schließlich auch Kritik, das sei Panikmache oder Kriegstreiberei.

Ich halte es für gut und sinnvoll, dass der Bundesminister der Verteidigung so ein Wort einfach mal in den Raum stellt – damit man daran die Zeitenwende auch gesamtgesellschaftlich aus verschiedenen Blickpunkten diskutieren

kann. „Kriegstüchtigkeit“ meint nicht Hurratriotismus, Militarismus oder die Absicht, morgen früh in einen Krieg zu ziehen, sondern dass die Bundeswehr nach der Verkleinerung und der Aussetzung der Wehrpflicht wieder in einen Zustand versetzt wird, in dem sie dem Verteidigungsauftrag des Artikels 87 a Grundgesetz genügen kann.

Aber das ist nur ein Teil. Meiner Ansicht nach geht es eher darum, die Gesellschaft an einen Zustand staatlicher Resilienz heranzuführen. Wir sind tagtäglich hybriden Angriffen ausgesetzt. Die Gesellschaft soll das als Angriff auf ihr Wertesystem verstehen und erkennen, dass man in der Lage sein muss, Meinungsfreiheit und Liberalismus zur Not auch mit harten Mitteln zu verteidigen. Auf diese gesellschaftliche Auseinandersetzung lege ich bei Vorträgen und öffentlichen Diskussionen großen Wert.

Sie würden also der Aussage von Generalleutnant Bodemann zustimmen: „Wir sind nicht im Krieg, aber schon lange nicht mehr im Frieden.“?

Dem stimme ich völlig zu. Das erlebt die Bundeswehr, aber auch die Politik, die Wirtschaft jeden Tag, und zwar seit Jahren. Wir sind massiv Cyberangriffen und Fake News ausgesetzt. Man versucht, unsere Gesellschaft zu fragmentieren. Wir erleben physische Sabotageakte, denken Sie an Nord Stream 2 und die jüngsten Vorgänge in der Ostsee. Wir erleben Ausspähungen mithilfe von Drohnen. Ganze Verwaltungen werden gehackt. All dies passiert, um es als Marineoffizier zu sagen, unter der Wasseroberfläche, und es nimmt an Quantität und Qualität zu. Für mich sind das deutliche Zeichen, dass wir nicht mehr in einem klassischen Frieden leben.

Für den Fall, dass es nicht bei einem solchen unterschweligen Konflikt bleibt, wurde der bereits angesprochene Operationsplan Deutschland erarbeitet. Wie sind die Landeskommandos konkret involviert?

Grundsätzlich muss man die Systematik des Operationsplans Deutschland verstehen. Der Plan soll die Gesamtverteidigung Deutschlands abbilden. Er bildet daher die militärische und die zivile Säule ab. Die militärische Säule

konzentriert sich im Wesentlichen auf die sogenannte „Drehscheibe Deutschland“, also im Prinzip den Nachschub der NATO in Richtung Ostflanke, die Rückverlegung von Truppen durch Deutschland – all das, was Deutschland tun muss, um das Bündnis an der Ostflanke vernünftig aufzustellen. Dazu schauen wir beispielsweise auch verteidigungswichtige Infrastrukturen an.

Die zivile Säule hat aber auch im Spannungs- und Verteidigungsfall wesentliche Aufgaben wie die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung,

„Kriegstüchtigkeit“ meint nicht Hurratriotismus, Militarismus oder die Absicht, morgen früh in einen Krieg zu ziehen

die Sicherstellung der Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung oder den Luftschutz. So trägt sie auf ihrer Seite zur Gesamtverteidigung bei, und das wird gebündelt im Operationsplan Deutschland festgehalten.

Heruntergebrochen auf Landesebene ist es also Ihre Aufgabe, alle dort relevanten Akteure einzubeziehen?

Die Bundesministerien der Verteidigung und des Innern in Berlin sind die maßgeblich Federführenden auf Bundesebene. Die Landeskommandos verfügen auf Landesebene über die entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Kontakte, um vor Ort die entsprechenden Abstimmungen zu treffen, also sozusagen das Kapitel für das jeweilige Bundesland zu schreiben.

Für Hamburg würde das zum Beispiel bedeuten, die Anlandung von Truppen im Hafen und deren Weiterverlegung zu steuern: Wer versorgt die Soldatinnen und Soldaten, welche Wege nehmen sie durch die Stadt und Ähnliches?

Völlig richtig. Es geht aber auch darum, bereits im Vorfeld Absprachen mit zivilen Stellen und den Behörden zu treffen, etwa für die Bereitstellung von zusätzlichen Arbeitskräften, für Absicherungsmaßnahmen, die die Bundes-

wehr nicht allein leisten kann, oder die Versorgung von alliierten Truppenteilen, wenn sie hier ein paar Tage rasten müssen. Denn die Bundeswehr hat ja keine Lebensmitteldepots mehr, um bei dem Beispiel zu bleiben. Dann müssen wir auf zivile Ressourcen zurückgreifen. Das funktioniert nur mit zivilen Ansprechstellen und einem Plan, wer uns diese Ressourcen zur Verfügung stellt.

Ist Ihrer Einschätzung nach in der Wirtschaft, bei zivilen Behörden und Organisationen ein Verständnis für Ihre Lagebeurteilung da? Oder was macht Ihnen noch Sorgen?

Die Bereitschaft von Politik, Wirtschaft oder Blaulichtorganisationen, uns zuzuhören und

Die ethische Begleitung des Dienstes spielt für die Heranführung an die Einsatzfähigkeit eine wesentliche Rolle

in sachliche, zielführende Gespräche und Planungen zu gehen, ist sehr groß. Das war in Hamburg nicht anders als jetzt hier in Baden-Württemberg. Es kann aber nur funktionieren, wenn die Bevölkerung uns unterstützt und versteht, warum wir in bestimmten Zeiten bestimmte Dinge tun müssen. Wenn die NATO also tatsächlich massiv Truppenteile an die Ostflanke verlegen muss, um dort abzuschrecken, dann müssen Bundesstraßen und Autobahnen für gewisse Zeiträume abgesperrt und für den militärischen Verkehr freigegeben werden. Da kommen auf die Bevölkerung Belastungen zu.

Es kommt im Wesentlichen auf die Einsicht an, dass auf diese Weise auch die Bundesrepublik Deutschland geschützt wird. Das ist mein Herzenspunkt bei alledem. Alle, die Verantwortung tragen, nicht nur auf der militärischen Seite, müssen die Bevölkerung jetzt ohne Hysterie und Panikmache darauf vorbereiten, dass wir nach einem Zustand von Frieden und Freiheit, den wir die letzten 20, 30 Jahre erlebt haben, auf härtere Zeiten zugehen könnten. Das ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Operationsplan Deutschland und die Gesamtresilienz des Landes.

Im März dieses Jahres wurde zum Beispiel darüber diskutiert, ob man an Schulen wieder Zivilschutz thematisieren soll. Dies wurde zum Teil mit der Begründung abgelehnt, dass das Angst mache.

Als Staatsbürger darf ich vielleicht sagen: Ja, möglicherweise macht es manchen Angst, wenn sie jetzt über solche Dinge sprechen sollen. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber. In Skandinavien oder in den baltischen Staaten sagt man ganz sachlich und nüchtern: Es mag Bedrohungen und Aggressoren von außen geben, und darauf müssen wir uns vorbereiten. Damit hat man schon einen wesentlichen Schritt getan, um keine oder zumindest weniger Angst zu haben. Wenn Zivilschutz eine Möglichkeit ist, zu helfen und die Bevölkerung zu schützen, dann muss man emotionsfrei darüber sprechen können. Ich hätte schon als Bürger oder Bürgerin den Anspruch an die Verantwortungsträger, dass sie das tun oder sich dazu Gedanken machen..

Der Heimatschutz in Ihrem Bundesland fällt ebenfalls in Ihren Verantwortungsbereich. Wie ist der Stand bei der Aufstellung der Regimenter – auch vor dem Hintergrund, dass im Operationsplan insgesamt nicht nur 6000 Heimatschutzkräfte vorgesehen sind, sondern das Doppelte?

Der Aufbau der Heimatschutzkräfte lief in Hamburg sehr gut, wir hatten sehr viele Interessenten, und auch die vier Kompanien in Baden-Württemberg sind einigermaßen gut aufgestellt und gut ausgebildet. Aber in einem Spannungs- und Verteidigungsfall benötigen wir natürlich mehr Kräfte. Deshalb begrüße ich, dass der Bundesminister der Verteidigung nochmals das Thema Wehr- oder Dienstpflicht in den Raum geworfen und eine Option auf den Tisch gelegt hat. Denn wenn wir in einem solchen Fall mehr Soldaten und Soldatinnen brauchen, dann müssen wir auf Reservisten zurückgreifen. Die Wehrpflicht oder eine Dienstpflicht ist also keine Mobilisierungsmaßnahme! Wir müssen aber bereits jetzt vorsorglich Menschen militärisch grundausbilden, die danach ins zivile Leben zurückkehren können.

Unabhängig davon, wie die Wählerinnen und Wähler demnächst entscheiden: Aus Ihrer Sicht ist irgendeine Maßnahme in diese Richtung also auf jeden Fall notwendig?

Als Kommandeur eines Landeskommandos, als Offizier der Bundeswehr kann ich die Frage eindeutig mit Ja beantworten..

Die Heimatschutzkräfte sollen im Bedarfsfall Wach- und Sicherungsdienste übernehmen, kritische und verteidigungswichtige Infrastrukturen schützen oder bei der Unterstützung von Streitkräften befreundeter Nationen beim Transit oder Aufenthalt in Deutschland (Host Nation Support) mitwirken. Gibt es noch weitere Aufgaben?

Im Wesentlichen haben Sie sie genannt. Wenn wir tatsächlich in die Lage kommen, an der NATO-Ostflanke abschrecken zu müssen, dann ist die Masse der Bundeswehr dorthin unterwegs, stellt sich dort auf, ist dort im Einsatz – während die Heimatschützer, die territorialen Kräfte, in Deutschland zurückbleiben und all diese Aufgaben übernehmen. Insofern müssen sie auch breit ausgebildet werden.

Momentan gibt es mehrere Wege in den Heimatschutz, zum Beispiel über eine modulare Ausbildung. So wie Sie es gerade geschildert haben, liegen die Schwerpunkte wohl auf dem rein Militärischen. Oder spielen auch ethische Aspekte eine Rolle?

Natürlich liegt der Schwerpunkt auf dem militärischen Anteil, aber die ethischen Gesichtspunkte, der LKU und die Betreuung durch die Militärseelsorge spielen natürlich auch bei Heimatschutzkompanien eine Rolle – so habe ich es in Hamburg selbst erlebt. Bei jeder Übung gab es eine Zeiteinheit, in der auch über ethische Aspekte gesprochen wurde. Es ist mein Verständnis als militärischer Führer und verantwortlicher Vorgesetzter, dass ich meine Soldatinnen und Soldaten nicht nur an der Waffe ausbilde. Auf welcher rechtlichen Grundlage gehen sie in den Einsatz? Was bedeutet es seelisch, vielleicht auf Befehl einen Menschen töten zu müssen? Diese schwierigen Themen muss ich jetzt mit ihnen durchdenken und durchdiskutieren. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir da am Ende nur

halbe Soldaten stehen. Anders gesagt: Die ethische Begleitung des Dienstes spielt für die Heranführung an die Einsatzfähigkeit eine wesentliche Rolle. Für mich ist es gleichwertig mit der Fähigkeit, sein Gewehr zu zerlegen und wieder zusammensetzen.

Herr Kapitän zur See Giss, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Rüdiger Frank.



ALLE AUSGABEN

www.ethikundmilitaer.de



Diese und alle anderen Ausgaben von *Ethik und Militär*, darunter die umfangreiche Ausgabe 2024/1 zum zehnjährigen Jubiläum, finden Sie **in Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Bisher erschienene Ausgaben von *Ethik und Militär*

2024/2 KI und Autonomie in Waffen
2023/2 Europäische Militärethik
2023/1 Resilienz
2022/2 Krieg in der Ukraine
2022/1 Women, Peace and Security
2021/2 Innere Führung und soldatisches Ethos
2021/1 Bedrohungsmultiplikator Klimawandel
2020/2 Corona-Pandemie
2020/1 Nukleare Abschreckung
2019/2 Ethische Bildung
2019/1 Konfliktzone Cyberspace
2018/2 Europäische Armee
2018/1 Strategic Foresight
2017 Terror
2016 Innere Führung
2015/2 Hybride Kriege
2015/1 Militärmedizinethik
2014/2 Cyberwar
2014/1 Dronen und LAWS

IMPRESSUM

Das E-Journal *Ethik und Militär* mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Direktorin des zebis: Dr. Veronika Bock

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber

Dr. Veronika Bock, Bart van Dijk, Dr. Andrea Ellner, Prof. Dr. Thomas Elßner, Prof. Dr. Johannes Frühbauer, Prof. Dr. Alexander Merkl, Norbert Stäblein

Advisory Board

Lothar Bendel, Heinrich Dierkes, Msgr. Bernward Mezger, Dr. Angela Reinders, Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion

Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2

Rundfunkstaatsvertrag (RStV):

Dr. Veronika Bock, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion

Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 51, Fax 67 08 59 - 3

E-Mail: redaktion@zebis.eu

Diensteanbieter als Rechtsträger des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis

Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht

Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS

Direktor beim KMBA
Msgr. Wolfgang Schilk
Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb
Am Weidendamm 2
10117 Berlin

Kontakt zur KS

Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500
Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599
Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 15.12.2024



ethikundmilitaer.de



zebis
Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften
Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. (040) 67 08 59 - 55

info@zebis.eu
www.zebis.eu